

# APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

26/2009 · 22. Juni 2009



## Geld

*Hans Christoph Binswanger*

Die Rolle von Geld und Kapital in unserer Gesellschaft

*Stephan Schulmeister*

Der Boom der Finanzderivate und seine Folgen

*Harald Klimenta*

Probleme und Chancen der deutschen Bankenlandschaft

*Frank Bertsch · Werner Just*

Suche der Verbraucher nach verantwortlichen Kreditinstituten

*Dieter Korczak*

Der öffentliche Umgang mit privaten Schulden

*Stefan Hradil*

Wie gehen die Deutschen mit Geld um?

*Michael-Burkhard Piorkowsky*

Lernen, mit Geld umzugehen

## Editorial

Seit Beginn der 1990er Jahre haben sich Real- und Finanzwirtschaft auseinander entwickelt, seit 2000 in zunehmendem Tempo. Wissenschaftler sprechen von einer Entwicklung des „Realkapitalismus“ zum „Finanzkapitalismus“. Ursächlich dafür ist eine Verlagerung des Gewinnstrebens auf den Finanzsektor. Diese führt dazu, dass das Wachstum der Real- zunehmend hinter dem der Finanzwirtschaft zurückbleibt: mit allen negativen Folgen für die Gesamtwirtschaft.

Banken – die Akteure von Finanztransaktionen – sind für das Funktionieren des Wirtschaftssystems unerlässlich. Deshalb greifen ihnen die Regierungen im Schadensfall unter die Arme. Die Bundesregierung hat am 13. Mai 2009 einen Gesetzentwurf zur Gründung staatlich gestützter Zweckgesellschaften (*bad banks*) zur freiwilligen Auslagerung „toxischer“ Bankpapiere verabschiedet. Ziel ist es, das Kreditgeschäft wieder zu beleben. Die Banken sollen für die staatlichen Garantien Gebühren zahlen. Dass sie unter diesen Bedingungen die faulen Papiere tatsächlich auslagern werden, wird von Kritikern bezweifelt.

Banker tragen für ihr risikobehaftetes Tun außerordentlich hohe gesellschaftliche Verantwortung, wofür sie entsprechend entlohnt werden. Dass sie im Schadensfall von dieser befreit werden sollen, zumal dann, wenn der Schaden durch fahrlässige Spekulationsgeschäfte entstanden ist, und dass sie obendrein auch noch Boni erhalten, stößt in der Gesellschaft zunehmend auf Unverständnis. Der nicht immer rationale, mitunter allzu sorglose Umgang der Bevölkerung mit Geld spiegelt sich hier wider. Kompetentes und verantwortungsvolles Umgehen mit Geld sollte ein breites Lernziel sein – auch für jene, die professionell damit zu tun haben: die Banken und ihre Banker.

*Katharina Belwe*

Hans Christoph Binswanger

# Die Rolle von Geld und Kapital in unserer Gesellschaft

## Essay

Die Entwicklung der modernen Gesellschaft wird geprägt durch die ständige

**Hans Christoph Binswanger**  
Dr. oec., geb. 1929; emerit. Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen; 1967 bis 1992 Direktor der Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie (FGN-HSG); 1992 bis 1995 Direktor des Instituts für Wirtschaft und Ökologie (IWÖ-HSG), Tigerbergstrasse 2, 9000 St. Gallen/Schweiz.  
hans-christoph.binswanger@unisg.ch

Tendenz zum Wirtschaftswachstum. Sie ist zur Generallinie der Entwicklung geworden. Das Wachstum beruht in einem wesentlichen Ausmaß auf der sich ins Unendliche fortsetzenden Geldschöpfung und des Einsatzes des Geldes zur Kapitalbildung. Um die sich daraus ergebende Dynamik zu verstehen,

ist es notwendig, die Funktionsweise des Geldes genauer unter die Lupe zu nehmen.

Zuerst muss man wissen, was Geld ist, was heute Geld ist. Geld ist alles, womit man zahlen kann: Banknoten, also Papiergeld, sowie Sichtguthaben bei den Banken, das heißt Guthaben, die auf den Girokonten bei den Banken verbucht werden; man spricht daher auch von Buchgeld. Es kann in Banknoten eingelöst, aber die Banknoten können nicht mehr wie früher in Goldmünzen umgetauscht werden. Die letzten Reste einer solchen Einlösungspflicht sind anfangs der 1970er Jahre dahin gefallen. Seither kann die Zentralbank ohne Rücksicht auf irgendwelche Goldreserven den Banken Papiergeld in beliebiger Menge zur Verfügung stellen. Auf diese Weise kann die Menge des Geldes – des Buchgeldes und des Zentralbankgeldes – von Jahr zu Jahr erhöht werden. Man spricht von Geldschöpfung. Diese kann unendlich wei-

tergehen, ohne an Grenzen zu stoßen, die früher durch die begrenzten Goldvorräte gegeben waren. – Heute sind ca. 95 Prozent der Geldmenge Buchgeld und 5 Prozent Banknoten inkl. Münzen.

Die Geldschöpfung erfolgt durch die Kreditgewährung der Banken an Unternehmen, an den Staat und an die Haushalte – zur Hauptsache an Unternehmen. Die Banken sind Produzenten von Geld. Sie schaffen Geld – Buchgeld – durch die Gewährung von Krediten. Dies geschieht, indem die Banken den Kreditnehmern einen dem Kredit entsprechenden Betrag auf einem Girokonto bei sich gutschreiben. Diese Gutschrift ist Buchgeld. Es ist zu 100 Prozent neues Geld, denn es wird kein Betrag auf einem anderen Konto dadurch reduziert. Nur ein kleiner Teil davon – eben ca. 5 Prozent – wird in Banknoten eingelöst. Diesen Teil müssen die Banken daher in genügender Menge bereithalten. Die Zentralbanken können sie den Banken stets nachliefern, indem sie von den Banken Kredite, die diese gegeben haben, und unter Umständen auch andere Aktiva der Banken, übernehmen, und dafür den Banken die Banknoten, das Papiergeld, in gewünschter Menge zur Verfügung stellen.

Weil die Vermehrung der Geldmenge durch Vermehrung der Kredite erfolgt, und die Unternehmen das Geld, das sie als Kredit von den Banken erhalten, also das Buchgeld, investieren: es ausgeben, um damit Produktionsleistungen zu kaufen – Arbeitsleistungen, Energie, Rohstoffe – und mit diesen die Produktion zu erhöhen, steigt damit auch die Produktion von Gütern. Auf diese Weise wird das neu geschöpfte Geld doch einlösbar, allerdings nicht mehr in Gold, sondern – auch wenn erst nachträglich – in zusätzlich produzierte Güter. Die Geldschöpfung, die durch Kreditschöpfung erfolgt, führt daher zu einer realen Wertschöpfung. Dies ist der Weg, auf dem das Bruttoinlandprodukts, das BIP, wächst.

Das Wachstum hat sich zu einem Perpetuum mobile entwickelt, zu einem Prozess, der sich selbst in Gang hält, indem er selbst die Voraussetzung schafft, die seine ständige

*Der Essay basiert auf dem Buch des Autors Hans-Christoph Binswanger, Die Wachstumsspirale, Marburg 2006.*

Fortsetzung ermöglichen. Wie geschieht dies?

Um dies zu erklären, gilt es, in einem *ersten Schritt* die Notwendigkeit der Kapitalbildung zur Gründung und Erweiterung der Unternehmungen und der Erzielung von Gewinnen, die die Kapitalbildung rechtfertigen, aufzuzeigen. Zu beachten ist, dass die Unternehmen die Güter – die Produkte – erst verkaufen können, wenn sie produziert worden sind. Die Produktion braucht Zeit. Die Unternehmen müssen aber die Produktionsleistungen schon zu dem Zeitpunkt bezahlen, zu dem sie eingesetzt werden. Sie benötigen daher einen Vorschuss an Geld. Dieser Vorschuss ist das Kapital der Unternehmung. Es setzt sich zusammen aus Fremdkapital – das sind die Kredite, die vor allem die Banken geben – und aus Eigenkapital. Es wird den Unternehmen von den Haushalten zur Verfügung gestellt, heute vor allem durch Kauf von Aktien; es ist entweder erspartes Geld oder der Teil des Gewinnes, der reinvestiert wird.

Das Kapital beansprucht einen Gewinn. Warum? Weil der Einsatz des Kapitals ein Risiko birgt, das entgolten werden muss. Das Risiko ergibt sich daraus, dass die Kapitalgeber – die Banken und die Haushalte – im Moment, da sie das Kapital, das heißt den Geldvorschuss zur Verfügung stellen, um es den Unternehmen zu ermöglichen, die benötigten Produktionsleistungen zu kaufen, nicht wissen können, in welchem Ausmaß dieses Geld durch den Verkauf der Produkte wieder zurückfließt. Denn der Rückfluss erfolgt erst in der Zukunft. Damit die Kapitalgeber das entsprechende Risiko eingehen, müssen sie – berechtigterweise – einen Gewinn erwarten dürfen, aus dem sowohl der Zins für das Fremdkapital bezahlt werden kann als auch ein genügend großer Reingewinn für das Eigenkapital übrig bleibt.

Dies muss im Durchschnitt für *alle* Unternehmungen gelten, wenn die Wirtschaft funktionieren soll. Das heißt: Die Chance eines Gewinns muss stets grösser sein als das Risiko eines Verlusts. Der Erwartungswert des Gewinns in der Gesamtwirtschaft muss also positiv sein. Dies ist nur dann der Fall, wenn die Häufigkeit des Gewinns insgesamt stets größer war und weiterhin größer ist als die Häufigkeit des Verlusts, wenn also die Unternehmungen im Saldo stets Gewinne gemacht

haben und machen, also aus der Summe von Gewinnen und Verlusten aller Unternehmen ein Gewinnüberschuss resultiert.

In einem *zweiten Schritt* ist nun erklären, wie ein solcher gesamtwirtschaftlicher Gewinnüberschuss entstehen kann. Die Gewinne der Unternehmungen sind grundsätzlich gleich der Differenz zwischen den Einnahmen und den Ausgaben der Unternehmungen – genauer: zwischen den Einnahmen und den Ausgaben der Unternehmungen für die Herstellung der Produkte, aus denen die Unternehmungen die Einnahmen erzielen, also gleich der Differenz zwischen Ertrag und Kosten. Damit die Unternehmungen zusammen im Saldo stets Gewinne erzielen können, müssen daher die Einnahmen der Unternehmungen zusammen stets größer sein als die Ausgaben der Unternehmungen. Wie soll dies vor sich gehen? Es ist offensichtlich nicht möglich, dieses Ziel zu erreichen, wenn das Geld nur im Kreis läuft, das heißt wenn das Geld, das die Unternehmungen den Haushalten für ihre Produktionsleistungen bezahlen, einfach wieder von den Haushalten dazu verwendet wird, um die Produkte zu kaufen, welche die Unternehmungen mit ihrer Hilfe hergestellt haben. Denn dann würden sich Einnahmen und Ausgaben der Unternehmungen nur immer gerade ausgleichen. Es ergäbe sich also in der Summe von Gewinnen und Verlusten kein positiver Gewinnsaldo. Ein solcher kann somit gesamtwirtschaftlich nur entstehen, wenn ständig Geld zufließt.

Wie fließt aber in der modernen Wirtschaft Geld zu? Wir wissen es bereits: indem die Unternehmungen bei den Banken Kredite aufnehmen, welche die Banken mindestens zum Teil durch Geldschöpfung bereitstellen, also durch Vermehrung der Geldmenge auf dem Kreditweg. Die Unternehmungen brauchen die Kredite – es sei wiederholt –, um zu investieren, um das aufgenommene Geld, zusammen mit dem reinvestierten Reingewinn, für den Kauf von zusätzlichen Produktionsleistungen zu verwenden: um zu wachsen. Die Einkommen der Haushalte als Anbieter dieser Arbeits- und Produktionsleistungen, als Arbeitskräfte, steigen auf diese Weise mit dem Wachstum des BIP, und die Gewinne der Unternehmungen mit dem Wachstum der Einkommen der Haushalte, indem diese das Einkommen für den Kauf der Produkte aus-

geben, die die Unternehmungen mit ihrer Hilfe hergestellt haben.

Der „Trick“ dabei ist: Die Haushalte geben ihr Einkommen für den Kauf der Produkte, welche die Unternehmungen mit ihrer Hilfe herstellen, *sofort* aus, denn die Haushalte müssen ja überleben. Sie werden daher sofort zu Einnahmen der Unternehmungen. Zu diesem Zeitpunkt können die Unternehmungen aber nur die Produkte verkaufen, die schon produziert worden sind, die sie also *vor* der neuen Investition hergestellt haben. Dies bedeutet, dass die Einnahmen der Unternehmungen *vor* den Ausgaben für die Produkte, die sie verkaufen, steigen und so die Erträge größer sind als die Kosten. So entsteht in der Volkswirtschaft gesamthaft im Saldo von Gewinnen und Verlusten immer ein Gewinn, wenn sich das Wachstum der Wirtschaft fortsetzt.

Auf diese Weise entwickelt sich der Wirtschaftskreislauf zu einer Wachstumsspirale, zu einem Perpetuum mobile, indem das Wachstum der Produktion mit Hilfe der Geldschöpfung die Voraussetzung dafür schafft, dass Gewinne entstehen, und mit den Gewinnen wieder die Voraussetzung dafür, dass Geld als Kapital eingesetzt und so ein weiteres Wachstum möglich wird. Die Voraussetzung für das Funktionieren des Perpetuum mobile ist allerdings, dass sich ihm keine Hindernisse entgegenstellen. Dies ist nicht garantiert. Es wird durch Krisen gefährdet, die immer akuter werden, je stärker sich die Dynamik des Wachstums entwickelt.

Im Vordergrund steht die Gefahr von Finanzkrisen.<sup>1</sup> Sie sind eine Folge einer übertriebenen Geldschöpfung, die nicht zur Finanzierung realer Produktionszuwächse dient, sondern zum spekulativen Kauf von Vermögenswerten – in Erwartung, dass deren Preise gerade wegen der ständigen Geldvermehrung steigen werden. Wenn die erwartete künftige Preissteigerung höher ist als der Zins, nimmt man auch Kredite auf, um die Vermögenswerte zu kaufen und sich so quasi umsonst bereichern zu können. Die Spekulation ist aber dadurch gefährdet, dass die Zinsen steigen können. Dies tritt dann ein, wenn die Zentralbanken wegen der durch die spe-

kulativen Kredite aufgeblähten Geldmenge eine inflationäre Entwicklung befürchten, und, um dies zu verhindern, die Zinsen erhöhen. Dann kommt es, weil sie Zinsen zu hoch werden, um die spekulativen Kredite zu rechtfertigen, zur Finanzkrise.

Was ist aber, wenn es keine Finanzkrisen geben würde? Wäre dann alles in Ordnung? Nein, weil sich der Wachstumstendenz nur durchsetzen lässt, wenn genügend natürliche Ressourcen vorhanden sind, aus denen die Rohstoffe und die Energie gewonnen wird, welche die Basis der Mehrproduktion bilden. Mehr und mehr wird das Wirtschaftswachstum mit der langfristigen Knappheit der Natur konfrontiert. Ihre Nutzung kann daher nicht beliebig ausgeweitet werden. Es entsteht eine kontinuierlich akuter werdenden Umweltkrise. Der Mensch sollte daher haushälterisch mit der Natur umgehen, das heißt die Natur nachhaltig bewirtschaften. Diesem Imperativ steht aber die im Geldsystem verankerte Wachstumstendenz entgegen.

Was ist angesichts dieser doppelten Krisenanfälligkeit unserer Wirtschaft zu tun? Den Wachstumsdrang kann man nicht grundsätzlich beseitigen, solange wir aus guten Gründen eine Wirtschaft aufrechterhalten wollen, die auf selbständigen Unternehmungen basiert, welche im Markt auf eigene Initiative investieren, dafür aber auch einem Risiko ausgesetzt sind. Niemand wird Geld als Kapital, das heißt als Vorschuss zur Verfügung stellen, wenn er nur gerade erwarten darf, dass er gleich viel zurückerhält als er eingesetzt hat. Dann behält er doch lieber gleich das Geld in der Hand als es einem Risiko auszusetzen!

Wir sollten aber die Geld- und Krediterschöpfung durch entsprechende Reformen soweit kontrollieren können, dass die Aufblähung der Geldmenge zu einer Spekulationsblase verhindert und zudem die Wachstumstendenz soweit in Grenzen gehalten werden, dass eine ökologische Qualifizierung des Wachstums möglich ist. Die Schaffung entsprechender Reformen des Geldsystems wird die große Aufgabe unserer Gesellschaft in der Zukunft sein.

<sup>1</sup> Anmerkung der Redaktion: Siehe hierzu auch den Beitrag von Stephan Schulmeister in diesem Heft.

Stephan Schulmeister

# Der Boom der Finanzderivate und seine Folgen

**F**inanzvermögen – von Wertpapieren bis zu Bargeld – kann auf zweierlei Weise verwendet und vermehrt werden: als Transaktions- und Finanzierungsinstrument in der Realwirtschaft oder als Mittel zur Finanzveranlagung und -spekulation, also (nur) in der Finanzwirtschaft:

**Stephan Schulmeister**

Dr. jur., Mag. rer. soc. oec.  
(Univ. Wien), geb.1947; Austrian  
Institute of Economic Research  
(WIFO), PF 91,  
1103 Wien/Österreich  
Stephan.Schulmeister  
@wifo.ac.at  
www.gp-f.com  
stephan.schulmeister.  
wifo.ac.at/

Im ersten Fall dient Geld als „Schmiermittel“ realwirtschaftlicher Aktivitäten im Raum (insbesondere für den Handel) und in der Zeit

(insbesondere für Investitionen), im zweiten Fall wird versucht, Geld durch häufigen Tausch einer bestimmten Geldform (Finanzinstrument) gegen eine andere zu vermehren, also durch kurzfristiges „trading“, oder durch langfristiges „holding“ eines Finanzinstruments während eines Trends.

Die typische Form der Vermehrung von Geld in der Realwirtschaft ist die Finanzierung von Investitionen: Jemand legt etwa sein Geld auf einem Sparbuch an, die Bank verleiht es an einen Unternehmer, der den Kredit für den Erwerb eines Investitionsgutes verwendet (Finanzkapital wird gewissermaßen in Realkapital verwandelt). Aus dem Mehrertrag durch die Investition bezahlt der Unternehmer den Zins, den sich Bank und Sparer teilen.

Dominiert diese „Arbeitsform“ von Geld, so entwickelt sich ein Positiv-Summenspiel: Indem sich das Profitstreben auf die Realkapitalbildung konzentriert, wächst die Gesamtproduktion (das Bruttoinlandsprodukt/BIP) stetig. In einem solchen „Regime“ spielen Finanzsektor und -märkte eine wesentli-

che Rolle als Vermittler von Finanz- und Realkapital, allerdings ist ihre Rolle im Verhältnis zur Realwirtschaft eine dienende. Ich nenne die „Spielanordnung“, in der die Rahmenbedingungen den „Vermehrungsdrang“ von Finanzkapital systematisch auf die Reakkumulation lenken, „Realkapitalismus“ (typisch für die erste Hälfte der Nachkriegszeit).

Versucht man, Geld „selbstreferentiell“ zu vermehren, also durch Tausch unterschiedlicher „Geldarten“ (Bankguthaben, Devisen, Aktien, Anleihen, Rohstoffderivate etc.), so wird es Mittel zum Selbstzweck. Dabei sind zwei „Arbeitsformen“ zu unterscheiden: *Erstens*: Das „schnelle Geld“ vermehrt sich durch das „trading“ von Finanzinstrumenten wie Aktien, Anleihen oder Devisen, insbesondere aber durch den Handel mit den auf Aktienkurse, Zinssätze, Wechselkurse und Rohstoffpreise bezogenen Finanzderivaten (Futures, Optionen, Swaps, etc.). *Zweitens*: Das „langsame Geld“ vermehrt sich durch „holding“ solcher Finanzinstrumente, deren Wert während eines „bull market“ über einen längeren Zeitraum steigt. Beispiele sind der Aktienboom der 1990er Jahre, der Anstieg der US-Immobilienpreise sowie der Boom der Rohstoffpreise zwischen 2005 und Mitte 2008. In analoger Weise kann man durch „short positions“ bei Finanzderivaten von einem fallenden Kurstrend profitieren („bear market“).

Das „schnelle trading“ eines bestimmten Finanzinstruments stellt ein Null-Summenspiel dar, das heißt, es werden keine (realen) Werte geschaffen, sondern (monetäre) Werte umverteilt: Die Summe der Gewinne ist immer gleich der Summe der Verluste. Für einen einzelnen, „tüchtigen Spieler“ kann das Geld auf diese Weise viel mehr Gewinn bringen („arbeiten“) als bei realwirtschaftlicher Veranlagung, aber nur deshalb, weil andere verlieren.

Wenn sich das Geld durch das „Ausreiten“ eines Preistrends nach oben („bull market“) vermehrt, so entstehen Bewertungsgewinne: Alle, die das entsprechende „asset“ besitzen, werden reicher und niemand wird ärmer. Allerdings hat diese wundersame Geldvermehrung zwei Haken: *Erstens* sind die Bewertungsgewinne sehr ungleich verteilt: Wer früh einsteigt (tendenziell die „Profis“), gewinnt



mehr als die „Späteinsteiger“ (tendenziell die „Amateure“). *Zweitens*, jeder Boom, der über den realwirtschaftlich („fundamental“) gerechtfertigten (Gleichgewichts-)Preis „hinausschießt“, zieht früher oder später einen Abwärtstrend nach sich, durch den die „überschießenden“ Bewertungsgewinne wieder eliminiert werden.

Beide „Arbeitsweisen“ von Geld stellen daher im Wesentlichen kurz- bzw. längerfristige Nullsummenspiele dar, wobei die Umverteilung in der Regel von den Amateuren zu den professionellen Akteuren stattfinden. Das ökonomische Gesamtsystem gewinnt nicht nur nicht, sondern es wird verlieren, und zwar deshalb, weil Spekulation die wichtigsten Preise wie Wechselkurse, Rohstoffpreise und Aktienkurse destabilisiert und dies wiederum dazu beiträgt, dass die Unternehmen ihr Profitstreben von Real- zu Finanzinvestitionen verlagern. Diese „Spielanordnung“ in ihrer Gesamtheit nenne ich „Finanzkapitalismus“.

Im Folgenden möchte ich an Beispielen zeigen, wie Geld durch kurzfristige Spekulation „arbeitet“.

## Spekulation mit Finanzderivaten

Der größte Anteil aller Finanztransaktionen entfällt auf den Handel mit Derivaten, insbesondere mit Futures und Optionen. Dies sind Wetten auf die künftige Entwicklung eines Preises/Kurses, sei es von Anleihen, Aktien, Rohstoffen oder Devisen. Dabei macht der „Wetteinsatz“ nur einen Bruchteil des (Basis-)Werts aus.<sup>1</sup> Mit einer Option er-

<sup>1</sup> Dazu ein Beispiel: Jemand erwartet einen Anstieg der Rohölpreise und kauft deshalb – über einen Broker – einen an der „New York Mercantile Exchange“ (NYMEX) gehandelten „Crude Oil Future“. Der Wert des „Wettscheines“ (Kontrakt) beträgt 1 000 Barrel Öl zum jeweiligen Preis, bei einem Ölpreis von 100 \$ also 100 000 \$. Hinterlegen muss er beim Kauf nur eine Margin (Sicherstellung) von etwa 7 Prozent, also 7 000 \$. Steigt nun der Ölpreis um 10 Prozent und damit der Wert des Future auf 110 000 Prozent, so macht der „Spieler“ einen Gewinn von 143 Prozent (10 000 Prozent bei einem Einsatz von 7 000 \$ – da auch der Einsatz rückerstattet wird, ist die Profitrate eigentlich unendlich). Sinkt der Ölpreis aber um 10 Prozent, so sind die 7 000 \$ futsch und der Spekulant muss noch 3 000 \$ nachzahlen. Die Hebelwirkung („leverage effect“) von 14,3 resultiert daraus, dass der Basis(Kontrakt)wert 14,3 Mal so hoch ist wie der Wetteinsatz.

wirbt jemand das Recht, das zu Grunde liegende Asset innerhalb einer Frist zu einem bestimmten (Ausübungs-)Preis zu kaufen (*Call*) oder zu verkaufen (*Put*). Erwartet ein Trader einen Anstieg des Eurokurses, so wird er eine Call-Option kaufen. Trifft seine Prognose zu, so wird der Preis der Option viel stärker steigen als jener des Basiswerts (der Eurokurs). Die Bandbreite des Hebels ist bei Optionen größer als bei Futures, da sie von verschiedenen Faktoren abhängt (Differenz zwischen aktuellem Kurs und Ausübungspreis, Stärke des Kurstrends, Volatilität des Kurses, Restlaufzeit der Option).

Während die börsennotierten Derivate auch von Amateuren gehandelt werden, sind die bilateralen Finanzgeschäfte („over-the-counter-transactions“ – OTC) den professionellen Tradern vorbehalten. Dies betrifft insbesondere *Spot*- und Terminkontrakte sowie *Swaps* bezogen auf Wechselkurse, Rohstoffpreise, Aktienkurse und Zinssätze. Dabei gilt: Bei einem *Spot*geschäft kaufe (oder verkaufe) ich ein („echtes“) Finanzinstrument (etwa Devisen) heute zum heutigen Kurs, bei einem Termingeschäft verpflichte ich mich, zum heute fixierten (Termin-)Kurs, aber zu einem späteren Termin zu kaufen (oder zu verkaufen). Ist der (Spot-)Kurs bis dahin gestiegen, so mache ich im Falle eines Terminkaufs einen Gewinn, und zwar im Ausmaß der Differenz zwischen dem aktuellen (Spot)Kurs und dem Terminkurs. Ein *Swap* kombiniert ein Spot- und ein Termingeschäft; dadurch wird die Abwicklung eines Spekulationsgeschäfts extrem vereinfacht: Sobald jene Entwicklung auf oder gegen die gewettet wurde, eintritt, überweist der Verlierer seinen „Wettverlust“ direkt an den Gewinner (Swapverluste trugen wesentlich zu den größten „Betriebsunfällen“ im Finanzsektor bei).

Das Trading auf Finanzmärkten ähnelt Casino-Spielen wie Roulette, die auch Nullsummenspiele sind. Allerdings bestimmt hier der Lauf der Kugel die wichtigsten Preise in der Weltwirtschaft. Überdies folgt er keinem Zufallsprozess, sondern hängt vom Spielverhalten der Teilnehmer ab. Wird mehr Kapital auf Rot (Kurssteigerung) gesetzt als auf Schwarz (Kursrückgang), so wird die Kugel mit größerer Wahrscheinlichkeit bei Rot landen.

Ursprünglich sind Terminkontrakte zur Absicherung gegen das Risiko von Preisschwankungen landwirtschaftlicher Produkte entstanden (*Hedging*). Mit der Aufgabe fester Wechselkurse (1971/73), den nachfolgenden Schwankungen von Dollarkurs und Erdölpreis sowie mit dem Zinsanstieg Ende der 1970er Jahre stieg die Bedeutung von Finanzderivaten. Die Einführung von immer mehr Instrumenten, welche auf Futures und Optionen beruhen (z.B. Zertifikate), gab dem Derivathandel in den 1980er einen enormen Auftrieb. Treibende Kraft ist die Spekulation geworden, Hedging hat im Vergleich dazu nur geringe Bedeutung.

## Spekulationsstrategien

Die Entscheidungen professioneller Trader basieren auf der Interpretation neuer Informationen („news“), dem „Ausreiten“ von Trends („trend-followers“) oder dem Wechsel in der Trendrichtung („contrarian trading“). Im ersten Fall geht es darum, in Sekunden abzuschätzen, wie die anderen Marktteilnehmer auf eine Nachricht reagieren werden, die auf den Bildschirmen erscheint. Ist sie überraschend oder war sie schon „eingepreist“?

Beginnt der Kurs auf Grund „echter“ News zu steigen, so generieren zuerst die verschiedenen „trend-following systems“ auf der Basis von Hochfrequenzdaten (z. B. 10-Sekunden-Kurse) eine Sequenz von Kaufsignalen. Ihre Exekution treibt den Kurs weiter nach oben, es folgen die Kaufsignale der „langsameren“ technischen Modelle auf Basis von Stunden- oder Tagesdaten, u. s. f.

Auch der bis Mitte 2008 anhaltende Boom der Rohstoffpreise konnte von einfachen Spekulationssystemen profitabel „ausgebeutet“ werden. Nach einem Kaufsignal (wenn der aktuelle Preis eines Rohöl-Future oder eines Reis-Future den gleitenden Durchschnitt von unten schneidet) geht der Trend steigender Preise weiter.

Gleichzeitig verstärkt die Verwendung technischer Spekulationssysteme das „trending“ spekulativer Preise: Auch wenn diese

„trend-following models“ mit unterschiedlichen Parametern operieren (jeder Trader hat „sein“ Geheimmodell), so folgen sie alle der gleichen Logik: In der ersten Phase eines Aufwärts(Abwärts)trends produzieren sie eine Sequenz von Kauf(Verkauf)signalen, deren Exekution die Preisbewegung verstärkt.

Diese „Rückkoppelungen“ bewirken, dass ein starker und nachhaltiger Anstieg des Trading Preisschübe nach oben (oder unten) verlängert, welche sich in einem stufenweisen Prozess zu „bull markets“ (oder aber zu „bear markets“) akkumulieren. Ein markantes Beispiel dafür ist der enge Zusammenhang zwischen der massiven Zunahme von Handelsaktivitäten auf den Märkten für Rohstoffderivate und dem Anstieg der Rohstoffpreise seit zwischen Anfang 2005 und Mitte 2008.

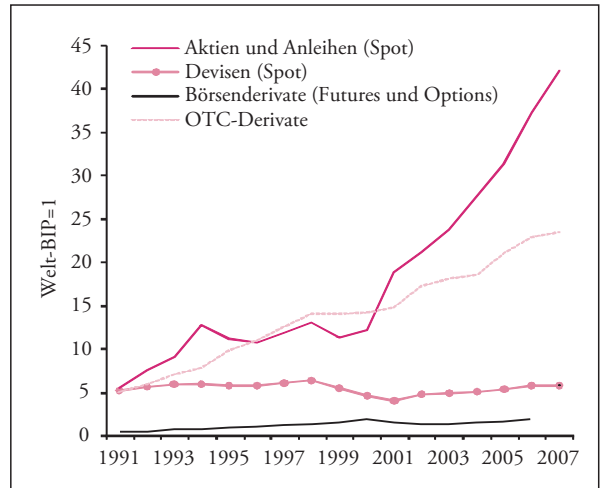
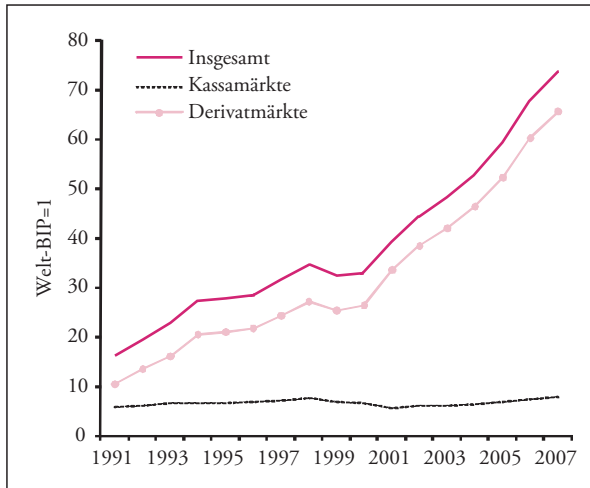
## Expansion der Finanztransaktionen

Fasst man die Transaktionen auf allen Arten von Finanzmärkten und in allen Regionen der Welt zusammen, so ergibt sich folgendes Bild (*Abbildung 1*): Im Jahr 2007 war das Volumen der Finanztransaktionen 73,5 Mal höher als das nominelle Welt-BIP. 1990 hatte diese Relation „lediglich“ 15,3 betragen – seither sind somit die Finanztransaktionen fast fünf Mal rascher expandiert als die globale Wirtschaft. Diese Wachstumsdifferenz hat sich seit 2000 erheblich beschleunigt.

Spot-Transaktionen auf den Devisen-, Aktien- und Anleihenmärkten haben seit 1990 annähernd gleichschrittig mit dem Welt-BIP zugenommen, der enorme Anstieg der gesamten Finanztransaktionen ist ausschließlich eine Folge der (noch stärkeren) Expansion der Aktivitäten auf den Derivatmärkten (*Abbildung 1*). Von diesen sind die Transaktionen im Börsenhandel (Futures und Optionen) seit 2000 bei Weitem am stärksten gewachsen (daran beteiligen sich immer mehr Amateure): 2007 war das Volumen des Börsenhandels mit Futures und Optionen bereits 43,4 Mal so hoch wie das Welt-BIP, im Jahr 2000 hatte dieser Faktor lediglich 14,2 betragen. Mittlerweile ist das Volumen des Derivathandels auf Börsen an-



Abbildung 1: Transaktionsvolumen auf den globalen Finanzmärkten



Quelle: Bank for International Settlement (BIS), World Economic Forum (WEF), Austrian Institut of Economic Research (WIFO).

nähernd doppelt so hoch wie jenes der OTC-Transaktionen (Abbildung 1).<sup>12</sup>

Das Volumen des Handels mit Finanzderivaten und sein exorbitanter Anstieg lässt zwei Schlussfolgerungen zu: *Erstens*, der größte Teil der Handels entfällt auf Transaktionen zwischen Spekulanten mit unterschiedlichen Preiserwartungen. Stammen nämlich die Transaktionen primär aus der Absicherung (Hedging) realwirtschaftlicher Aktivitäten wie künftiger Exporterlöse oder Rohstoffausgaben, dann dürfte das Transaktionsvolumen die nominelle Welt-Produktion nicht nennenswert übersteigen. *Zweitens*, die Preiserwartungen der Marktteilnehmer müssen in hohem Maß voneinander abweichen. Denn bei ähnlichen und im Grenzfall homogenen Erwartungen ergäben sich nicht so viele „trading opportunities“ und damit kein so hohes Handelsvolumen wie empirisch beobachtet.<sup>13</sup>

<sup>12</sup> Das (monetäre) Handelsvolumen mit Finanzderivaten ergibt sich aus der Summe aller Transaktionen, bewertet mit dem Basiswert des jeweiligen Kontrakts; man spricht daher vom Transaktionsvolumen in „notional values“. Die Basiswerte von Derivaten sind relativ hoch: Ein DAX-Future hat den Wert von 25 € je Indexpunkt, steht der DAX bei 6 000, so hat der Future einen Wert von 150 000 Euro. Eine Übersicht über die Kontraktwerte wichtiger Futures bezogen auf Aktienindizes, Zinsinstrumente (Anleihen, Schatzscheine), Devisen und Rohstoffe findet sich in: Stephan Schulmeister/Margit Schratzenstaller/Oliver Picek, A General Financial Transaction Tax – Motives, Revenues, Feasibility and Effects, Study of the Austrian Institute of Economic Research (WIFO) Vienna, April 2008, ([http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=31819&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=31819&typeid=8&display_mode=2)).

<sup>13</sup> Vgl. Stephen F. LeRoy, Efficient Capital Markets and Martingales, Journal of Economic Literature, 27 (1989) 4, S. 1583–1621.

## Die Gewinner und die Verlierer im „schnellen“ Finanzhandel

Wer sind die Gewinner und Verlierer im kurzfristigen „trading“, insbesondere von Finanzderivaten? Die Banken und Hedge Fonds machen Gewinne, zwar nicht jede(r) einzelne, wohl aber in ihrer Gesamtheit. Daher müssen die Amateurspekulanten in ihrer Gesamtheit die Verlierer sein. Dafür sprechen vier Unzulänglichkeiten auf Seiten der Amateure: Sie können nicht permanent auf das Marktgeschehen reagieren, haben nicht genügend Kapital, um Verlustphasen durchzustehen, sind zu einem Risikomanagement weder finanziell noch intellektuell in der Lage, und schließlich haben sie viel schlechteren Zugang zu Insiderinformation als etwa Investmentbanken.

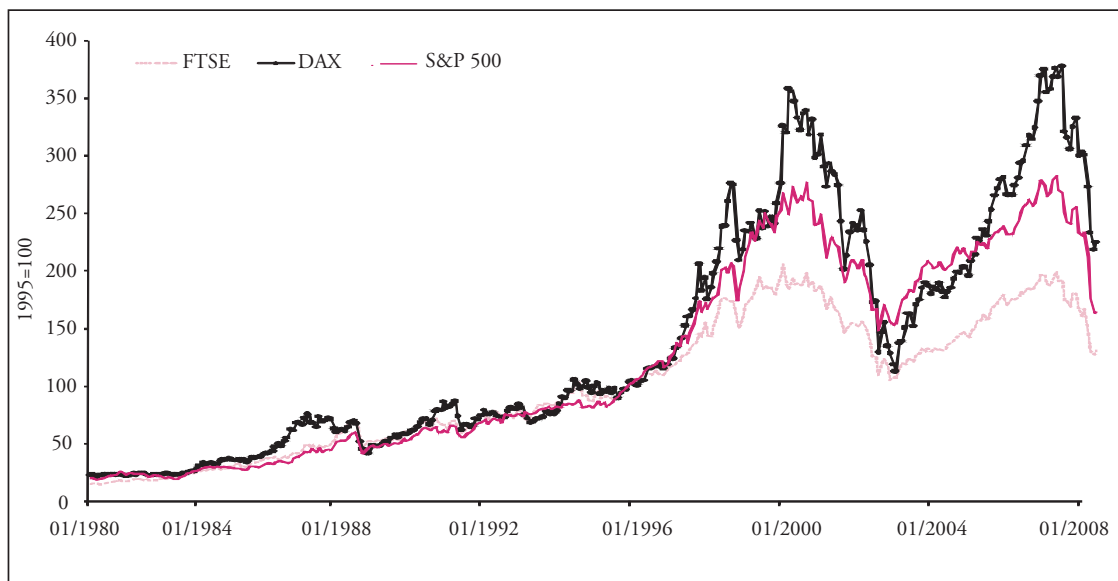
*Wenn die Amateure in ihrer Gesamtheit die Verlierer sind, warum expandiert das Spiel weiter? Warum ziehen sich die geschorenen Schafe nicht zurück und dämpfen so das Geschäftsvolumen?*

*Erstens:* Für viele vermittelt das Spiel an sich Spannung. Schließlich verlieren auch die meisten Lottospieler oder Casinobesucher ihren Einsatz und machen doch weiter.

*Zweitens:* Wenn auch ein Spekulationsverlust Leiden hervorruft, so fordert er gleichzeitig heraus, das nächste Mal den Markt zu besiegen.

*Drittens:* Die meisten Amateurspieler verfügen über genügend (Normal)Einkommen, um das verlorene Spielkapital zu ersetzen.

Abbildung 2: Aktienkurse in Deutschland, Großbritannien und den USA



Quelle: Yahoo Finance (<http://de.finance.yahoo.com/m8>).

*Viertens:* Die Information über Gewinne und Verluste ist asymmetrisch verteilt. Die Spekulationsmagazine sind voll von Artikeln „How I made a million“ mit diesem oder jenem System, wer hingegen verspielt hat, behält es für sich.

*Fünftens:* Die Kunde von den Gewinnen und das Schweigen der Lämmer über ihre Verluste führen den Märkten stetig „frisches Blut“ zu. Einzelne Verlierer lernen zwar das Richtige und ziehen sich zurück, der Zustrom an Eleven ist aber die längste Zeit viel größer gewesen.

Dies hat sich mit Ausbruch und Vertiefung der Finanzkrise seit Mitte 2007 grundlegend verändert: Weltweit ziehen sich derzeit die Amateure von den „Finanzspielen“ zurück, auch an eine Ausweitung der kapital„gedeckten“ Altersvorsorge ist nicht (mehr) zu denken. Der Mangel an „frischem Blut“ verstärkt den Niedergang des Systems des „arbeitenden Gelds“.

## Destabilisierung der wichtigsten Preise in der Weltwirtschaft

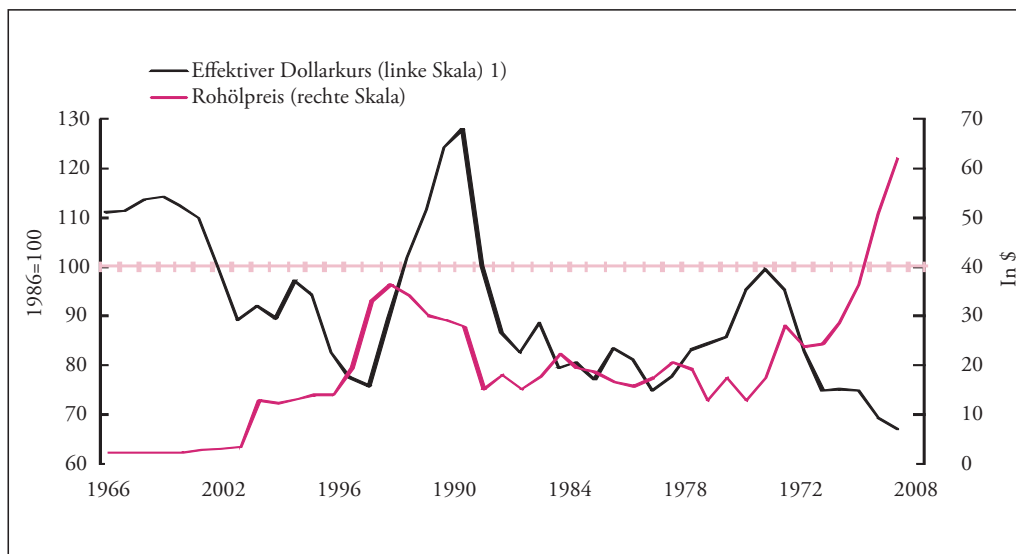
Die Umverteilung durch den Derivathandel von der gehobenen Mittelklasse zu den Spit-

zenverdienern stellt kein gravierendes Problem dar. Zwei andere Effekte sind allerdings die wichtigsten langfristig wirksamen Ursachen für Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung in Europa: *Erstens:* Die Spekulation auf den Derivatmärkten sowie im Devisenhandel destabilisiert die wichtigsten Preise in der Weltwirtschaft wie Wechselkurse, Rohstoffpreise (insbesondere den Ölpreis), Aktienkurse und Zinssätze (*Abbildung 2*). *Zweitens:* Die Unsicherheit über die Entwicklung dieser Preise und die hohen Finanzrenditen dämpfen die realwirtschaftlichen Aktivitäten von Unternehmen, insbesondere Investitionen und (damit) die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Auf welche Weise destabilisiert der Handel mit Derivaten ihre Preise und jene der zu Grunde liegenden Assets? Unterschiedliche Spieler benützen unterschiedliche Spekulationssysteme, angewendet auf unterschiedlichen Zeitskalen (von 10-Sekunden-Kursen bis zu Tageskursen). Die Konzentration von Kaufsignalen von „news-based traders“ am Beginn eines Aufwärtstrends, gefolgt von Kauforders der „trend-followers“ verstärkt und verlängert den Trend. Hat dieser an Dynamik verloren, so lassen ihn die Verkaufssignale der „contrarians“ kippen.<sup>14</sup>

<sup>14</sup> Vgl. Stephan Schulmeister, The Interaction between Technical Currency Trading and Exchange Rate Fluctuations, in: Finance Research Letters, 3 (2006) 3, S. 212–233.

Abbildung 3: Rohölpreisschwankungen und Dollarkurs



1) Gegenüber DM, Französischem Franc, Pfund, Yen.  
Quelle: OECD, International Monetary Fund.

Das Phänomen solcher Kursschübe lässt sich auf jeder Zeitskala beobachten. Aus ihrem Zusammenwirken ergeben sich mehrjährige Trends; Minutentrends in die gleiche Richtung, unterbrochen von kürzeren Gegenbewegungen, addieren sich zu einem Stundentrend, mehrere Stundentrends zu Tagestrends, u.s.f. Insgesamt ergibt sich daraus die für alle „asset prices“ typische Abfolge von Kursschüben, welche für einige Zeit in eine Richtung länger sind als die Gegenbewegungen, also ein stufenweiser Auf- oder Abwärtsprozess (Abbildung 3). Langfristige Trends von Wechselkursen, Rohstoffpreisen und Aktienkursen („bull markets“ und „bear markets“) sind daher das Resultat der Akkumulation kurzfristiger Preisschübe, welche ihrerseits in erster Linie durch spekulative Aktivitäten hervorgebracht werden, insbesondere auf Basis technischer Modelle (Abbildung 3).

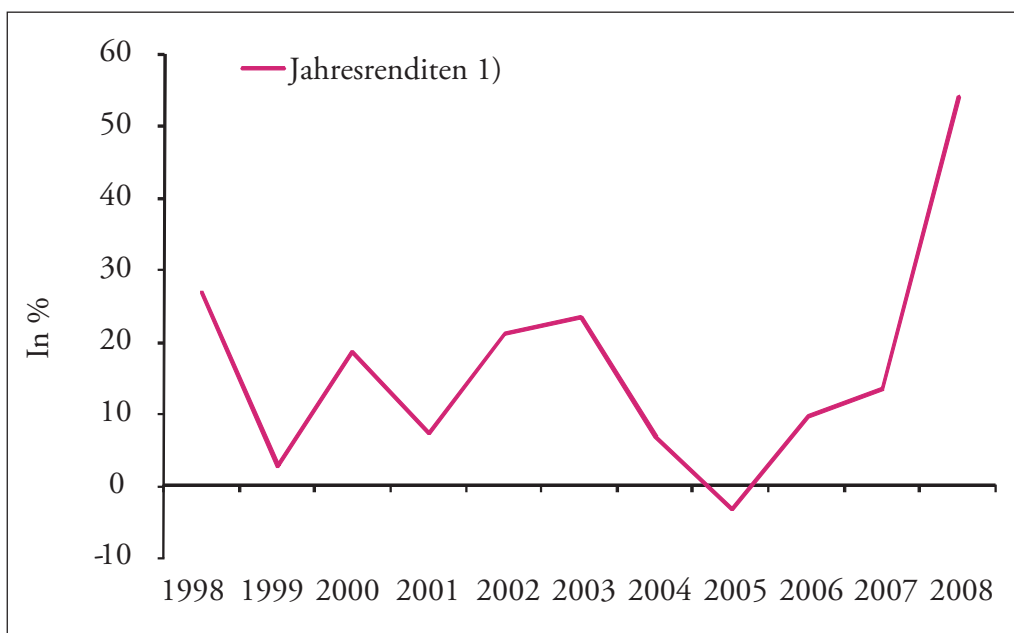
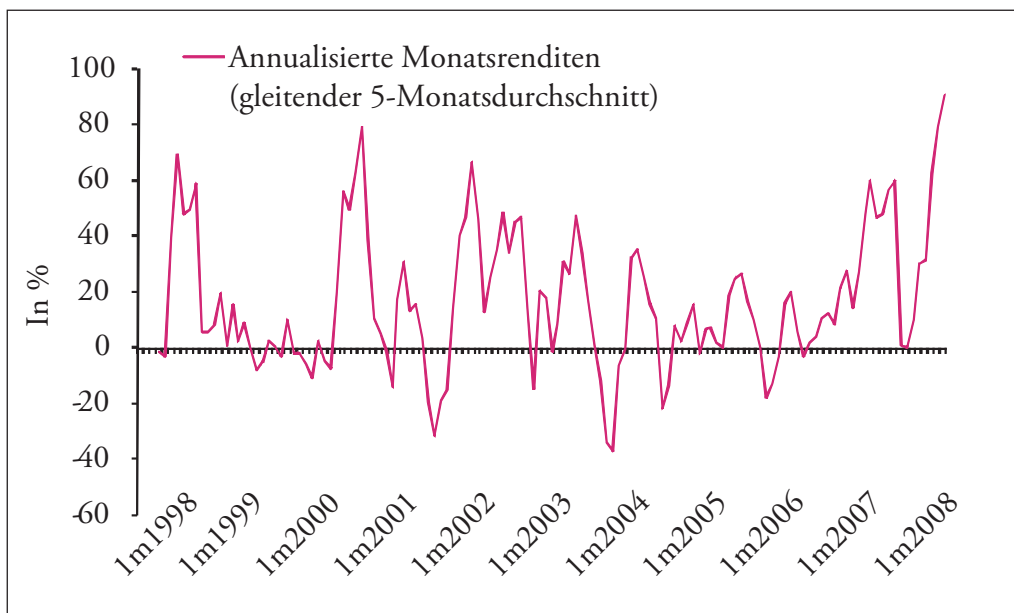
Die Abfolge der „bull markets“ und „bear markets“ ergibt das typische Muster der langfristigen Dynamik spekulativer Preise: Sie schwanken in irregulären („manisch-depressiven“) Zyklen um den Bereich des realwirtschaftlichen Gleichgewichts ohne eine Tendenz, zu diesem Gleichgewicht zu konvergieren. Das „Überschießen“ in einem Markt kann sich auf einen anderen Markt übertra-

gen. So senken massive Abwertungen des US-Dollar wie zwischen 1971 und 1973, 1977 und 1979 sowie seit 2002 „ceteris paribus“ den realen Wert von Erdölexporten, da Erdöl ausschließlich in Dollar notiert. Dementsprechend hoch ist der Anreiz für die Rohstoffexporteure, den Preis ihres wichtigsten Exportguts zu erhöhen wie 1973, 1979 und seit 2004 (Abbildung 3 – natürlich spielen noch andere Faktoren eine Rolle). Umgekehrt konnten die erdölexportierenden Länder den Rückgang des Ölpreises in der ersten Hälfte der 1980er Jahre leichter hinnehmen, da gleichzeitig der Dollar stark an Wert gewann.

Der Boom zunehmend kurzfristiger Spekulation hat in den vergangenen Jahren die Aktienkurse, Rohstoffpreise und den Eurokurs in die Höhe getrieben („manische“ Phase) und so das Potential für die neue Weltwirtschaftskrise „aufgebaut“ (gemeinsam mit dem Boom der Immobilienpreise). Diese breitet sich durch den „synchronen“ Entwertungsprozess dieser Vermögen immer mehr aus („depressive“ Phase).

Da die Profitabilität von „trend-following technical trading systems“ in erster Linie von der Dauer und Stärke der Preistrends abhängt (ganz gleich, ob nach oben oder nach unten), sind die Renditen von „trend-following“

Abbildung 4: Netto-Renditen von „trend-following“ Hedge Fonds



Quelle: www.turtletrader.com.

Arithmetisches Mittel der Netto-Renditen (nach Abzug der Gewinnbeteiligung und sonstiger Gebühren der Fonds sowie Transaktionskosten) folgender Fonds: Dury Capital Inc., Chesapeake Capital Corporation, Eckhardt Trading Company, Clark Capital Mgt Inc, Winton Capital Mgt Ltd, Transtrend BV, Clark Capital Mgt Inc, Abraham Trading Company, Hymen Beck, Lost Atlantis Capital Management LACM Trend Following Diversified Share Class G-2, Dunn Capital Management Inc. D'Best Futures, EMC Capital Management Inc., Eclipse Capital und ab 2003 Pardo Capital Limited XT-99 Diversified Trading Program, Superfund Series A und Series B.

## Übersicht: Geschätzte Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer auf Basis von Daten für 2007 (in Prozent des nominellen BIP)

	Deutschland			Großbritannien			Europa			Welt		
Steuersatz	0,1	0,05	0,01	0,1	0,05	0,01	0,1	0,05	0,01	0,1	0,05	0,01
Reduktion des Transaktionsvolumens												
Spot-Transaktionen auf Börsen												
Niedrig	0,133	0,068	0,014	0,480	0,246	0,050	0,242	0,124	0,025	0,204	0,104	0,021
Mittel	0,126	0,067	0,014	0,459	0,240	0,050	0,231	0,121	0,025	0,194	0,102	0,021
Hoch	0,119	0,064	0,013	0,434	0,233	0,048	0,219	0,117	0,024	0,183	0,099	0,020
Derivat-Transaktionen auf Börsen												
Niedrig	1,711	1,113	0,429	6,825	4,540	1,810	1,413	0,934	0,369	1,330	0,878	0,345
Mittel	1,196	0,855	0,377	4,571	3,412	1,584	0,958	0,707	0,323	0,906	0,665	0,303
Hoch	0,681	0,511	0,326	2,317	1,738	1,359	0,504	0,378	0,278	0,482	0,362	0,260
OTC-Transaktionen												
Niedrig	0,553	0,369	0,148	6,306	4,204	1,682	1,667	1,111	0,444	0,878	0,585	0,234
Mittel	0,369	0,277	0,129	4,204	3,153	1,471	1,111	0,833	0,389	0,585	0,439	0,205
Hoch	0,184	0,138	0,111	2,102	1,577	1,261	0,556	0,417	0,333	0,293	0,220	0,176
Alle Transaktionen												
Niedrig	2,397	1,550	0,590	13,612	8,990	3,542	3,321	2,169	0,838	2,412	1,568	0,601
Mittel	1,691	1,199	0,520	9,234	6,806	3,106	2,301	1,661	0,737	1,685	1,206	0,529
Hoch	0,985	0,713	0,450	4,853	3,547	2,668	1,278	0,911	0,635	0,958	0,680	0,456

Hedge Fonds im Zuge des Aktien- und Rohstoffbooms nach einem Verlustjahr 2005 merklich gestiegen. Wegen des besonders steilen Abwärtstrends von Rohstoffpreisen und Aktienkursen sind die Renditen seit Mitte 2008 nahezu „explodiert“. Gleichzeitig wurde der Kursverfall (und damit auch die Entwertung des Pensionskapitals von Millionen Menschen) durch die Spekulation der „trend-followers“ verschärft (*Abbildung 4*).

### Eine generelle Besteuerung von Finanztransaktionen

Die bisher dokumentierten Beobachtungen weisen auf folgenden Zusammenhang hin: Speklatives „Trading“ auf Finanzmärkten erhöht die kurzfristige Volatilität von Wechselkursen, Rohstoffpreisen und Aktienkursen und verstärkt damit gleichzeitig auch die längerfristigen Abweichungen dieser Preise von ihren „fundamentalen“ Gleichgewichtswerten. Anders gesagt: „Exzessive“ Liquidität ist ein typisches Merkmal von „asset markets“ geworden.

Dieser Befund stellt die wichtigste Begründung für die Einführung einer generellen Finanztransaktionssteuer mit einem niedrigen bis minimalen Steuersatz dar. Denn eine sol-

che Steuer würde spezifisch die extrem kurzfristigen Transaktionen mit Finanzderivaten verteuern und so einen Beitrag zur Stabilisierung von Wechselkursen, Rohstoffpreisen und Aktienkursen leisten. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die trendverstärkenden Wirkungen des „schnellen“ Handels mit Hilfe technischer „trading systems“.

In einer kürzlich publizierten Studie wurden Preiseffekte und Erträge einer generellen Finanztransaktionssteuer (FTS) untersucht.<sup>15</sup> Ihre wichtigsten Ergebnisse sollen abschließend zusammengefasst werden.

Die Studie schätzt das Aufkommen einer generellen FTS für drei mögliche Steuersätze, nämlich 0,1, 0,05 und 0,01 Prozent. Bei Finanzderivaten wird der „notional value“ der Transaktion zugrunde gelegt, also etwa bei einem Future sein Kontraktwert. Dies bedeutet, dass die FTS solche Transaktionen stärker belastet, für die relativ wenig Bargeld eingesetzt werden muss, insbesondere Derivate mit hoher Hebelwirkung. Auch ist klar, dass eine FTS den Handel mit Finanztiteln umso stärker belastet, je größer die Transaktionshäufigkeit ist. Daraus folgt, dass die FTS in

<sup>15</sup> St. Schulmeister/M. Schratzenstaller/O. Pickel (Anm. 2).

erster Linie (spekulative) Transaktionen mit einem hohen Risiko spürbar verteuert.

Das potentielle Steueraufkommen wird unter der Annahme geschätzt, dass das Handelsvolumen als Reaktion auf die Einführung einer FTS zurückgeht. Die Größe dieses Effekts hängt vom Steuersatz, den Transaktionskosten und dem Hebel („leverage“) ab. Für jeden Steuersatz und jeden Typ von Finanzinstrument wird dementsprechend ein niedriges, mittleres und hohes „transactions-reduction-scenario“ (TRS) spezifiziert.

Das Steueraufkommen wurde für einzelne europäische Länder, große Regionen sowie für die Welt insgesamt geschätzt. Für Deutschland beliefen sich die Erträge bei einem Steuersatz von 0,1 auf 1,69 Prozent des BIP und bei einem Steuersatz von 0,01 auf 0,52 Prozent des BIP (56,1 bzw. 17,3 Milliarden Euro – dabei wird jeweils das mittlere TRS unterstellt). Der weitaus größte Teil der Erträge käme von der Derivatbörse EUREX, der Handel mit „echten“ Aktien bzw. Anleihen würde kaum belastet (*Übersicht/S. 13*).

Auf Grund der hohen Konzentration von Transaktionen auf den Finanzplatz London stellt Großbritannien einen „Sonderfall“ dar. Dementsprechend hoch wären die Einnahmen aus einer generellen Transaktionssteuer. In Europa erbrächte eine generelle FTS einen Ertrag zwischen 2,30 und 0,74 Prozent des BIP (bei einem Steuersatz von 0,1 bzw. 0,01 Prozent und der Annahmen des mittleren TRS). Damit könnte ein großer Teil des Budgets der EU finanziert werden.

Für die Weltwirtschaft insgesamt ergäbe sich ein Steuerertrag zwischen 1,69 und 0,53 Prozent des Welt-BIP bei einem Steuersatz von 0,1 bzw. 0,01 Prozent (mittleres TRS). Zumindest ein Teil davon sollte für die Entwicklungszusammenarbeit verwendet werden.

Harald Klimenta

# Probleme und Chancen der deutschen Bankenlandschaft

*„Die Politik des Staates sollte darauf gerichtet sein, wirtschaftliche Machtgruppen aufzulösen oder ihre Funktionen zu begrenzen. Jede Festigung der Machtgruppen verstärkt die neofeudale Autoritätsminderung des Staates.“  
Walter Eucken<sup>1</sup>*

Mit zunehmender Tiefe und Tragweite der gegenwärtigen Krise sind plötzlich Gedanken erlaubt, die noch vor Jahresfrist töricht oder illusionär erschienen wären. So wird öffentlich darüber diskutiert, die Finanzmärkte radikal zu verschlanken, nicht nur bei den Landesbanken werden ganze Geschäftsbereiche abgewickelt. Im folgenden Text wird die These vertreten, dass das Bankenwesen aus Gründen der Kontrollierbarkeit, der Transparenz, der Stabilität und der ökologischen Nachhaltigkeit auf seinen produktiven Kern gestutzt werden muss. Dabei unterlässt es der Verfasser, sich Gedanken über die Durchsetzbarkeit oder Anschlussfähigkeit seiner Thesen zu machen, da die Krise täglich alte Gewissheiten zu Makulatur erklärt.

**Harald Klimenta**

Dr. rer. nat., geb. 1968; Autor, Publizist und Referent u. a. für Attac Deutschland, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac Deutschland.  
info@harald-klimenta.de

## Banken sind „nur“ Makler

Der Daseinszweck von Banken wird vernebelt, wenn von „Produkten“ gesprochen wird, die von ihnen „vertrieben“ würden. Ihre Rolle besteht nicht darin, alltägliche Dienstleistungen zu produzieren, sondern

<sup>1</sup> Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen 1990, S. 334 (Original 1952).



dafür Sorge zu tragen, dass jene in einer arbeitsteiligen Gesellschaft produziert werden können. Banken haben die öffentliche Aufgabe zu erledigen, die Versorgung der Gesellschaft mit Krediten sicherzustellen; sie sind keine gewöhnlichen Unternehmen. Hierzu organisieren sie den Geldkreislauf: Geld wird von Menschen, die im Moment zu viel, an Menschen umverteilt, die zu wenig davon haben. Mit anderen Worten: Banken sind in allererster Linie Makler, das heißt, sie bringen einen Überschuss- mit einem Defizitsektor zusammen. Überschüsse sammeln sich zu meist auf Seiten der privaten Haushalte an, Defizite beim Staat und bei (vor allem kleinen oder neu gegründeten) Unternehmen, die Investitionen vorfinanzieren müssen. Deshalb funktionieren Banken umso effizienter, je reibungsloser das Geld durch sie hindurchgeht. Je mehr auf dem Verwaltungsweg verloren geht, desto weniger Kredit wird geschöpft.

Beim Kreditgeschäft, dem Durchreichen des Geldes durch die Bank, hat jene allereinstenhand Probleme zu meistern. Bei der Fristentransformation hat die Bank mit den relativ kurzen Einlagehorizonten ihrer Sparer im Vergleich mit den deutlich längeren Kreditlaufzeiten von Unternehmen zu kämpfen und trägt deshalb ein erhebliches Zinsänderungs- und Refinanzierungsrisiko. Und mittels der Risikotransformation versucht die Bank zu garantieren, dass die Spareinlagen ihrer Sparer zu 100 Prozent sicher sind, obwohl Kredite immer mit einem Ausfallrisiko behaftet sind, weil sie erst in prinzipiell unsicherer Zukunft bedient werden. Banken müssen also Informationen sammeln – sie müssen kreditwürdige Investitionen erkennen und fragen: Welcher Kredit wird mit maximaler Wahrscheinlichkeit selbst bei möglichst hohen Zinsen zurückbezahlt? Dieses ureigenste Interesse der Banken gehört zum Kern des Kapitalismus: Investitionen werden so gelenkt, dass sie dem Bankenwesen maximal nutzen. Im Folgenden wird ebenfalls die Frage zu erörtern sein, ob dies auch maximalen gesellschaftlichen Nutzen spendet.

Ein Blick auf die deutsche Bankenlandschaft offenbart, dass die Banken sich in ihrem Selbstverständnis und in ihren Organisationsformen und damit auch in der Effizienz ihrer Makler-tätigkeit deutlich unterscheiden.

In Deutschland existieren drei völlig unterschiedlichen Arten von Banken parallel nebeneinander („Drei-Säulen-Modell“):<sup>12</sup>

- *Genossenschaftliche Institute* haben einen Anteil von ca. 15,5 Prozent an der Bilanzsumme aller Banken. Hierzu zählen die ca. 1 300 Raiffeisen-, Volks-, und Spardabanken, deren Zentralinstitute Westdeutsche Genossenschafts-Zentral- (WGZ) und die Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank (DZ), Union Investment, genossenschaftliche Hypothekenbanken, die VR Leasing, die R+V Versicherung sowie kirchliche Genossenschaftsbanken und Spezialinstitute.
- *Öffentlich-Rechtliche Institute* sind für ca. 45,5 Prozent der Bankbilanzen verantwortlich. Das sind ca. 500 Sparkassen und deren Zentralinstitute, die Landesbanken und die Deka-Bank, hinzu kommen die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und zehn Landesbausparkassen (LBS).
- *Privatbanken* sind kleine, häufig exklusive Privatbanken wie Sal. Oppenheim oder Berenberg, Pfandbriefbanken wie die Hypo Real Estate sowie private Bausparkassen. Von ehemals fünf großen Privatbanken (mit einem Marktanteil von knapp 25 Prozent an der Bankenbilanz) bleiben nach den aktuellen Übernahmen (Deutsche Bank und Postbank, Commerz- und Dresdner Bank) nur drei, wobei die Hypovereinsbank seit 2005 eine Tochter der italienischen Unicredit ist. Hinzutreten weitere ausländische Privatbanken wie die City-Bank oder Fortis.

## Jede Säule bietet alles

Das Besondere an diesem System ist, dass jede der drei Säulen alle Bankangebote für Sparer und Unternehmer bereithält. Vom Börsengang über Währungsgeschäfte bis zur Immobilienfinanzierung – alles ist überall möglich, zwar nicht in der Raiffeisenbank vor Ort, aber innerhalb der Säule durch die im Besitz der Genossenschaftsbanken befindliche DZ- oder WGZ-Bank. Dasselbe gilt für Sparkassen mit ihren Zentralinstituten. Durch die Parallel-

<sup>12</sup> Aktuelle Zahlen in: Sachverständigenrat, Das deutsche Finanzsystem: Effizienz steigern – Stabilität erhöhen, Juni 2008.

struktur erhofft man sich bei hoher Wettbewerbsintensität niedrige Preise für Bankdienstleistungen. Gleichzeitig wird etwa vom Sachverständigenrat eine starke Fragmentierung bei nur geringer Rentabilität beklagt.<sup>13</sup> Doch die regionale Struktur der ersten beiden Säulen führe zu einer ausreichenden Mittelstandsfinanzierung in den Regionen, und im erwähnten Gutachten heißt es: „In der aktuellen Krise haben sich diese lokale Bindung und die geringe Größe der Institute als Risiken abschirmend und damit stabilisierend erwiesen.“<sup>14</sup> Leider werden die ersten beiden Säulen schwächer, aufgrund von Filialschließungen und Fusionen sinkt die Kundennähe, und der Wegfall der Gewährträgerhaftung bei Landesbanken und Sparkassen hat deren Refinanzierungskosten erhöht, was gerade im Hinblick auf die von lokalen Sparkassen vorwiegend finanzierten klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) unter dem Basel-II-System kreditverknappend wirkt.

## Too big to fail – Große Banken machen große Probleme

Die gegenwärtige Art, die Finanzkrise zu meistern, ist Ausdruck gesellschaftlicher Grundüberzeugungen und Machtverhältnisse. So verwundert es nicht, dass auf eine Wiederherstellung des Status quo, wie er vor der Bankenkrise bestand, hingewirkt wird. Beherzte Restrukturierungen, die auf ernsthaften Konsequenzen aus den Ursachen der Krise beruhen, bleiben aus: Durch Fusionen unreal gewachsene, weltweit operierende Banken haben in der Vergangenheit via politischem Lobbying mit großem Erfolg staatliche Regulierungen geschliffen oder dabei mitgeholfen, sie zu umgehen.<sup>15</sup> Sie operierten mit großen Kredithebeln und erreichten auf diese Weise enorme Kapitalrenditen für ihre Eigentümer, die sich daran gewöhnten und immer noch mehr verlangten – nicht nur in den USA.<sup>16</sup> All das hatte

mit den Kernaufgaben von Banken wenig bis nichts zu tun, sondern erhöhte systemisch Risiken bei gleichzeitiger Verringerung von Transparenz und Kontrollmöglichkeiten.

Leider ist es nicht nur ein Problem der Banken, wenn sie sich verspekulieren. Großbanken sind regelmäßig „too big to fail“: zu groß, um untergehen zu dürfen. Nach den Kettenreaktionen, die auf die Pleite von Lehman Brothers folgten, werden Großbanken auch de facto nicht mehr fallengelassen werden, trotz Heerscharen radikalliberaler Wirtschaftsberater, deren Zenit überdies überschritten sein dürfte. Deshalb wird es in den nächsten Jahrzehnten ein Wunschtraum bleiben, Banken wie gewöhnliche Unternehmen zu behandeln. Vergleichbar den Wasserwerken einer Kommune steht im Hintergrund der Banken ein Gemeinwohl, das deren Verschwinden verhindern wird, weil ihr Vorhandensein und Funktionieren von grundlegendem gesellschaftlichem Interesse ist. Alle müssen dem Bankwesen vertrauen können, damit es überhaupt funktionieren kann.<sup>17</sup> Dieses Wissen ist nicht neu, es manifestierte sich in der Gewährträgerhaftung: Das Land oder die Kommune stehen ein, wenn es zur Überschuldung von Landesbanken bzw. Sparkassen kommt. Weil sie sich so billiger refinanzieren konnten und dies Wettbewerbsnachteile für andere Banken zur Folge hatte, durfte die Gewährträgerhaftung nicht länger auf Landesbanken und Sparkassen angewandt werden. Doch die Krise brachte das Instrument jäh zurück – jetzt gilt die Gewährträgerhaftung für alle systemrelevanten Banken, und zu solchen werden praktisch alle Großbanken ernannt. Zu fragen ist eben nicht, was in einer Schönwetterperiode effizient ist, sondern welchen Regeln während einer Krise gefolgt wird. So lernen wir gegenwärtig, dass Großbanken ohne Gewährträgerhaftung eine Illusion sind. Die jetzige Realität der öffentlichen Haftung gilt es auf ein vernünftiges Fundament zu stellen.

In einem zukunftsfähigen Bankensystem werden von vornherein Regulierungen und Kontrollen festgeschrieben sein, die eine mögliche Sozialisierung von Verlusten im Krisenfall regeln – was nichts anderes bedeuten kann, als die Möglichkeiten der privaten Aneignung der

Der Zusammenbruch des Interbankenhandels oder das private Horten von Geld sind Ausdruck mangelhaften Vertrauens in das Finanzsystem.

<sup>13</sup> Vgl. ebd., S. 6.

<sup>14</sup> Ebd., S. 21.

<sup>15</sup> Einen Überblick bietet „Finanzkrise und Lobbyismus“ unter [www.lobbycontrol.de/blog/index.php/2008/10/finanzkrise-und-lobbyismus](http://www.lobbycontrol.de/blog/index.php/2008/10/finanzkrise-und-lobbyismus) (18. 3. 2009); die Schweizer UBS hat Beihilfe zur Steuerflucht auch zugegeben, vgl. „UBS verrät Geheimdaten Hunderter Kunden an US-Justiz“, [www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,608573,00.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,608573,00.html), 19.2.09, (18. 3. 2009).

<sup>16</sup> Das Verhältnis von Bilanzsumme zu Eigenkapital (Leverage Ratio) der Deutschen Bank beträgt 55 (Bilanz 2007).

Überschüsse von Banken deutlich zu begrenzen und unter Vorbehalt zu stellen. (Das kann etwa bedeuten, das Salär des Führungspersonals zum Teil unter Vorbehalt auszubezahlen.) Dagegen wird eine Unternehmensform, in der die Maximierung und private Aneignung von Gewinnen erklärtes Ziel ist, im Krisenfall stets zu Ungerechtigkeiten führen, weil die privatisierten Gewinne nicht mehr zur Begleichung von Verlusten zur Verfügung stehen.

Die gegenwärtige Krise zeigt, dass selbst die Einlagensicherungsfonds – die gesetzlichen bei der KfW, beim Sparkassen- und Giroverband, beim Bundesverband der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken (BVR) ebenso wie beim privaten Bankenverband – Schönwetterveranstaltungen sind. Sie werden zwar bei einem Missmanagement einzelner Banken Sparguthaben retten, aber eine umfassendere Krise können sie nicht abfedern. Kommt es hart auf hart, muss immer der Staat einspringen, genauer: der Steuerzahler.

Doch nicht erst in der Krise, schon beim täglichen Bankengeschäft ist die Gewinnmaximierungsabsicht problematisch. Nimmt man die eingangs dargestellte Maklertätigkeit der Banken ernst, so muss das Kreditgeschäft im Zentrum ihrer Tätigkeiten stehen. Dabei erfüllt eine Kreditbank ihre Maklertätigkeit umso besser, je geringer ihr Zinsüberschuss aus Krediten und Spareinlagen sein muss, um alle Kosten der Banktätigkeit (Löhne, Rücklagenbildung) zu decken. Millionboni oder Dividendenausschüttungen erhöhen den notwendigen Zinsüberschuss, eine schlanke Verwaltung verringert sie. In diesem einfachen Bild ist eine Bank vergleichbar mit einem karitativen Verein, bei dem umso mehr Hilfgelder bei Bedürftigen ankommen, je geringer der Verwaltungsaufwand ist. Eine Bank, die dem Anreiz der Gewinnmaximierung folgt, kann kein guter Makler sein: Entweder ihre Kredite werden teuer, oder sie versucht, Geld in anderen Bereichen zu verdienen, etwa durch den Kauf riskanter Wertpapiere – eine Ursache der gegenwärtigen Probleme, die zur Vernachlässigung des Kreditgeschäfts führte. Soll die Konzentration auf das Kreditgeschäft in Zukunft ein Politikziel sein, so bedeutet dies nebst einer beherrzt anzugehenden Schrumpfung der Banken vor allem auch deren Organisation in einer Rechtsform, die sie nicht zur Gewinnmaximierung verleitet. Als Kapitalgesell-

schaften werden Banken somit sicher nicht länger firmieren dürfen.

## Hiesiges Bankenwesen prädestiniert

Es mag illusionär klingen, doch das deutsche Bankenwesen wäre für diese Entwicklungsrichtung prädestiniert, denn Genossenschaftsinstitute und Sparkassen sind schon heute kleinteilig organisiert und keinen Gewinnmaximierungsinteressen unterworfen. Die regionalen Banken erfreuen sich reichlich neuer Kunden und Kundeneinlagen, und wenn sie nicht für Verluste von deren Zentralinstituten einstehen müssen, wird die gegenwärtige Krise an ihnen vergleichsweise glimpflich vorüber gehen.<sup>18</sup> Die Kleinbanken weisen viele weitere Vorteile für die Gesellschaft auf: Sie sind übersichtlich und kontrollierbar und entfalten vergleichsweise wenig politische Macht. Der allein von den kleinen Sparkassen und Genossenschaftsbanken ausgegebene Anteil an Krediten ist weit aus höher als ihr Anteil an der konsolidierten Bankbilanz: Sie vergeben fast 50 Prozent aller Kredite an inländische Nichtbanken – bei einem Anteil an der Bilanzsumme aller Banken von ca. 30 Prozent –, was zugleich die Vernachlässigung des Kreditgeschäfts durch die Privatbanken dokumentiert.<sup>19</sup> Und gleichzeitig zeigt sich, dass sie bei weitem nicht so leicht und so schnell ein Eigenleben neben ihren eigentlichen Aufgaben entwickeln (können) wie Großbanken. Das führt im gegenwärtigen Bankensystem allerdings zu erheblichen Wettbewerbsnachteilen, bringt doch das Kreditgeschäft nur kleine Margen.

Von Vorteil ist auch die Konzentration des Geschäftsbetriebs der Kleinbanken auf eine Region: Sie dient der Regionalentwicklung. Die Beschränkung der Bewegungsfreiheit von Sparkassen aufgrund des Regionalprinzips führt dazu, dass sie gar nicht anders können, als ihre Region zu entwickeln. Dieses Ziel im Blick, werden Regionalbanken die Akkumulation von Wissen bezüglich der örtlichen Gegebenheiten, der Stabilität und Struktur der örtlichen Wirtschaft

<sup>18</sup> Vgl. kritisch zu Sparkassen: Arne Storn, Kassensturz auf dem Dorf, in: Die Zeit Nr. 14 vom 26. 3. 2009.

<sup>19</sup> Vgl. Sachverständigenrat (Anm. 2), S. 91. Mit „Nichtbanken“ sind alle Unternehmen gemeint, die nicht in der Kreditwirtschaft tätig sind.

oder der Kenntnis öffentlicher Belange auch in wenig profitablen Bereichen vorantreiben.

## Probleme der Landesbanken lösen

Systemische Risiken aus dem Bankensystem zu eliminieren und die Bankentätigkeit auf das Kreditgeschäft zu fokussieren, legt die Entwicklung und Stärkung einer kleinteiligen Bankenlandschaft nahe. Vor diesem Hintergrund war es unverantwortlich der Deutschen Bank eine Übernahme der Postbank zu gewähren; das gilt auch für die Fusion zwischen Commerz- und Dresdner Bank. Vielmehr müssen Großinstitute konsequent zerlegt und gestutzt werden – ein Prozess, der bei der BayernLB auch schon auf den Weg gebracht wird.<sup>10</sup>

Das Desaster der Landesbanken hängt *erstens* mit deren Geschäftsmodell zusammen. So ist zum Beispiel bei der BayernLB weniger als ein Fünftel der Bilanzsumme dem öffentlichen Auftrag, das heißt der Wirtschaftsförderung bei Auslandsengagements, Aufgabenerfüllung für das Land Bayern oder Unterstützung von Kommunen und Sparkassen, zuzurechnen.<sup>11</sup> Der überwiegende Rest entspricht Tätigkeiten einer Großbank, die bei wenig Privatkundengeschäft und seit 2005 ohne Gewährträgerhaftung ihren Finanzbedarf relativ teuer am Kapitalmarkt decken muss und dieses Geld aus Mangel an gewöhnlichen Kreditnehmern postwendend auf den weltweiten Finanzmärkten möglichst hoch verzinst anlegt („Kreditersatzgeschäft“).<sup>12</sup> Diese Bankenbereiche könnten aufgelöst werden; der öffentliche Auftrag verbietet jedoch eine Auflösung oder Privatisierung der Landesbanken.

Das Desaster hat *zweitens* seine Ursache in der mangelhaften Kontrollierbarkeit der Landesbanken, die als „verlängerter Arm der Politik“ (so der Präsident des Bayerischen Fi-

nanz Zentrums Wolfgang Gerke)<sup>13</sup> von den Landesregierungen zugleich kontrolliert und für eigene Zwecke genutzt werden. Es bleiben Zweifel daran, ob die Kontrolleure tatsächlich Alarm geschlagen hätten, selbst wenn sie die Geschäfte der Banker verstanden hätten.

Die *konsequente Lösung*: Entweder Landesbanken werden nicht von Landespolitikern kontrolliert – oder sie dürfen ihnen keinen Nutzen spenden. Mögliche Abhilfe:

- Die Unterstützung der Landespolitik nebst Landeswirtschaftsförderung wird bei genau auf diese Aufgaben zugeschnittenen Spezialinstituten gebündelt, wie z. B. der LfA Förderbank Bayern. Dabei dürfen Förderbanken allerdings keine Gewinne ausschütten, das wäre widersinnig.
- Zukünftige Kernaufgabe der Landesbanken ist (nebst dem Geschäft mit Gewerbeimmobilien und Großkundenkrediten)<sup>14</sup> die Erbringung von Dienstleistungen für Sparkassen. Die Landesbanken sind vollständig den Sparkassen zu unterstellen und dürfen – wie die Sparkassen selbst – zukünftig keine Gewinne mehr ausschütten.<sup>15</sup>

Immerhin gehen die Schrumpfungspläne der BayernLB ein kleines Stück in diese Richtung: Abbau des Auslandsgeschäftes, Abbau riskanter Positionen, Konzentration auf den regionalen Mittelstand und Service für Sparkassen. Denn selbst in normalen Zeiten ist es Unfug, US-Immobilien statt regionale Anliegen zu fördern, was in dem Stoßseufzer eines Landrats zum Ausdruck kommt: „Unsere Mittelständler haben um Kredite betteln müssen, und in Übersee hat man das Geld zum Fenster hinausgeworfen.“<sup>16</sup>

## Nachhaltigkeit und Transparenz

Da Kredite im Allgemeinen Investitionen zur Folge haben, gestalten Banken unsere Zukunft. Vergangene Investitionen hatten *diese* Gegenwart zur Folge, was schon angesichts der offenkundigen Umweltprobleme dazu zwingt, die Grundlage der Kreditentscheidungen

<sup>10</sup> Vgl. BayernLB: Zukunftsfähiges Fundament steht, Presseinformation vom 25. 3. 2009.

<sup>11</sup> So der bayerische Landtagsabgeordnete und Mitglied in der Krisenbewältigungskommission der BayernLB Eike Hallitzky von B 90/Die Grünen in einem Vortrag, vgl. [www.eike-hallitzky.de/html/Reden/Landesbank-Vortrag Stand 080828.pdf](http://www.eike-hallitzky.de/html/Reden/Landesbank-Vortrag%20Stand%20080828.pdf) (29.. 2009).

<sup>12</sup> Vgl. z. B. Hanno Mußler, Am Abgrund, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 12. 10. 2008.

<sup>13</sup> „Hier wird Steuergeld verschwendet“, [www.sueddeutsche.de/wirtschaft/217/449941/text/](http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/217/449941/text/), in: Süddeutsche Zeitung (SZ) vom 2. 12. 2008 (17. 3. 2009).

<sup>14</sup> Zu den Problematik der LBBW mit dem Großkunden Merckle vgl. Thomas Fromm, Zocker in Not, in: SZ vom 19. 11. 2008.

<sup>15</sup> Die „Modernisierung“ der Sparkassengesetze, welche Stammkapitalbildung ermöglicht und so deren Gewinnausschüttungsverbot schleift (Hessen, Rheinland-Pfalz, z. T. NRW), wird auf kommunaler Ebene dieselben Begierden zur Folge haben wie bei den Landesbanken und ist deshalb eine schlechte Lösung zur Stärkung der Eigenkapitalbasis der Sparkassen.

<sup>16</sup> Zitat in: Thomas Fromm/Klaus Ott, BayernLB vor radikalem Umbau, in: SZ vom 1. 12. 2008.



von Banken zu überdenken.<sup>17</sup> Unsere Gegenwart entstand auf Basis von Investitionsentscheidungen, die auf Gewinnmaximierungsabsicht und Rückzahlungssicherheit beruhten; die Überprüfung der Zukunftstragfähigkeit von Investitionen ist allerdings keine Aufgabe der Banken.<sup>18</sup>

Die Annahme, dass die rentabelste Investition auch der Gesellschaft maximal nutzt, weil sie das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts maximiert, ist ein Fundament des Kapitalismus. Andere, etwa ökologische Kriterien, könnten danach das Wachstum verringern. Es gibt jedoch zahllose Belege dafür, dass die Lebenszufriedenheit der Menschen in den Industriestaaten trotz ungebrochenen Anstiegs des Bruttoinlandsprodukts seit Jahrzehnten in etwa konstant geblieben ist.<sup>19</sup> Allein schon vor diesem Hintergrund ist es für unsere Gesellschaft nicht sinnvoll, den Fokus weiter auf Wachstumsmaximierung zu richten. Eine Erweiterung der Investitionskriterien käme jedoch einer Zäsur in unserem Wirtschaftssystem gleich. Als fehlgeleitet wird man diesen Vorschlag aber nur bezeichnen, wenn man die Brisanz der ökologischen Krise leugnet oder nicht sieht, welche enorme Bedeutung der Bankensektor für unsere Zukunft hat. Dabei geht es nicht um *Corporate Social Responsibility*. Dass Banken ökologische Leitlinien beim Gebäudemanagement beachten oder Bankenstiftungen nachhaltige Projekte unterstützen, ist angesichts der alltäglich anstehenden Kreditentscheidungen, die unter Rentabilitäts Gesichtspunkten gefällt werden, nachrangig. Ein zukunftsfähiges Bankenwesen muss bei der Kreditvergabe transparente und nachprüfbar nachhaltige Projekte favorisieren.

Leider gibt es nur sehr wenige Banken, die sich Nachhaltigkeit und Transparenz als Geschäftsprinzip auf die Fahnen geschrieben haben – was natürlich auch mit mangelhaftem Interesse von Bankkunden zu tun hat.<sup>20</sup> Die älteste Bank in diesem kleinen, aber stark wachsenden Sektor ist die Bank für sozial-ökologische Geldanlagen (GLS-Bank). Diese ist seit 1974 als Vorkämpferin der sozial-ökologischen Kreditvergabe erfolgreich. Erfolg bedeutet dabei für die GLS-Bank, eine wachsende Anzahl sinnvoller Projekte mit möglichst geringen Zinssätzen zu unterstützen – nicht, Überschüsse auszusütten. Die von der Bank jeweils neu vergebenen Kre-

dite werden komplett in der vierteljährlich erscheinenden Kundenzeitschrift veröffentlicht, gewerbliche Kredite inklusive Namen des Darlehensnehmers, Summe und Verwendungszweck. Damit geht die GLS-Bank weit über die von vielen Banken angebotenen ethischen Investmentfonds hinaus.

Warum sollten nicht alle Banken dazu verpflichtet werden, ihr Anlageportfolio detailliert, übersichtlich und leicht auffindbar im Internet zu veröffentlichen? Dies könnte dazu beitragen, wenig nachhaltige Geschäftspraktiken schnell publik werden zu lassen und die Kontrolle der Banken zu erleichtern. Vielleicht würde es sogar Kunden zu kritischen Nachfragen ermuntern und dazu führen, dass sie ihr Geld den Banken weniger aufgrund der gebotenen Zinsen, sondern stärker aufgrund der getätigten Zukunftsinvestitionen anvertrauen.

Die notwendigen Veränderungen, um zukunftsfähige Kreditvergabe zur Normalität werden zu lassen, sind natürlich weitaus tiefer greifender und damit schwieriger umzusetzen als etwaige Transparenzverpflichtungen. Nur ein kleiner Schritt in diese Richtung wird bisher getan: Die Kreditanstalt für Wiederaufbau stellt Förderkredite zur Verfügung, wenn zum Beispiel Kommunen oder Unternehmen ihre Energieeffizienz (etwa durch Sanierungen) erhöhen oder Privathaushalte ökologisch bauen wollen. Das heißt, sie subventioniert Kredite, indem sie diese unterhalb der marktüblichen Zinssätze anbietet, und fördert auf diese Weise nachhaltige Investitionen. Zukünftig wird es um eine Ausweitung dieser Praxis der Zinssteuerung auf möglichst viele umweltsensible Investitionsvorhaben gehen – nicht nur im Hinblick auf eine Verbilligung nachhaltiger, sondern auch um die Verteuerung umweltschädigender Investitionen. Den Zinssatz als Ordnungsinstrument zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung zu nutzen, könnte der Einstieg in ein anderes Gesellschaftsmodell sein, indem nicht mehr zielblind Individuen ihren Eigennutz maximieren, sondern eine Gemeinschaft entscheidet, welche Investitionen zukunftsträchtig und damit Gewinn bringend sind.

<sup>17</sup> Das gilt natürlich auch für die von Banken organisierten Aktienemissionen und deren Anlageentscheidungen.

<sup>18</sup> Zum Privatunternehmer als Entscheider über Zukunftsinvestitionen vgl. Peter Ulrich, *Integrative Wirtschaftsethik*, Bern 2008<sup>4</sup>, S. 431 ff.

<sup>19</sup> Vgl. u. a. Stefan Bergheim, *BIP allein macht nicht glücklich*, Deutsche Bank Research, Aktuelle Themen 367 vom 4. 10. 2006; Richard Layard, *Die glückliche Gesellschaft*, Frankfurt/M. 2005.

<sup>20</sup> Einen Überblick gibt [de.wikipedia.org/wiki/Ethisches\\_Investment](http://de.wikipedia.org/wiki/Ethisches_Investment) (19. 3. 2009).

Frank Bertsch · Werner Just

# Die Suche der Verbraucher nach verantwortlichen Kreditinstituten

Die globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise setzt einen Schlusspunkt hinter das 20. Jahrhundert. Sie kann als Endphase von Entwicklungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und nach dem Ende des Ost-West-Konflikts verstanden werden.<sup>1</sup> In der Welt-

## Frank Bertsch

Diplomvolkswirt, geb. 1937; Publizist, Ministerialrat a.D.; Dahlienweg 4, 53639 Königswinter. frank.bertsch@gmx.de

## Werner Just

Dipl. Sozialarbeiter, geb. 1955; Fachbereichsleiter beim SKM Köln, Große Telegraphenstr. 31, 50676 Köln. wju@skm-koeln.de

Korrektur der globalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen kommen müssen – zunächst auf den Finanzmärkten. Die Bewältigung der Krise wird eine andere Großwetterlage im 21. Jahrhundert schaffen. Ökonomen erwarten einen neuen langwelligen Zyklus ökonomischer und ökologischer Entwicklungen, den fünften Kondratieff-Zyklus.<sup>2</sup>

## Transnationale Antworten auf die globale Krise

Die Bundesrepublik erweist sich mit dem Finanzmarkt-Stabilisierungsfonds *Soffin*, dem Wirtschaftsfonds Deutschland und den Konjunkturprogrammen in der Krise als handlungsfähig, und sie wird dies auch in der anhaltenden Strukturkrise der Märkte weiter

bleiben müssen. Während sich die Probleme des Finanzmarkts in den Jahren 2007 und 2008 von den USA aus weltweit ausbreiteten, setzte die Rezession der Realwirtschaft – nach einer konjunkturellen Abschwächungsphase – in den führenden Volkswirtschaften fast simultan im vierten Quartal 2008 ein. Der tiefgreifende wirtschaftliche Abschwung wird die Weltwirtschaft im Jahr 2009 prägen und sich auch 2010 auswirken. Die Erholung von der globalen Krise wird länger dauern. Staatsverschuldung wird nicht zu vermeiden sein. Eine prozyklische Politik wie in der Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929/30 wäre vor heutigen und künftigen Generationen nicht zu verantworten.

Das Versagen der Selbstregelungskompetenz der Finanzmärkte und der Verlust ihrer Funktionssicherheit verdeutlichen, dass sowohl auf nationaler wie auf transnationaler Ebene staatliche Ordnungskompetenzen erforderlich sind. Es gilt, neue Regeln für alle Bereiche, Geschäfte und Produkte der Finanzwirtschaft auszuhandeln und eine zweckmäßige Aufteilung der Kontrollkompetenzen auf nationale und transnationale Instanzen vorzunehmen. Die Treffen der weltwirtschaftlich einflussreichsten Ländergruppe der G 20 in Washington (November 2008) und London (April 2009) haben gezeigt, dass die Regierungen in der globalen Krise Handlungsfähigkeit besitzen. Von Bedeutung ist auch, dass sich die Vereinigten Staaten und China darauf verständigt haben, ihre ungleichgewichtigen Handels- und Finanzbeziehungen zu ordnen. Die Londoner Beschlüsse zur Aufsicht über Finanzmärkte und finanzwirtschaftliche Unternehmen (Banken, Hedge-Fonds, Rating-Agenturen u. a.) sowie zur Eigenkapitalausstattung und Bilanzierung der Institute leiten einen Reformprozess ein. Die Etablierung eines systemischen Überwachungs- und Warnsystems durch das neue Financial Stability Board (FSB) und den International Monetary Fund (IMF) kann die Entwicklung der Finanzmärkte und Volkswirtschaften nachhaltig beeinflussen. Die Umsetzung der Londoner Beschlüsse in Regelwerke wird einige

<sup>1</sup> Vgl. Helmut Schmidt, Wie entkommen wir der Depressionsfalle?, in: Die Zeit Nr. 4 vom 15. 1. 2009.

<sup>2</sup> Kondratieff-Zyklen sind Schübe wissenschaftlich-technisch-wirtschaftlicher Innovationen, die mehrere Jahrzehnte (etwa 40 – 60 Jahre) wirken und im Wirtschaftsprozess seit etwa 1790 beobachtet werden.



Zeit erfordern. Die G 20 wollen diesen Prozess begleiten. Das Zeitfenster für eine international übereinstimmende Neuordnung der Finanzmarktverfassung wird nur für eine kurze Zeit unter dem Eindruck der Krise offen sein. Ermutigend ist, dass die gemeinsamen ordnungspolitischen Bemühungen Deutschlands und Frankreichs zur Schaffung neuer Finanzmarktregeln international Unterstützung fanden und finden. Die Abstimmung beider Länder wird sich bei der Steuerung der Finanzmärkte in den Ländern der Euro-Zone und der Europäischen Union bewähren müssen.

## Verteidigung der Sozialordnung

Die hohe Exportorientierung der deutschen Wirtschaft führt bei der nachlassenden Weltmarktnachfrage zu einem starken Beschäftigungsrückgang. Auch wenn Staat und Wirtschaft Anstrengungen unternehmen, um Arbeitnehmer im Erwerbsprozess zu halten, wird die Zahl der Arbeitslosen deutlich ansteigen. In Deutschland wird es darauf ankommen, nicht allein die wirtschaftlichen Fähigkeiten, sondern ebenso die sozialen Sicherungssysteme als Kernbestandteile der Sozialordnung mit allen Kräften zu verteidigen. Sie sind für die Demokratie wie für die Marktwirtschaft systemrelevant. Beunruhigend ist, dass die Auswirkungen der Krise bereits auf eine erschütterte Sozialordnung treffen. Fehlentwicklungen drohen zu kumulieren. Fundierte Analysen weisen in Deutschland eine langfristig zunehmende Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung aus. Die privaten Lebensverhältnisse gelten als segmentiert. Diese Entwicklung spiegelt sich in der Auf- und Abwertung kommunaler Sozialräume wider. Bund und Länder haben eine nachhaltige Armutsprävention und -bekämpfung in den Kommunen versäumt. Ohne eine entschiedene politische Gegenwehr droht in der Bundesrepublik das Netz der solidarischen gesellschaftlichen Beziehungen zu reißen.

In Phasen der wirtschaftlichen Schwäche wird häufig auf eine konjunkturelle Belebung durch privaten Konsum gesetzt. Vergebens: Es gibt in Deutschland keine Konsumkonjunkturen. Das Konsumverhalten der privaten Haushalte ist durch die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts geprägt, aber nicht nur dadurch. Die Armuts- und Reichtumsberichte

der Bundesregierung weisen auf große Defizite an Teilhabe- und Verwirklichungschancen und eine ganz ungleichgewichtige Einkommens- und Vermögensverteilung hin. Die Konsumfähigkeit wie die Konsumbereitschaft sind in großen Teilen der Bevölkerung beeinträchtigt. Kaufkraftrelevante Maßnahmen (wie etwa die der Konjunkturprogramme) allein können die lange aufgestauten Probleme nicht auflösen.

Staat und Wirtschaft sind weit davon entfernt, private Haushalte (in ihrer Rolle als selbstorganisierte basale Wirtschaftssubjekte) als einen konstituierenden Teil der Marktwirtschaft und langfristigen Partner im Wirtschaftsprozess zu sehen und dementsprechend zu behandeln. Nicht einmal die Verbraucherrolle wird funktional richtig eingeschätzt. Gegenüber der Kreditwirtschaft versagt zudem der Verbraucherschutz. Dies hat zu Fehlentwicklungen in den marktwirtschaftlichen Beziehungen beigetragen, mit der Folge einer Schwächung der Konsumneigung der privaten Haushalte und Familien. Die Finanzmarktkrise gibt dazu Anlass, auch in Deutschland die Marktbeziehungen zwischen der Kreditwirtschaft und der Zivilgesellschaft grundlegend zu überprüfen.

## Verbraucher als selbstständige basale Wirtschaftssubjekte

Einer gängigen Definition zufolge sind Verbraucher ausschließlich Endverbraucher, deren Konsum privaten Zwecken dient. Diese Interpretation erweist sich als überholt. Verbraucher sind private Haushalte und Familien mit ihren Mitgliedern in ihrer Eigenschaft als basale Wirtschaftssubjekte, die im Rahmen ihrer Daseinsgestaltung konsumtive und investive Entscheidungen treffen. Das Rollenspektrum der Verbraucher hat sich erweitert. Private Haushalte agieren heute nicht nur in ihrer privaten Lebenswelt. In vielen Fällen sind sie unmittelbar in das Betreiben gemeinnütziger Selbsthilfeinitiativen und freier soziokultureller Träger sowie die Gründung und den Aufbau selbständiger marktwirtschaftlicher Unternehmen involviert. Die Projekte der privaten Lebensführung verbinden sich mit einer Mitgestaltung und -verantwortung der ökonomischen und ökologischen, sozialen und politischen Umgebungen.

Die Anforderungen an die Haushalte bei der Alltagsbewältigung und Lebensplanung haben sich erhöht. Wirtschaftlich sehen sich Verbraucher einer Ausweitung von Wahlmöglichkeiten bei Gütern und Dienstleistungen gegenüber, die sich beständig ändern und deren Komplexität zunimmt. Die Transparenz der Märkte nimmt ab. Hinzu kommen Fehlentwicklungen auf Märkten (beispielsweise durch die Ausbreitung spekulativer Finanzprodukte). Haushalte erleben die wirtschaftliche Globalisierung wie die gegenwärtige Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise als eine ernste Bedrohung ihrer privaten Lebensführung und sozialen Teilhabe.<sup>13</sup> Der rasche Wandel der Verhältnisse überfordert vielfach die Anpassungsfähigkeit der Haushalte. Private Haushalte, die zurückbleiben, verlieren zunehmend ihre Fähigkeit der Selbstbestimmung und Selbstorganisation. Es kommt zu einem Rückgang an wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Teilhabe. Deshalb auch entwickeln sich Bildung und Beratung zu einem Schwerpunkt des Empowerments von Haushalten.

## Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der privaten Haushalte

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Verbraucher hängt nicht allein von deren Einkommen ab. Sie basiert auf der Verfügung über drei Gruppen von Ressourcen: der humanen (Zeitbudgets und Kompetenzen), materiellen (Geldeinkommen und Realeinkommen) und sozialen Ressourcen (den Angeboten und der Nutzung komplementärer Infrastrukturen).<sup>14</sup> Es sind die humanen Kompetenzen, welche die anderen Ressourcen erschließen. Die Kombination der Ressourcen generiert Nutzen stiftende Leistungen im Zuge der Alltagsbewältigung. Bei einem gegebenen Set an Ressourcen entscheidet die Zweckmäßigkeit und Nachhaltigkeit der Kombination über das

<sup>13</sup> Vgl. Wissenschaftlicher Beirat für Verbraucher- und Ernährungspolitik beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV): Stellungnahme „Verbraucherkompetenz für einen persönlich erfolgreichen und gesellschaftlich verantwortlichen Konsum“, Kapitel III, Bonn 2008.

<sup>14</sup> Vgl. Michael-Burkhard Piorkowsky, Verarmungsgründe und Armutsprävention bei Privathaushalten, Bonn 2000.

Niveau der Leistungserbringung und das Maß an Bedarfsdeckung. Ressourcenstruktur und -kombination eines Haushalts liefern auch Indikatoren für dessen Kreditwürdigkeit.

„Lebenslageindikatoren“ (wie Bildung, Gesundheit, Erwerbsbeteiligung, Wohnverhältnisse, die Nutzung sozialer und kultureller Netzwerke, die gesellschaftliche und politische Partizipation) können die Beurteilung der Kreditwürdigkeit eines Haushalts ergänzen.<sup>15</sup> Lebensverläufe werden nicht selten von „kritischen Lebensereignissen“ begleitet. Krisensituationen, in die Menschen geraten (etwa bei der Geburt eines Kindes, durch Arbeitslosigkeit oder infolge der Trennung von einem Partner, die zur Teilung eines Haushalts führt), sind häufig der Anlass für eine Kreditaufnahme. Die Theorie der „kritischen Lebensereignisse“ erlaubt es, neben der Einordnung der Ereignisse die Chancen für deren Bewältigung zu beurteilen.<sup>16</sup> Die Beurteilung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Haushalts setzt Wissen über die Gesamtsituation des Haushalts voraus: über den Set und die Kombination der Ressourcen, Lebenslagendimensionen, das sozioökonomische Verhaltensrepertoire der Mitglieder (auch deren protektive Resilienz) und das Krisenmanagement des Haushalts bei gegebenen Herausforderungen.

Auf eine sorgfältige Analyse ihrer Leistungsfähigkeit haben Haushalte als eigenständige Wirtschaftssubjekte und Marktpartner einen originären Anspruch. Es ist nicht einzusehen, dass diese erst im Überschuldungsfall durch die Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung vorgenommen wird – und nicht schon bei der Kreditvergabe durch die Kreditinstitute. Auf der Grundlage einer haushaltsbezogenen Bonitätsprüfung könnte eine für den einzelnen Haushalt zutreffende Kreditberatung bei der Kreditvergabe (*responsible lending*) erfolgen.

<sup>15</sup> Vgl. Frank Schulz-Nieswandt/Clarissa Kurscheid, Die Schuld an der Schuld – Zur Überschuldung privater Haushalte, Hamburg 2007, S. 51, 79, 80, 83, 85.

<sup>16</sup> Vgl. ebd., S. 53–55. Die Autoren weisen darauf hin, dass Gerhard Reiter zwischen Krisenschuldnern, Armutsschuldnern, Anspruchsschuldnern und Defizitschuldnern unterscheidet. Krisenschuldner bilden den häufigsten Typus.

## Schutz der Verbraucher gegenüber der Marktmacht der Kreditinstitute

„Verbraucherschutz“, verstanden als ein rechtlicher, wirtschaftlicher, sozialer und gesundheitlicher Schutz der Verbraucher, ist in modernen Zivilisationen eine Zielsetzung der staatlichen Politik, der Rechtsordnung und im Prinzip auch der marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung.<sup>17</sup> Adressaten des Verbraucherschutzes sind das Humanvermögen der privaten Haushalte und Familien und das ihrer Mitglieder, Erwachsene wie Kinder. Wenn man den Begriff des „Verbrauchers“ mit der Existenz und Lebensführung der privaten Haushalte und Familien verbindet, gründet der Anspruch auf „Verbraucherschutz“ auf Grundrechten, auf dem Anspruch auf Schutz und Förderung einer selbstbestimmten privaten Lebensführung, der Abwehr von Risiken und der Förderung von Chancen. Dies betrifft das Verhältnis des Staats zu seinen Bürgerinnen und Bürgern, aber auch das Verhältnis von Unternehmen der Marktwirtschaft gegenüber Konsumenten (*Consumer Citizens*). Der Verbraucherschutz stützt sich auf das Rechtsstaats- und Sozialstaatskonzept der Demokratie.

Die Beziehungen zwischen der Kreditwirtschaft und Kredit nehmenden Haushalten sind stark belastet. Das Gefälle von Verhandlungsmacht (eine strukturell ungleiche Verhandlungsstärke) zwischen privaten Haushalten als Kreditnehmern und Kreditinstituten als Kreditgebern ist umso größer, je geringer die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Haushalten einzuschätzen ist. Es führt in der Regel zu asymmetrischen Verhandlungslösungen zu Lasten der Verbraucher mit Niedrigeinkommen (mit einem materiellen Ungleichgewicht der Verträge). Diese stellen in der Bundesrepublik eine breite Schicht. Ihnen gegenüber spielen insbesondere Banken ihre Marktmacht voll aus. „Bei Inanspruchnahme eines Darlehens wird der Kreditnehmer zumeist mit komplexen (. . .) Vertragsgestaltungen der Banken konfrontiert. Diese sind für ihn als unerfahrenen Verbraucher oft nicht zu durchschauen. Ihm bleibt häufig nur die Ent-

<sup>17</sup> Vgl. Die Zeit. Das Lexikon in 20 Bänden, Hamburg 2005. Es beschreibt den „Verbraucherschutz“ als „Gesamtheit der rechtlichen Vorschriften, die den Verbraucher vor Benachteiligungen im Wirtschaftsleben schützen sollen“.

scheidung über den Vertragsschluss an sich – nicht über dessen inhaltliche Ausgestaltung. Die darin liegende Freiheitsbeschränkung wirft die Frage nach der Wirkung des Verbraucherschutzrechts im Allgemeinen und der Grundrechte im Besonderen bei der Auslegung derartiger Verträge auf.“<sup>18</sup>

Marktwirtschaftliche Spielregeln gebieten es, dass Kreditinstitute ihre asymmetrische Marktstellung erkennen und korrigieren. Der Schutz der Verbraucher erfordert es, dass die Bundesregierung, die Deutsche Bundesbank, die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und die Kartellbehörden in Wahrnehmung ihrer öffentlichen Verantwortung und Regelungskompetenz einen Ausgleich der Interessen zwischen Kreditinstituten und Verbrauchern aktiv moderieren. Im Zweifel muss sich der rechtliche Verbraucherschutz gegenüber Freiheitsansprüchen des Markts, auch gegenüber der einseitigen Vereinnahmung der „Vertragsfreiheit“ durch Kreditinstitute, durchsetzen.

### Kreditinstitute im Konflikt mit der Zivilgesellschaft

Die vom amerikanischen Hypothekenmarkt ausgehende Finanzmarktkrise hat vor Augen geführt, welchen Einfluss unverantwortliche Geschäftsbeziehungen zwischen Kreditinstituten und privaten Haushalten auf die Entwicklung der Finanzmärkte haben können. Dies sollte als Warnung verstanden werden. Auch in Deutschland sind die Beziehungen zwischen der Kreditwirtschaft und der Zivilgesellschaft erheblich gestört. Auf der einen Seite besteht der Eindruck, dass die Kreditinstitute mit ihren Produkten und mit ihrem Marktverhalten dem sich vollziehenden Wandel der Gesellschaft nicht zu folgen vermögen. Auf der anderen Seite erfahren private Haushalte täglich, dass Kreditinstitute ihre überlegene Marktstellung ohne hinreichende Selbstkontrolle und staatliche Aufsicht rigoros ausnützen. Die beiden Einwände stehen in einem Zusammenhang: Der Wettbewerbstheorie zufolge nährt Marktmacht die Illusion, auf Märkten das Verhalten nicht ändern zu müssen.

<sup>18</sup> Kai-Oliver Knops, Verbraucherschutz und Kreditrecht, in: Rechtpraktisch.de, Kategorie Zivilrecht, Für Private und Selbständige – Bank und Kredit, Köln 2000 ([www.rechtpraktisch.de](http://www.rechtpraktisch.de)).

**Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit:** Haushalte mit niedrigerem Einkommen werden bereits bei der Prüfung ihrer Kreditwürdigkeit benachteiligt, weil Scoring-Verfahren bisher die auf einem Bündel von Faktoren beruhende haushaltsindividuelle wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Kunden gar nicht beurteilen können und wollen. Markttests bestätigen dies.<sup>19</sup> Private Kunden haben aber als eigenständige Wirtschaftssubjekte und Marktpartner einen unabweisbaren Anspruch auf faire Beurteilung. Standardisierte „Haushaltsanalysen“ (der Universitäten Gießen, Hohenheim und Bonn) stehen zur Verfügung. Auch ein Vergleich haushaltsindividueller Budgets mit Referenzbudgets privater Haushalte (in der EU werden zurzeit „Standard Budgets“ entwickelt) könnte zur Beurteilung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von Kunden beitragen. Fehlt diese Prüfung, können Kunden nicht darin beraten werden, ob, in welchem Umfang und zu welchen Konditionen sie sich einen Kredit leisten können.

**Beratung:** Es ist nicht sicher, ob die Umsetzung der EU-Verbraucherkreditrichtlinie in deutsches Recht eine verbesserte Beratung breiter Schichten privater Kunden durch Kreditinstitute bewirken wird. (Möglicherweise kommt es zu einer höheren Transparenz hinsichtlich der Kreditkonditionen, Kreditkosten und hauptsächlich Vertragsmerkmale.) Die Beratung ist in vielen Fällen bereits bei der Kreditanbahnung unzureichend. Später, bei sich ankündigenden oder eingetretenen Zahlungsstörungen, führt dieses Versäumnis zu einer unmittelbaren Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz der Kunden. Das Krisenmanagement der Kreditinstitute hat sich als unzureichend erwiesen. In kritischen wirtschaftlichen Lagen der Kunden ist die Fähigkeit der Institute zu einer qualifizierten Moderation unerlässlich. Dies gilt ebenso für wirtschaftliche Krisen, die zu Umschuldungen, wie für Konfliktlagen, die zu Kreditkündigungen führen. In Krisen- und Konfliktlagen ist die Einräumung von Zeit für eine professionelle interne oder externe Beratung ein Teil der Problemlösung.

<sup>19</sup> Vgl. Beraten und verkauft, in: FINANZtest, Berlin 2/2007; Kunden in der Schufa-Falle, in: ebd., Berlin 2/2008.

Auch die Beratung der privaten Geldanleger bedarf der Qualifizierung. Kreditinstitute haben durch Anlage-Verkäufe unter Renditedruck (u. a. in Verbindung mit Innenprovisionen) viel Vertrauen eingebüßt. Das wirtschaftliche und finanzielle Wissen der privaten Kunden reicht in der Regel nicht aus, um Risiken und Chancen von Geldanlagen (etwa in Investmentfonds oder Derivaten) ausgewogen beurteilen zu können. Dies gilt besonders für sozial verletzliche Bevölkerungsgruppen.

**Transparenz:** Einerseits fordern Kreditnehmer eine Offenlegung und Begründung ihrer Bonitätsprüfung durch Kreditinstitute. Sie wollen wissen, welche Daten Kreditinstitute über sie erheben und speichern und in welcher Weise diese in den Bewertungsverfahren der Kreditwürdigkeit genutzt werden. Aufgeworfen sind hier ebenso Fragen des Daten- wie des Verbraucherschutzes. Andererseits argumentieren Kreditgeber, dass die Kalkulation von Risiken, Kosten und Preisangeboten Sache der Unternehmen sei. Bei Prüfung der Kreditwürdigkeit eines privaten Kunden wird jedoch mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zugleich dessen personale Kompetenz und Lebensführung geprüft. Forderungen nach einer Offenlegung und Erklärung der Kriterien, der Verfahren und der Ergebnisse der Prüfung durch die Kreditinstitute sind deshalb begründet.

**Kartellbildung:** Bei Bonitätsprüfungen der Kreditinstitute handelt es sich offensichtlich um weitgehend standardisierte Verfahren eines Kollektivs von Unternehmen, die Elemente eines Prüfungskartells aufweisen (selbst wenn die Scoring-Verfahren von Kreditinstitut zu Kreditinstitut leicht variieren). Darauf weist auch die Rolle der Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung (SCHUFA), eines Oligopolisten des Verbraucherdatenmarktes, bei der Ermittlung der Score-Werte hin.<sup>10</sup> Ein Scoring-Kartell der Kreditinstitute aber bedarf schon aus Gründen der Wettbewerbsordnung nicht allein der privaten, sondern auch der öffentlichen Hinterfragung, insbesondere durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und

<sup>10</sup> Bei Score-Werten handelt es sich um scheinbar objektive mathematisch-statistische Werte, die die Wahrscheinlichkeit ausdrücken sollen, mit der Kunden Kredite zurückzahlen und mit deren Hilfe Kreditinstitute die Kreditwürdigkeit von Kunden aus einer asymmetrischen Marktstellung autonom benoten.

das Bundeskartellamt. Jedenfalls ist einer (gesetzlichen) Legitimierung einseitig von der Kreditwirtschaft zu etablierender Scoring-Verfahren aus Gründen des Verbraucherschutzes entschieden entgegenzutreten. Die Ausgewogenheit der Prüfverfahren erfordert zumindest eine Abstimmung mit der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) und dem Bundesverbraucherministerium. Erst ein Qualitätswettbewerb der Bonitätsprüfungen wird zu einer Aufdeckung von Fehleinschätzungen der Bewertung und zu einer Optimierung der Verfahren beitragen können.

**Kreditversicherungen:** In vielen Fällen werden den Kunden bei Verbraucherkrediten Kreditversicherungen aufgedrängt, die – gemessen an den Risiken – in der Regel nicht erforderlich sind.<sup>11</sup> „Eine Auswahlmöglichkeit besteht für den Verbraucher nicht, womit auch ein Konditionenwettbewerb von vorneherein ausgeschaltet wird.“<sup>12</sup> Kreditrisiken werden dem Kunden doppelt in Rechnung gestellt: über höhere Kreditzinsen (die weit über den günstigen Zinssätzen der Werbung liegen) und über Versicherungsbeiträge (an denen Kreditinstitute über Versicherungsprovisionen partizipieren).<sup>13</sup> Mit diesem Kopplungsgeschäft unterlaufen Kreditinstitute das Verbot, mehr als das Doppelte der marktüblichen Zinsen zu verlangen. Die Versicherungskosten liegen in der Regel unverhältnismäßig hoch. Sie verteuern die Gesamtkosten eines Verbraucherkredits oft bis über die Grenze der Sittenwidrigkeit. Bei der Prüfung der Sittenwidrigkeit eines Darlehens die Kosten der Restschuldversicherung auszunehmen, ist ökonomisch unlogisch. Die der Prüfung zugrunde liegende rechtliche Fiktion ist deshalb fragwürdig.

<sup>11</sup> Vgl. Beraten und verkauft (Anm. 9). Markttests der Zeitschrift FINANZtest bestätigen, dass Banken häufig nachdrücklich darauf hinwirken, zusammen mit einem Verbraucherkredit eine Kreditversicherung (bezüglich Todesfall, gegebenenfalls auch Arbeitsunfähigkeit und Arbeitslosigkeit) abzuschließen.

<sup>12</sup> Kai-Oliver Knops, Restschuldversicherung im Verbraucherkredit, in: Versicherungsrecht, Heft 31 (2006).

<sup>13</sup> Vgl. ebd.: „Die Versicherungsprämie selbst wird dem Nettokapital zugeschlagen, in die Gesamtsumme des Kreditbetrags eingerechnet und die über die Laufzeit anfallende Zinsbelastung angegeben. (...) Der Kreditnehmer nimmt somit einen erheblichen Teil des Kredits für die Provision der Bank auf und muss diesen Betrag über die gesamte Laufzeit des Vertrags dieser auch noch verzinsen.“

Die durch die Kostenaufblähung bewirkte Belastung von Verbrauchern steht in keinem adäquaten Verhältnis zum gewährten Vorgriff auf Liquidität. Verbraucherkredite mit diesen Konditionen werden nicht nur Liquiditätsengpässe überbrücken, sondern zugleich die Ver- und Überschuldungsrisiken der Kreditnehmer erhöhen. Banken erzeugen mit ihrem Vorgehen selbst hohe Kreditausfallrisiken. Ihr Vorgehen führt nicht selten zur Transformation einer mittelfristigen Verschuldung in eine (von den Kreditinstituten möglicherweise erwünschte) langfristige Kreditabhängigkeit (via Umschuldungen), welche die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit privater Haushalte regelrecht „abschöpft“. Die Funktion des Verbraucherkredits, Liquidität bei privaten Haushalten in Abstimmung mit ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit kurz- oder mittelfristig vorzuziehen, wird durch die Ausnutzung einer überlegenen Marktstellung seitens der Banken erheblich beschädigt.

**Ethische Grundsätze:** Nach den Erfahrungen der Finanzmarktkrise erwartet die Zivilgesellschaft mehr denn je, dass Banken und Fonds ihre Geschäftspolitiken an ethischen Grundsätzen orientieren. Private Sparer und Anleger sind dabei, umzudenken. Sie verbinden mit ihren Einlagen und Anlagen die Erwartung, dass ihre Gelder nicht nur sicher und wertbeständig, sondern auch ökonomisch, ökologisch und sozial sinnvoll angelegt werden: nicht in spekulativen Finanzmarktprodukten, sondern in nachhaltigen Projekten der realen Wirtschaft und Infrastruktur. Sie erwarten eine Transparenz der Geschäfte. Private Kunden breiter Schichten fordern ein faires Kundenmanagement der Kreditinstitute, wie etwa ein einwandfreies Kreditkartensystem und ein funktionierendes Konfliktmanagement bei Zahlungsstörungen. Es gilt, neue Formen der Partizipation von Kunden bei der Gestaltung der Geschäftsbeziehungen zu finden.

Im Raum stehen Fragen und Infragestellungen. Die Zivilgesellschaft erwartet von der Finanzwirtschaft schlüssige Antworten. Die Eule der Minerva fliegt immer erst in der Dämmerung der Zeiten. Wenn die Unternehmen der Finanzwirtschaft ihren Flug verstehen, werden sie den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gezeitenwechsel erfolgreich bestehen können.



Dieter Korczak

# Der öffentliche Umgang mit privaten Schulden

Über Gerechtigkeit beim Umgang mit privaten Schulden (und deren Verursachern) wird kaum nachgedacht. Die Krise des

**Dieter Korczak**

Dr. rer. pol., Diplom-Volkswirt sozialwissenschaftlicher Richtung, geb. 1948; Geschäftsführer und wissenschaftlicher Leiter der GP Forschungsgruppe, Institut für Grundlagen- und Programmforschung, Nymphenburgerstr. 47, 80335 München. Dieter.Korczak@gp-f.com www.gp-f.com

Finanzsystems und die damit einhergehende Wirtschaftskrise überdecken die Problematik der seit langem bekannten Überschuldung deutscher Privathaushalte völlig. Dabei weisen Finanzkrise und private Überschuldung erstaunliche Parallelen auf.

Verschuldet sich nicht fast jeder Mensch irgendwann mit kleineren oder größeren Geldsummen? Lassen sich viele Dinge des Lebens, angefangen bei der Wohnungseinrichtung über das Auto bis hin zum eigenen Haus, nicht nur auf dem Wege der Kreditaufnahme und damit der Verschuldung erwerben? Und gehört es nicht elementar zu einer erwachsenen Persönlichkeit, zu einem rationalen Konsumenten, darauf zu achten, dass eine Verschuldung nicht in eine Überschuldung umschlägt? Überschuldung bedeutet die Unfähigkeit, laufende und zukünftige Verpflichtungen selbst bei der Reduzierung aller Kosten auf lebensnotwendige Ausgaben aus dem Einkommen und Vermögen bedienen zu können. Daraus folgend könnte die Annahme berechtigt sein, dass Überschuldung von Haushalten durch schlechtes Wirtschaften verursacht wird, dessen Konsequenzen Haushalte zu Recht zu tragen haben.

Doch nicht nur Einzelpersonen und Privathaushalte können in die Überschuldung geraten, sondern auch Banken und andere Unternehmen. Konnten diese ebenso wie die Einzelpersonen nicht wirtschaften? Und wenn dies so ist, müssen sie in vergleichbarer Weise

mit Konsequenzen und Sanktionen rechnen? Die Antwort auf diese Frage soll durch den Vergleich der Ursachen von und den Umgang mit individueller Überschuldung und der aktuellen Situation von Banken gesucht werden.

## Daten zur Überschuldung

Wie groß sind die finanziellen Schwierigkeiten? Wie viele Einzelpersonen und Privathaushalte, wie viele Banken sind überschuldet? Es ist schwierig, genaue und verlässliche Zahlen für beide Gruppen zu ermitteln.

Überschuldung ist in der Regel das Ergebnis eines schleichenden Prozesses. Wenn Privatpersonen Schuldnerberatungsstellen aufsuchen, um Hilfe bei der Regulierung und Bewältigung ihrer Überschuldung zu erhalten, dann kämpfen sie meist bereits mehrere Jahre damit, ihre Schulden in den Griff zu bekommen. Nicht anders ist es bei Banken wie die Beispiele Barings Bank (Stichwort: Nick Leeson), Société Générale (Stichwort: Jérôme Kerviel), UBS, Hypo Real oder Bayerische Landesbank zeigen.

Bis zum Jahr 2002 wurde die Anzahl der überschuldeten Privathaushalte in Deutschland mit finanzieller Unterstützung des Bundesfamilienministeriums mit einem Indikatoren-Modell wissenschaftlich ermittelt und regelmäßig publiziert.<sup>1</sup> Seit das Bundesfamilienministerium die Forschung zum Thema Überschuldung nicht mehr unterstützt, werden Zahlen zur Überschuldung von verschiedenen Institutionen der Kreditwirtschaft angeboten. Die Ergebnisse sind sehr unterschiedlich. Der Schulden-Kompass der Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung (Schufa) schätzt für das Jahr 2007 die Anzahl der überschuldeten Privathaushalte mit Konsumenten- und/oder Hypothekarkrediten auf 2,8 Millionen. Der Schulden-Atlas der Creditreform weist 6,9 Millionen überschuldete Privatpersonen über 18 Jahre aus. Dies entspricht einer Schuldnerquote

<sup>1</sup> Vgl. Dieter Korczak, Überschuldung in Deutschland zwischen 1988 und 1999, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Schriftenreihe Band 198, Stuttgart-Berlin, Köln 2001; ders., Überschuldungssituation in Deutschland im Jahr 2002, Aktualisierung der Daten zur Überschuldung, in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Materialien zur Familienpolitik Nr. 19/2004, Berlin 2004.



von 10,1 Prozent, während die Schuldnerquote der Schufa bei 7,1 Prozent liegt. Eine Erklärung für die gravierenden Unterschiede bei der Bezifferung der privaten Überschuldung in Deutschland liefern weder Schufa noch Creditreform und auch nicht der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

Am Ende einer dauerhaften Überschuldung steht in Deutschland in der Regel die Insolvenz. Eröffnungsgrund für ein Insolvenzverfahren sind entweder Überschuldung (§ 19 Insolvenzverordnung/InSo), das heißt, das Vermögen des Schuldners deckt die bestehenden Verbindlichkeiten nicht mehr, oder drohende (§ 18 InSo) bzw. tatsächliche Zahlungsunfähigkeit (§ 17 InSo). Seit 2006 beantragen jährlich rund 120 000 Privatpersonen die Eröffnung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens. Im Jahr 2008 belief sich nach Angaben des Statistischen Bundesamtes die Zahl der Verbraucherinsolvenzen auf 98 140, die Zahl der Unternehmensinsolvenzen auf 29 291. Hinzu kommen 23 926 ehemals selbstständig Tätige, die vom Statistischen Bundesamt separat und nicht als Verbraucherinsolvenzen gezählt werden.<sup>12</sup> In den Veröffentlichungen der Wirtschaftsauskunft Bürgel werden die ehemals selbstständig Tätigen jedoch zu den Verbraucherinsolvenzen gezählt.<sup>13</sup> Es sei die Anmerkung gestattet, dass hier eine Vereinheitlichung der Zuordnung sinnvoll erscheint.

Die voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger im Rahmen von Insolvenzen werden von den Gerichten für das Jahr 2008 bundesweit mit rund 33 Milliarden Euro angegeben. Die Schuldensummen aus Insolvenzen bilden jedoch nur die Spitze des Eisbergs.

Dies wird deutlich, wenn man die Schuldensummen aller überschuldeten Privatpersonen betrachtet. Aus der Statistik der 2007 von Schuldnerberatungsstellen an das Statistische Bundesamt übermittelten Daten von rund 57 000 beratenen Personen ist bekannt,

<sup>12</sup> Vgl. Pressemitteilung Nr. 081, in: [www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/UnternehmenGewerbeInsolvenzen/Tabellen/Content50/UnternehmenSchuldner,tempLateID=renderPrint.psml](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/UnternehmenGewerbeInsolvenzen/Tabellen/Content50/UnternehmenSchuldner,tempLateID=renderPrint.psml).

<sup>13</sup> Vgl. Bürgel, Schuldenbarometer 2008, in: [www.buergel.de/presse/studien-analysen/396.html?task=view](http://www.buergel.de/presse/studien-analysen/396.html?task=view) (29. 3. 2009).

dass die durchschnittliche Schuldensumme dieser Klienten im Jahr 2007 36 000 Euro betrug, einschließlich Schulden aus früherer Selbstständigkeit und aus Immobilienschulden.<sup>14</sup> Die große Mehrheit der Klienten (84 Prozent) ist jedoch weder ehemals selbstständig noch hat sie Immobilienschulden. Werden bei der Durchschnittsberechnung Selbstständige und Immobilienschuldner ausgeklammert, reduziert sich die Durchschnittsschuld der Klienten auf 23 000 Euro. Eine grobe Überschlagsrechnung (Durchschnittsschuld multipliziert mit Anzahl überschuldete Haushalte) ergibt ein Gesamtüberschuldungsvolumen der Privatpersonen und privaten Haushalte von rund 70 bis 108 Milliarden Euro.

Wie hoch ist im Vergleich zur privaten Überschuldung die Überschuldung der Banken? Die Höhe der Überschuldung von Banken ist in der Öffentlichkeit gänzlich unbekannt. Es ist nach wie vor schlechte Praxis von Banken, den Umfang der tatsächlichen Überschuldung nur scheinbar und notgedrungen zu veröffentlichen. Leider liefern auch die Aufsichtsbehörden, Deutsche Bundesbank und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), keine entsprechenden Informationen. Man könnte meinen, dass Zahlen zur Bankenüberschuldung vom Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) zur Verfügung gestellt werden, da er immerhin rund 480 Milliarden Euro Steuergelder als Unterstützungsleistungen auf der Basis der Höhe der Verbindlichkeiten garantiert. Auf der SoFFin-Webseite sind jedoch keine präzisen Angaben über den Abfluss dieser Steuergelder zu finden. Aus Pressemitteilungen des SoFFin ist lediglich bekannt, dass sich das Antragsvolumen auf Stabilisierungshilfen des Sonderfonds im Februar 2009 auf 294 Milliarden Euro erhöht hat. Von diesem Antragsvolumen sind 197 Milliarden Euro bewilligt worden, 178 Milliarden Euro zur Gewährung von Garantien und 19 Milliarden Euro zur Vergabe von Eigenkapital. 45 Milliarden Euro an Garantien sind bereits wieder ausgelaufen. Die Inanspruchnahme des SoFFin kann derzeit nur aus den Pressemitteilungen der Empfängerbanken rekonstruiert werden. Aus diesen

<sup>14</sup> Vgl. Jürgen Angele/Birgit Frank-Bosch/Jenny Neuhäuser, Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), *Wirtschaft und Statistik*, 11 (2008), S. 963 ff.

Verlautbarungen ergibt sich eine Inanspruchnahme bis Ende März 2009 in Höhe von rund 150 Milliarden Euro. Welche Bank(en) für die restlichen rund 50 Milliarden optiert haben, ist der steuerzahlenden Öffentlichkeit nicht bekannt (Tabelle 1).

**Tabelle 1: Inanspruchnahme des SoFFin (Stand: 26. März 2009)**

Bayern LB	15 Mrd.
Hypo Real	52 Mrd.
Commerzbank (Rekapitalisierung)	15 Mrd. (18 Mrd.)
HSH Nordbank	30 Mrd.
IKB-Bank	5 Mrd.
Einlagensicherungsfonds	6,7 Mrd.
Areal Bank (Rekapitalisierung)	4 Mrd. (0,55 Mrd.)
Düsseldorfer Hypothekbank	2,5 Mrd.
VW-Bank	2 Mrd.

Quelle: Eigene Darstellung.

## Ursachen von Überschuldung

**Private Überschuldung:** Bei der Bewertung von Überschuldung ist die Suche nach deren Ursachen von zentraler Bedeutung. Wie eingangs erwähnt, stellt sich bei privaten Haushalten und bei Banken mit aller Macht die Frage: Liegt die Ursache in schlechtem Wirtschaften?

Die Statistik der Schuldnerberatungsstellen legt eine eindeutige Verneinung dieser Frage für private Haushalte nahe, wie übrigens auch alle vorausgegangenen Untersuchungen zu diesem Thema. Die Überschuldung von Einzelpersonen und privaten Haushalten wird im Wesentlichen durch das Eintreten von Arbeitslosigkeit oder durch eine Scheidung bzw. Trennung ausgelöst. Unwirtschaftliche Haushaltsführung trifft nach Angaben der Schuldnerberater nur auf 8,6 Prozent der Klienten zu – also auf eine verschwindend kleine Gruppe. Gegen die beiden Hauptauslöser der Überschuldung haben Privatpersonen kaum Handlungsmöglichkeiten. Arbeitslosigkeit kann nicht verhindert werden, denn die häufigsten Gründe für die Entlassung von Personal sind Kosteneinsparungen seitens des Unternehmens, oder Entlassungen sind das Ergebnis von Firmenübernahmen und Fusionen. Auch Scheidungen sind in vielen Fällen nicht abwendbar wie die jährliche Anzahl von rund 200 000 Scheidungen in Deutschland demonstriert. Beide Ereignisse, Arbeits-

losigkeit wie Scheidung, führen zu drastischen Einnahmeeinbußen. Für Geschiedene erhöhen sich zudem aufgrund notwendiger doppelter Haushaltsführung und der Kosten für die Scheidung die Ausgaben. Laufende Zahlungsverpflichtungen etwa für Miete, Energie, Kredite, Versicherungen etc. können aus vertraglichen, aber auch aus psychologischen Gründen nicht unmittelbar vor oder nach dem Eintreten des jeweiligen Ereignisses gekündigt oder reduziert werden. In Anbetracht der Tatsache, dass 80 Prozent der Klienten von Schuldnerberatungsstellen ein monatliches Nettoeinkommen von unter 1 300 Euro haben, ist es nachvollziehbar, dass eine Einnahmereduzierung infolge Arbeitslosigkeit die Möglichkeiten der Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen massiv einschränkt. Das gilt ebenfalls für durch Scheidungen hervorgerufenen finanziellen Mehrfachbelastungen.

Niedrigeinkommen ist ein weiterer wichtiger Parameter der privaten Überschuldung. Bei 56 Prozent der Klienten von Schuldnerberatungsstellen lag das monatliche Nettoeinkommen 2007 unter 900 Euro und damit unter der Pfändungsfreigrenze, die derzeit für Alleinstehende ohne Unterhaltspflicht 990 Euro beträgt; 53 Prozent waren beim Erstkontakt mit einer solchen Stelle arbeitslos oder erwerbsfähige Beziehler öffentlicher Transferzahlungen. Männer und Frauen sind annähernd gleichermaßen unter den Überschuldeten vertreten. Besonders betroffen ist die Altersgruppe der 25- bis unter 55-Jährigen, die sich zuerst in der Phase der Hausstandsgründung und dann in der Familienphase befinden. Rund 44 Prozent sind Alleinlebende, rund 16 Prozent kinderlose Paare, rund 15 Prozent Alleinerziehende (überwiegend Frauen) und rund 21 Prozent Paare mit Kindern. Zwei Drittel der Überschuldeten haben eine abgeschlossene Berufsausbildung. Dies ist das konsistente Profil privater Überschuldungshaushalte, das sich seit 1990 in den verschiedenen Statistiken, Analysen und Gutachten zeigt.

**Überschuldung von Banken:** Sind die Ursachen und Auslöser privater Überschuldung vor allem externer Natur, so gilt für die Überschuldung von Banken das Gegenteil. Dort sind die Ursachen hausgemacht und jeweils „bewusste“ Geschäftsentscheidung. Erst jetzt, zu einer Zeit, in der das Ausmaß der Finanz-

krise und deren Konsequenzen für die Weltwirtschaft und die Zivilgesellschaften nicht mehr beschönigt werden können, mehren sich die Stimmen derer, welche die eigentliche Ursache der Finanzkrise in der „Gier“ von Banke(r)n sehen und in einem (öffentlichen) Umfeld, das nicht ausreichend regulierend (re)agiert hat. Bundespräsident Horst Köhler hat in seiner Rede am 24. März 2009 die Orientierung an der kurzfristigen Profitmaximierung kritisiert. „Zu viele Leute mit viel zu wenig eigenem Geld konnten riesige Finanzhebel in Bewegung setzen. Viele Jahre lang gelang es, den Menschen weiszumachen, Schulden seien schon für sich genommen ein Wert; man müsse sie nur handelbar machen. Die Banken kauften und verkauften immer mehr Papiere, deren Wirkung sie selbst nicht mehr verstanden.“<sup>15</sup>

Die Gier, auch die der kleinen Aktienbesitzer, war zusätzlich durch den Anspruch des vormaligen Investmentbankers und gegenwärtigen Chefs der Deutschen Bank, Josef Ackermann, nach 25 Prozent Rendite befeuert worden: Banke(r)n stürzten sich in finanzielle Abenteuer, deren Folgen und Konsequenzen sie offensichtlich ausblendeten. Selbst warnende Stimmen aus dem eigenen Lager wurden ignoriert, wie die Insider-Schilderung des finanziellen Desasters der Schweizer Großbank UBS demonstriert. Bereits im Mai 2002 warnten zwei Experten der UBS ihren Vorstandsvorsitzenden vor dem hohen Risiko eines 24 Milliarden umfassenden Engagements der Bank in US-amerikanische Immobilien. Ihre Warnung wurde ignoriert. Die Konsequenz war, dass die UBS von der Schweizer Regierung mit 35 Milliarden Euro gestützt werden musste. Die hamburgisch-schleswig-holsteinische Nordbank HSH verzockte sich so gewaltig mit Papieren der Investmentbank Lehman Brothers und anderen ‚Wert‘papieren, dass sie 30 Milliarden aus dem Garantiefonds der SoFFin in Anspruch nehmen musste.

Es ist jedoch nicht nur die Gier nach Profitmaximierung als Ursache zu nennen, sondern auch das Fehlen oder Versagen von Kontrollinstrumente und deren Anwendung durch die Bankenaufsichten und Wirtschafts-

prüfergesellschaften. Eine besondere Variante der Kontrollumgehung bestand darin, Risiken in Milliardenhöhe an außerhalb der Bilanzen liegende Zweckgesellschaften auszulagern, um sie nicht mit mindestens acht Prozent Eigenkapital unterlegen zu müssen. Die Basel-II-Eigenkapitalregelung, zum Schutz von Sparern, Anlegern und anderen Gläubigern eingeführt, wurde dadurch bewusst ausgehebelt. Rating-Agenturen wie Standard & Poor's, Moody's und Fitch übten eine mehr als zweifelhafte Rolle aus. Sie waren und sind in die Konstruktion von so genannten komplexen Finanzprodukten involviert, die sie dann mit Gütesiegeln wie beispielsweise einem AAA-Rating bewerten. Bis kurz vor dem finanziellen Crash wurden von den Rating-Agenturen auch die Papiere der Lehman Brothers mit AAA bewertet. Hier gilt die Volkweisheit, dass der Bock zum Gärtner gemacht wurde.

Neben den Faktoren Profitmaximierung, Spekulation und fehlende Kontrolle spielt bei der Überschuldung der Banken und Auslösung der Finanzkrise die Tatsache eine entscheidende Rolle, dass die mit Derivaten und komplexen Finanzprodukten verbundenen Risiken in Handelsgüter umgewandelt wurden. So sind beispielsweise Risiken amerikanischer Subprime-Immobilien mit anderen Risiken vermischt, gebündelt, geteilt, neu verpackt und dann als neue Produkte auf dem Markt gehandelt worden. Das inhärente Risiko einer Kreditauslage für Immobilien an Personen ohne einen Cent Eigenkapital, die zudem weit über Wert bewertet wurden, blieb auf diese Art unsichtbar. Es verschwand nicht, es war immer da, aber es wurde bemäntelt mit mathematischen Modellen und technischer Sprache wie *fat tails*, *vola 30*, *vola 250*, *skews* – einer Insider-Sprache der Börsenmakler, deren Bedeutung sich auch vielen Bankern entzog.

## Sanktionen

Der kursorische Vergleich privater Überschuldung und Überschuldung von Banken macht deutlich, dass es zweierlei Arten des Scheiterns gibt: das überwiegend von externen Kräften verursachte Scheitern von Einzelpersonen und Privathaushalten und das durch eigenes Agieren bewirkte Scheitern von Banken. Es ist deshalb die Frage zu klären, welche Konsequenzen das Eintreten von

<sup>15</sup> Horst Köhler, Der Markt braucht Regeln und Moral, Die „Berliner Rede“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 25. 3. 2009, S. 8.

Überschuldung jeweils für Personen und für Banken hat.

**Privatpersonen haften mit Hab und Gut:** Die Konsequenzen für Privatpersonen sind nicht nur finanzieller, sondern auch sozialer, psychischer und gesundheitlicher Art. Kredite, deren vertragsgemäße Rückzahlung nicht mehr gewährleistet ist, werden im Kreditwesen als „notleidend“ bezeichnet. In dieser Sprachregelung deutet sich ein grundsätzliches Menschenbild an: Nicht der Mensch, nein, der Kredit leidet Not. Schulden aus Ratenkrediten sind vom finanziellen Volumen her die bedeutendste Überschuldungsart (wenn ehemals Selbstständige und Immobilienschulden unberücksichtigt bleiben). Mit durchschnittlich 21 000 Euro stehen Klienten von Schuldnerberatungsstellen mit gekündigten Ratenkrediten bei ihren Kreditinstituten im Soll. Rund 2,5 Prozent aller bei der Schufa gespeicherten Ratenkredite fallen im Durchschnitt aus.<sup>16</sup> Wie hoch die Gesamtsumme der Ausfälle ist, wird nicht veröffentlicht. Durch den intensiven Einsatz von Scoring-Verfahren und Ratenkredit- und Restschuldversicherungen sowie die Hereinnahme von Kreditsicherheiten und Bürgschaften wird von Seiten der Kreditwirtschaft versucht, Forderungsausfälle zu verhindern bzw. abzusichern. Inwieweit Scoring-Verfahren ein probates Mittel dafür sind, ist an anderer Stelle bereits stark in Zweifel gezogen worden.<sup>17</sup>

Wenn Zahlungsschwierigkeiten durch besondere Vereinbarungen wie zum Beispiel Stundungen nicht aufgefangen werden, können Kreditinstitute auf einen umfangreichen Katalog von Maßnahmen zurückgreifen. Dazu gehören Kündigung des Kredits, Sperrung von Werten wie Sparkonten und Wertpapierdepots, Inanspruchnahme und Verwertung von Sicherheiten, Erlangung vollstreckbarer Titel, Zwangsräumungen und -versteigerungen, Sach- und Gehaltspfändungen oder die Abgabe einer Eidesstattlichen Versicherung (und bei Verweigerung derselben Haftandrohung). Gläubiger können anhand von rechtskräftigen Urteilen und Vollstrek-

kungsbescheiden 30 Jahre lang eine Zwangsvollstreckung betreiben. Im Rahmen der Eidesstattlichen Versicherung muss ein Schuldner ein vollständiges Verzeichnis seines gesamten Vermögens vorlegen, aus dem sich Gläubiger im Rahmen von Vollstreckungsmaßnahmen bedienen können. Abgesehen von den finanziellen Konsequenzen, die eine Überschuldung für die private Lebensführung, den Lebensstandard und die gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten hat, zeitigt sie somit auch konkrete juristische Folgen. Von diesen waren im Jahr 2008 1,33 Millionen Personen betroffen, und zwar 826 475 durch abgegebene Eidesstattliche Versicherungen und 504 674 durch Haftanordnungen.<sup>18</sup>

Die finanzielle Misere schließt überschuldete Menschen teilweise vom üblichen Geldverkehr aus. Überschuldung hat bei 37 Prozent der Personen, die sich aktuell in einem Insolvenzverfahren befinden, Kontollosigkeit zur Folge. Der durch Überschuldung ausgelöste Stress schlägt sich im familiären und sozialen Umfeld nieder und führt zum Rückzug von Freunden und bei rund jedem vierten Mann und jeder vierten Frau zu Scheidung und Trennung.<sup>19</sup>

Überschuldung hat auch Auswirkungen auf die körperliche und seelische Gesundheit. Depressionen, erhöhte Selbstmordgefahr, Sucht, innerfamiliäre Feindseligkeiten, Apathie und Desorientierung sind bekannte Krankheitsfolgen. Klienten von Schuldnerberatungsstellen bezeichnen ihre Grundstimmung und ihre subjektive körperliche Verfassung mehrheitlich als eher schlecht.<sup>10</sup> Knapp 80 Prozent sind von Erkrankungen psychischer Art oder Gelenk- und Wirbelsäulenerkrankungen, Bluthochdruck, Magen-erkrankungen oder Suchterkrankungen betroffen. Jeweils ein Drittel der Klienten von Schuldnerberatungsstellen gibt an, dass es durch Erkrankung in die Überschuldung geraten bzw. durch die Überschuldung krank geworden sei.<sup>11</sup>

<sup>18</sup> Vgl. Bürgel (Anm. 3).

<sup>19</sup> Vgl. Götz Lechner/Wolfram Backert, Menschen in der Verbraucherinsolvenz, in: Materialien zur Familienpolitik, (2008) 22.

<sup>10</sup> Vgl. Astrid Kuhlemann/Ulrich Walbrühl, Wirksamkeit von Schuldnerberatung, in: ebd.

<sup>11</sup> Vgl. Eva Münster/Stephan Letzel, Überschuldung, Gesundheit und soziale Netzwerke, in: ebd.

<sup>16</sup> Vgl. Schufa Holding AG (Hrsg.), Schuldenkompass 2008, Wiesbaden 2008.

<sup>17</sup> Vgl. Dieter Korczak/Michael Wilken, Scoring im Praxistest: Aussagekraft und Anwendung von Scoringverfahren in der Kreditvergabe und Schlussfolgerungen, München 2008.

Die Konsequenzen für Privatpersonen sind beim Eintreten einer Überschuldung somit ersichtlich dramatisch. Selbst der gegenwärtig wichtigste Ausweg aus der Überschuldung, das Verbraucherinsolvenzverfahren, ist mit großen Einschnitten in das private Leben verbunden, bis sich nach sechs Jahren der „Wohlverhaltensphase“ Licht am Ende des Überschuldungstunnels zeigt. Durch die anschließende Restschuldbefreiung können Überschuldete auch gegen den Willen von Gläubigern schuldenfrei werden und somit die Chance auf einen echten Neuanfang nutzen.

Banke(r)n erhalten öffentliche Finanzhilfen und Boni: Ganz anders gestaltet sich dagegen die Situation für die Verursacher der Finanzkrise, vornehmlich die von Brokern und Bankvorständen. Zwar wird seit Monaten der Begriff des Vertrauens strapaziert, das wiedergewonnen werden soll. Der großzügig mit öffentlichen Geldern gespannte „Rettungsschirm“ soll eine Renaissance des Vertrauens der Öffentlichkeit gegenüber den Banken bewirken. Aber offensichtlich vertrauen selbst die Banken einander nicht, und dringend erforderliche Finanzströme für die Realwirtschaft sind blockiert. Wie kann man dann erwarten, dass die Bevölkerung diesen Banken vertraut! Die sich selbst in der Finanzkrise großzügig mit Bonuszahlungen bedenkenden Banker liefern ihr darüber hinaus keinen Anlass, weiterhin vertrauensselig zu sein, fehlt ihnen doch offensichtlich das Gespür für Anstand und Moral. Wie eine repräsentative Bevölkerungsbefragung im November 2007 ergab, waren damals bereits 74 Prozent der Befragten der Auffassung, dass Banken durch unverantwortliche Kreditpolitik viele ihrer Kunden in die Überschuldung treiben. Noch wesentlich mehr Befragte, nämlich 89 Prozent, sprachen sich für eine Haftung der Banken aus, wenn diese zu riskanten Kreditaufnahmen oder Geldanlagen raten.<sup>12</sup> Begriffe wie toxische *assets*, „giftige Papiere“ oder Bad Bank sind auch nicht dazu angetan, das Vertrauen der Verbraucher zu erhöhen, sondern wirken eher wie die Verlagerung von Verantwortung auf die Sondermülldeponie des Finanzwesens, die von Steuergeldern betrieben werden soll. Statt über Vertrauen zu reden, wäre es an der Zeit, dass Banken und

die sie repräsentierenden Akteure durch Verantwortungsübernahme und Haftungsübernahme Vertrauen erzeugen.

Es stellt sich zudem die Frage, wohin die Milliarden Dollar und Euro entschwinden sind. Liegen sie wohlverwahrt in Tresoren auf den Cayman Islands, auf den Bahamas oder auf der Insel Guernsey und allen anderen Steueroasen dieser Welt? Sind sie in Grund- und Firmenbesitz, Gold und Juwelen angelegt worden? Wurden sie in einer rauschenden Dauerparty verprasst? Oder handelt es sich letztlich nur um ein virtuelles Phänomen, um virtuelles Geld, das auf Schuldverschreibungen und Risikobewertungen global um die Welt zirkuliert, aber ganz konkrete Auswirkungen auf Arbeitsplätze und die Zukunft von Generationen hat?

Wie immer es auch sei, es ist ungerecht. Es kann in einer demokratisch verfassten Zivilgesellschaft nicht angehen, dass Bürger, Verbraucher und Steuerzahler beim Eintreten einer Überschuldung Verantwortung übernehmen müssen und hart angefasst werden und im Gegensatz dazu Spekulanten, Broker und Banker geradezu mit Samthandschuhen. Aus gesamtgesellschaftlicher Sicht kommt hinzu, dass die Übernahme der enormen Schulden durch die öffentliche Hand wie selbstverständlich erwartet wird, während Gewinne privat angeeignet wurden und werden.

Bundespräsident Horst Köhler hat in seiner erwähnte Rede mehr Verantwortung und Respekt vor dem Grundgesetz gefordert: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll auch dem Allgemeinwohl dienen“ (Art. 14 GG), und er hat eine nachhaltige und zukunftsfähige Definition von Eigennutz geliefert: „Eigennutz im 21. Jahrhundert heißt: sich umeinander kümmern.“ Ein früherer Bundespräsident, Roland Herzog, hat dagegen mit einer fatalen „Ruck“-Rede 1997 die Büchse der Pandora weit aufgemacht, als er forderte, die amerikanische Variante der Deregulierung, auch von Finanzdienstleistungen, als gezielte Strategie neuartigen Wachstums zu übernehmen.

Deregulierung im Herzog'schen Sinne bedeutet letztlich nichts anders als Privatisierung des Gewinns und Sozialisierung des Schadens, also genau das, was gegenwärtig

<sup>12</sup> Vgl. GP Forschungsgruppe, ODC, Zeitsensor Nr. 4 Geld und Kredit, München 2008.



zur Überwindung der Finanzkrise erfolgt. Der Isländer Einar Mar Gudmundsson hat deshalb in einem bemerkenswerten Zeitungsartikel die Frage aufgeworfen, warum diejenigen, die vorher angeblich so viel Verantwortung trugen, dass sie für ihre Tätigkeit monatliche Beträge in Höhe des Nobelpreises kassierten, nun keine Verantwortung für den von ihnen angerichteten Schaden übernehmen wollen.<sup>13</sup> Die Bevölkerung hat auf diese Frage eine klare Antwort: 75 Prozent der Befragten einer repräsentativen Stichprobe empfinden es als ungerecht, wenn die Verluste der Banken aus deren Immobilienspekulationen in den USA aus Steuergeldern bezahlt werden.<sup>14</sup> Die Menschen haben offenbar das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit internalisiert: Schlechte Leistungen sollten nicht noch zusätzlich belohnt werden. Die Hypo Real Estate ist eine Bank mit nachweisbar schlechten Leistungen, die mittlerweile mit 100 Milliarden Steuergeldern gestützt wird, weil sie angeblich eine systemrelevante Bank ist. Ohne hier darauf eingehen zu wollen, was es heißt, eine systemrelevante Bank zu sein, und was das für ein System ist, das sich eine solche Bank leistet und diese Bank nicht pleite gehen lassen kann, stellt sich dennoch die Frage, warum 3,5 Millionen überschuldete Haushalte nicht so systemrelevant sind, dass sie in gleicher Weise gestützt und gerettet werden?

In seinem weltweit beachteten Klimareport hat der ehemalige Chefvolkswirt der Weltbank Nicolas Stern darauf hingewiesen, dass der Klimawandel die Folge des größten Marktversagens ist, welches die Völkergemeinschaft je in Kauf genommen hat. Damit zukünftige Gutachter zu späteren Zeiten nicht ebenfalls die aktuelle Finanzkrise als größtes Versagen der führenden Industrienationen bezeichnen, muss eine Rückbesinnung erfolgen. Die Anfang April 2009 beim G-20-Treffen beschlossenen Regeln für die Weltfinanzmärkte sollten daher um folgenden Katalog erweitert werden: stärkere Kontrolle der Finanzdienstleistungsströme, weiter gefasste Aufsichtspflichten über Finanzdienstleister, Einführung einer Mehrgeldsteuer oder Tobin

Steuer, verschärfte Haftung für Banker, Broker und Rating-Agenturen, Boykott oder Austrocknen von Steueroasen, stärkere personelle Berücksichtigung von Verbrauchern in den Aufsichtsbehörden, gesicherte und ausreichende Finanzierung von Schuldnerberatungsstellen, öffentliche Förderung von Überschuldungsforschung, gleiche Behandlung von überschuldeten Privathaushalten und überschuldeten Banken.

Die gegenwärtige Bilanz des öffentlichen Umgangs mit privaten Schulden, des Soll und Haben zwischen überschuldeten Banken und überschuldeten Haushalten, zeigt eindeutig, dass überschuldete Banken selbst durch die Finanzkrise noch profitieren. Hier sollte die alte Regel gelten, dass schlechtem Geld nicht noch gutes hinterhergeworfen werden sollte. Überschuldete Haushalte müssen mit jedem Euro haften. Dies gilt es abzustellen (*Tabelle 2*).

**Tabelle 2: Ungerechte Haftungs- und Verantwortungsaufteilung**

	Überschuldete Banken	Überschuldete Haushalte
Ursachen	Spekulation Verantwortungslosigkeit Gier	Arbeitslosigkeit Scheidung Niedrigeinkommen
Risikoverhalten	sehr hoch	sehr gering
Schuldensummen	Milliarden Euro	~ unter 10 000 Euro
Konsequenz	Keine	Haftung Eidesst. Versicherung Verbraucherinsolvenz
Unterstützung	SoFFin	Keine
Schuldenregulierung	Steuerzahler	jeder selbst
Verantwortungsübernahme	keine	voll und ganz

Quelle: Eigene Darstellung.

<sup>13</sup> Vgl. Einar Mar Gudmundsson, Darf ich Ihnen das Einwohnerverzeichnis anbieten?, in: Süddeutsche Zeitung (SZ) vom 17. 2. 2009, S. 3.

<sup>14</sup> Vgl. GP Forschungsgruppe, ODC, Zeitsensor Nr. 6 „Gerechtigkeit“, März 2008.

# Wie gehen die Deutschen mit Geld um?

**G**eld spielt in modernen, privatwirtschaftlichen Gesellschaften eine zentrale Rolle. Jeder geht tagtäglich und selbstverständlich mit Geld um. „Es hat eine höhere Auflage als das gängigste Druckwerk, eine größere ‚Einschaltquote‘ als die beliebteste Sendung und eine Spannweite über Generationen und soziale Gruppen, die ihresgleichen sucht.“<sup>1</sup>

**Stefan Hradil**  
Dr. Dr. h.c. 1946; Professor  
an der Johannes Gutenberg-  
Universität, FB 02 –  
Institut für Soziologie,  
55099 Mainz.  
hradil@uni-mainz.de

Wie wir mit Geld umgehen, hat Folgen: Erfolg, Zufriedenheit, vielleicht sogar Glück – obschon Geld allein ja nicht glücklich machen soll – kann der erlangen, der Geld souverän einsetzt. Wer dazu nicht in der Lage ist, wird zum Opfer seiner Lebensumstände, seines Verhaltens, mitunter auch seiner Anhäufung von Finanzmitteln. Obwohl, oder vielleicht gerade weil uns das so selbstverständlich erscheint, hält sich das sozialwissenschaftlich gesicherte Wissen darüber, wie wir mit Geld umgehen, in Grenzen. Im folgenden Beitrag sind einige dieser Bestände zusammengetragen. Der Blick richtet sich dabei auf die Einstellungen, das Handeln und das Kommunizieren der Einzelnen. Diese Perspektive wird nur dann verlassen, wenn wir übergreifende Strukturen (etwa Sparquoten) kennen müssen, um das individuelle Umgehen mit Geld zu verstehen.

## Erklärungsansätze

**Ökonomische Theorien:** Das Umgehen mit Geld ist aus der Sicht ökonomischer Theorien eine Frage der Rationalität. Gerade Geld ist ein Medium dafür, die eigenen Zielsetzungen mit möglichst geringen Kosten zu erreichen. Im Hinblick auf dieses Zahlungsmittel wird

der Mensch als rational kalkulierendes Wesen gesehen, das seinen Nutzen mehrt.

Mit dieser Sichtweise verbunden ist üblicherweise eine Uniformierungsthese: Das Denken und Verhalten der vielen Menschen in einer Gesellschaft im Hinblick auf Geld werde im Laufe der Zeit gleichförmiger. In einer Gesellschaft, in der fast alle materiellen und viele immateriellen Bedürfnisse auf Märkten durch Kaufakt zu befriedigen seien, in der Geld eine so prominente Rolle spiele, sei jeder von uns gezwungen, sein Verhalten zu rationalisieren.

Rationales Umgehen mit Geld und entsprechendes Konsumverhalten vereinheitlichen der Uniformierungsthese zufolge auch unsere Kultur. Eine „McDonaldisierung“<sup>2</sup> ebnet kulturelle Vielfalt ein: „Zumindest oberflächlich wird behauptet, dass die Ökonomie langfristig in der Lage ist, innerhalb einer standardisierten Kultur des Konsums eine wachsende Verbundenheit und Uniformität hervorzubringen.“<sup>3</sup>

Aus Sicht von Systemtheoretikern handelt der Mensch jedoch nicht in allen Bereichen gleich. Denn Subsysteme differenzieren sich aus. Im Wirtschaftssystem ist Geld das zentrale Medium; eine entsprechende Rationalität wird vorausgesetzt. Es gibt jedoch auch andere Subsysteme, in denen etwa Macht oder Liebe zentrale Medien sind, in denen also ganz andere Rationalitäten und Kommunikationsweisen herrschen. Mit dieser Sicht geht die Behauptung einer funktionalen Differenzierung der Gesellschaft einher, wonach die „Geldsphäre“ scharf getrennt von und häufig unvereinbar mit anderen Bereichen ist, etwa mit Liebesbeziehungen.

Wer das Umgehen mit Geld aus der Sicht wirtschaftlicher Theorien betrachtet, konzentriert sich auf die ökonomischen Standardfunktionen. Geld ist hiernach ein Mittel, Werte zu standardisieren oder zu bemessen,

<sup>1</sup> Rainer-W. Hoffmann, Der schwierige Abschied von der D-Mark. Sozialwissenschaftliche Aspekte der Europäischen Währungsunion (EWU), WSI-Mitteilungen, 3 (1996), S. 176.

<sup>2</sup> George Ritzer, Die McDonaldisierung unserer Gesellschaft, Frankfurt/M. 1995.

<sup>3</sup> Viviane A. Zelizer 2000, Die Farben des Geldes. Vielfalt der Märkte, Vielfalt der Kulturen, in: Berliner Journal, 10 (2000) 3, S. 316.

ein Tausch- oder Zahlungsmittel sowie ein Mittel, Werte aufzubewahren oder zu übertragen. Wir werden sehen, dass andere Erklärungsansätze weitere Funktionen hervorheben.

**Soziologische Theorien:** Ökonomische Erklärungsansätze betonen die effiziente und Nutzen maximierende Verwendung von Geldmitteln, sind theoretisch also vor allem von den „objektiv“ verfügbaren Ressourcen her konstruiert. Dagegen konzentrieren sich genuin soziologische Erklärungsansätze auf die Bedeutungen, die Dinge für Menschen haben. Sie handeln subjektiv sinnvoll in vielerlei, auch in irrationaler Hinsicht, sie handeln Werten und Normen gemäß oder setzen sich mit ihnen auseinander.

Wie schon der Klassiker Georg Simmel<sup>14</sup> hervorhob, ist Geld aus soziologischer Sicht kein neutrales Tauschmittel, sondern ein Symbol und daher mit Bedeutungen versehen, die ihm kulturell und kommunikativ zugeschrieben werden: „Geld ist durch die menschlichen Interaktionen geprägt, es hat aber auch eine enorme Auswirkung auf die menschlichen Formen des Zusammenlebens.“<sup>15</sup>

Aus dieser Sicht ist die Uniformierungsthese fehl am Platze. Wie Viviane Zelizer immer wieder betonte, hindern Normen und kulturelle Definitionen das Geld daran, „überall dieselben rationalen Funktionen zu erfüllen. Wenn das Geld die Hände wechselt, wird seine Bewegung mit Sinn belegt. Wenn ein falsches Quantum gegeben wird, wenn es an die falsche Person oder zu einem falschen Zeitpunkt gegeben wird, kann eine soziale Beziehung irreparabel zerstört werden.“<sup>16</sup> So gesehen sind zum Beispiel auch Geld und Liebe keine funktional getrennten, sondern miteinander verwobene Sphären.

Aus der Sicht dieser soziologischen Erklärungsansätze erscheinen Gesellschaften weder uniform noch funktional differenziert, sondern soziokulturell unterschiedlich. Auch und

gerade Geldkulturen differenzieren sich, sind pluralistische Kulturen. Insbesondere die kapitalistischen modernen Märkte haben diese Vergößerung der Vielfalt bewirkt. Geld ermöglicht es uns zum Beispiel, Statusansprüche freier, unabhängig vom ererbten Status, zu erheben. Nicht mehr adliger Besitz, Familiengeschichte oder Privilegien sind entscheidend, sondern die zur Verfügung stehende Geldmenge und unser Geschmack bestimmen unseren Lebensstil. Ähnlich wirkt der Massenkonsum: „Jeder Schritt in Richtung weiterer Standardisierung und Vereinheitlichung bringt auf der Gegenseite Menschen hervor, die sich absondern und sich in begrenzte Zusammenhänge begeben.“<sup>17</sup>

An dieser Stelle kann noch nicht entschieden werden, ob die ökonomischen oder die soziologischen Erklärungsansätze zutreffen, ob beide ein Stück weit realistisch sind, oder ob sie in einem Wechselverhältnis stehen, wie es das zuletzt aufgeführte Zitat nahe legt. Diese Fragen können erst nach Interpretation der empirischen Befunde beantwortet werden, die im dritten Teil des Beitrags vorgetragen werden.

**Vom Umgehen mit Geld in der Belletristik:** In zahlreichen Werken der schönen Literatur (von Honoré de Balzac, Gustave Flaubert, Theodor Fontane, Jules Verne, Thomas Mann, Elias Canetti, John Updike und vielen anderen) geht es – keineswegs nur am Rande – um Einstellungen zum Geld und dessen Verwendung. Die betreffenden Werke enthalten erkenntnisreiche Theorien und informative „empirische Befunde“. Die Romanautoren schürfen oft tiefer, unterscheiden genauer und schildern ohnehin weit anschaulicher als die Verfasser der weithin dürren wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Werke.

Auch der erwähnte Gegensatz zwischen der ökonomisch-rationalen Uniformierungssicht und der soziologisch-bedeutungsgeladenen Pluralisierungsperspektive findet sich in der Belletristik wieder. Die erstgenannte Sichtweise geht oft mit Pessimismus und scharfer Kritik einher. So war beispielsweise Jules Verne um 1860 der Meinung, Paris werde in 100 Jahren von der Macht des Geldes und der Technologie vollkommen beherrscht sein. „Liebespaare“ würden sich in interessengetriebene indifferente Partner ver-

<sup>14</sup> Vgl. Georg Simmel, *Philosophie des Geldes*, Frankfurt/M. 1901<sup>2</sup>.

<sup>15</sup> Helena Flam/Gunter Göbel, *Soziologie des Geldes: Arbeit Staat und Geld*, in: Regina Metz/Kurt Mühler/Karl-Dieter Opp (Hrsg.), *Der Transformationsprozess. Analysen und Befunde aus dem Leipziger Institut für Soziologie*, Bd. 1, Leipzig 1998, S. 54.

<sup>16</sup> Vgl. ebd., S. 55.

<sup>17</sup> Vgl. V. A. Zelizer (Anm. 3), S. 328.

wandelt haben, denen sogar das Vokabular für Zuneigung verloren gehen werde. Die zweitgenannte Sichtweise finden wir unter anderem in den Romanen Flauberts, Fontanes und Thomas Manns. Sie führen uns die Kultur des Bürgertums und die Bedeutung bzw. Verwendung von Geld für bzw. durch die Angehörigen dieser Kultur eindringlicher vor Augen, als es ein Soziologe je könnte – und sie kritisieren diese Kultur schärfer, als es ein Soziologe dürfte.

## Empirie

**Erfahrungen im 20. Jahrhundert und Generationenunterschiede:** Das 20. Jahrhundert war ein auch „in Geldangelegenheiten“ sehr bewegtes Jahrhundert. Erfahrungen mit zahlreichen Finanzkrisen und Währungsreformen haben Einstellung und Verhalten der deutschen Bevölkerung maßgeblich geprägt. Vielfach mussten herbe Verluste hingenommen werden. Die vordem sicher geglaubte Zukunft großer Bevölkerungsteile wurde zerstört. Das starke Streben der Deutschen nach Stabilität und Sicherheit hat hier seine Wurzeln. Nach der Währungsreform von 1948 wurde die D-Mark zum Symbol dafür.<sup>8</sup> Seither haben die Realeinkommen und der Wohlstand in Westdeutschland stetig zugenommen. Ende 1949 lag das Geldvermögen der privaten Haushalte bei 20,6 Milliarden DM; bis 2000 war es schon auf fast 18 Billionen DM<sup>9</sup> und bis 2006 auf 10,4 Billionen Euro<sup>10</sup> angestiegen.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war Sparsamkeit eine Pflicht, Verschuldung tabu. Entsprechende Einstellungen und ein entsprechendes Verhalten sind bis heute in der älteren Generation weit verbreitet. In den jüngeren Kohorten haben sie sich indes relativiert. Verschuldung und Ratenkäufe sind weit verbreitet und gelten nicht mehr als anstößig. Hedonistische Einstellungen und „Geld als Mittel zu Konsum und Lebensgenuss“<sup>11</sup> spielen heute eine größere Rolle.

<sup>8</sup> Vgl. R.-W Hoffmann (Anm. 1).

<sup>9</sup> Vgl. Manfred Weber, Finanzmarkt und Finanzkultur, in: Karl-Rudolf Korte/ Werner Weidenfeld (Hrsg.), Deutschland Trend Buch. Fakten und Orientierungen, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001, S. 330.

<sup>10</sup> Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, Die soziale Situation in Deutschland, CD, 2008.

<sup>11</sup> Vgl. Rainer-W. Hoffmann, Geldkultur in Haushalt und Gesellschaft. Ausgewählte Facetten, in: Sylvia

**Deutsche Besonderheiten:** Verglichen mit anderen Nationen haben die Deutschen einen ausgeprägten Hang zur Sparsamkeit, zumindest was ihre Normen und Einstellungen betrifft. Diese Neigung ist zwar zurückgegangen, aber im internationalen Vergleich immer noch stark ausgeprägt. Der Hintergrund dafür ist die oben angesprochene Erfahrung mit Inflationen und Geldentwertung.<sup>12</sup> Das Wollen und Sollen der Deutschen unterscheidet sich jedoch mittlerweile von ihrem Tun. Die Sparquote ist zwar relativ hoch, international aber keineswegs überragend. 2008 haben die Deutschen 11,6 Prozent ihres verfügbaren Einkommens gespart, und für 2009 wird wegen der Verunsicherung durch die Finanzkrise eine noch höhere Sparquote erwartet. In Österreich, Frankreich, Irland, Spanien und der Schweiz wurde aber 2008 gleich viel oder sogar mehr gespart.<sup>13</sup>

**Alt und Jung:** Unabhängig vom Geburtszeitraum und den oben dargestellten historischen Erfahrungen der einzelnen Generationen (Kohorten) ist der Umgang mit Geld aber auch eine Frage des *Lebensalters*. Untersuchungen<sup>14</sup> belegen, dass ältere Menschen im Vergleich zu jüngeren weniger gern Schulden machen, zufriedener mit der eigenen finanziellen Lage und mit dem erreichten Besitzstand sind, weniger Risikolust verspüren, sparsamer mit Geld umgehen, ihren Finanzhaushalt disziplinierter führen und Geld strenger kontrollieren, ehrlicher in Geldgeschäften sind, mit Geld positivere Assoziationen verbinden.<sup>15</sup>

Im Alter nimmt der Wunsch nach Sicherheit und Risikovermeidung zu: Ältere Menschen kaufen daher preiswerte Qualitätsprodukte, Produkte mit Garantiezertifikaten, möglicher einfacher Bedienung und Gesundheitsprodukte. Demgegenüber nimmt

Gräbe, Vom Umgang mit Geld. Finanzmanagement in Haushalten und Familien, Stiftung der privaten Haushalte, Frankfurt/M. 1998, S. 23.

<sup>12</sup> Vgl. Tilman Heisterhagen/Rainer-W. Hoffmann/Frank Mußmann/Marc Pleimann/Sybill-Anett Streckler, Geld-Krise-Generation. Soziomonetäre Streifzüge im 20. Jahrhundert, Soziale Welt, 51 (2000), S. 463–486.

<sup>13</sup> Vgl. OECD, Database Economic Outlook 84, 2008.

<sup>14</sup> So schon Günter Schmolders, Psychologie des Geldes, Reinbek 1966.

<sup>15</sup> Vgl. Hans-Georg Häusel, Der Umgang mit Geld und Gut in seiner Beziehung zum Alter, Manuskript, 2001.

für sie die Bedeutung von Gütern mit hohem Prestigewert ab: Weniger gekauft werden so beispielsweise teure modische Kleidung und große Autos. Die Lust an Genuss und Reizen bleibt indessen auch im Alter lange erhalten: Genuss vermittelnde Lebensmittel, Reisen und der Besuch gepflegter Gaststätten dürfen daher ruhig Geld kosten.<sup>16</sup>

*Jugendlichen* wird heute oft nachgesagt, sie gäben sehr viel Geld für unvernünftige Dinge aus (insbesondere für das Telefonieren, für Computerspiele etc.), sie könnten nicht mit Geld umgehen und gerieten daher oft in Schulden. Hier trafen sich, so eine verbreitete Meinung, der generelle Leichtsinn der Jugend mit den spezifischen, oft technologischen Versuchungen unserer Zeit.

Demgegenüber bescheinigten Studien<sup>17</sup> 2002 drei Viertel der Jugendlichen ein weitgehend rationales und marktkonformes Konsumverhalten. Dieser Anteil der „vernünftigen“ Jugendlichen hat seit 1990 zugenommen. Ein „demonstratives“, also schon recht kostspieliges Kaufverhalten, wies etwa ein Fünftel der Jugendlichen auf. Dieser Prozentsatz hatte sich seit 1990 kaum verändert. Ein „kompensatorisches“, also weitgehend „unvernünftiges“ Konsummuster ließ 2002 jeder siebte Jugendliche erkennen. Die Hälfte (etwa sieben Prozent) musste als „kaufstüchtig“ eingestuft werden. Dieser Anteil von Jugendlichen mit problematischem Verhalten ist seit den 1990er Jahren konstant geblieben.

Verschuldet waren 2002 etwa 20 Prozent, überschuldet ca. 7 Prozent der Jugendlichen. Damit konnten etwa gleich viele Jugendliche wie Erwachsene ihre Verbindlichkeiten in absehbarer Zeit nicht begleichen.<sup>18</sup> Entgegen vieler Befürchtungen nahm die Überschuldung von Jugendlichen seit 1990 ab – nicht etwa zu. Mobiltelefone waren übrigens nur zu einem minimalen Anteil die Ursache für Überschuldungen.<sup>19</sup> Die Ergebnisse zeigen

<sup>16</sup> Vgl. ebd.

<sup>17</sup> Vgl. Elmar Lange, *Jugendkonsum im 21. Jahrhundert. Eine Untersuchung der Einkommens-, Konsum-, und Verschuldungsmuster der Jugendlichen in Deutschland*, Wiesbaden 2004, S. 167 ff.

<sup>18</sup> Vgl. ebd., S. 168 f.

<sup>19</sup> Vgl. Karin R. Fries/Peter H. Göbel/Elmar Lange, *Teure Jugend. Wie Teenager kompetent mit Geld umgehen*, Opladen–Farmington Hills 2007, S. 145–157.

auch, dass die Überschuldung meist vorübergehend war: eine Übergangsphase im Leben der Jugendlichen. Je höher sich die Einkünfte von Jugendlichen beliefen, insbesondere die selbst verdienten, desto rationaler war ihr Konsumverhalten.<sup>20</sup>

**Geld als Tabu-Thema:** Der richtige Umgang mit Geld ist auch von Normen geprägt, etwa Normen, wie über Geld zu sprechen (oder nicht zu sprechen) ist. Zahlreiche Sprichworte wie „Über Geld spricht man nicht, man hat es,“ sind ein Hinweis darauf, dass das Thema Geld in Deutschland weitgehend tabuisiert ist.

Jeder empirische Sozialforscher weiß, dass Fragen zum persönlichen Einkommen von großen Bevölkerungsteilen nicht beantwortet werden, vor allem dann, wenn die genaue Einkommenshöhe genannt werden soll. Auch wenn dieser Tabuisierungsnorm nicht durchgehend gefolgt wird, ist sie noch lange außer Kraft. Bittet man Befragte, sich in Einkommensklassen einzuordnen, ist die Antwortbereitschaft etwas höher.

In *Familien* ist das Thema Geld kein absolutes Tabuthema. Mindestens zwei Drittel der Eltern geben an, häufig oder zumindest manchmal über Geld zu sprechen, ein Drittel in Westdeutschland tut dies auch im Beisein ihrer Kinder.<sup>21</sup> Wenn in Familien über Geld gesprochen wird, geht es allerdings hauptsächlich um Ausgaben und finanzielle Probleme. „Konstruktive“ Gespräche über das Haushaltsbudget, Anlage- und Versicherungsmöglichkeiten oder bestehende Schulden und deren Bewältigung kommen demgegenüber selten vor. „Nur die wenigsten (Kinder) wissen, was ihre Eltern genau verdienen oder wie deren Vermögen aufgebaut und angelegt ist.“<sup>22</sup>

*Paare* unterhielten sich im Verlauf des Jahres an 40 Prozent der Tage, an denen sie miteinander sprachen, über das Thema „Ausgaben“. Über „Sparen“ wurde an 5 Prozent der Tage gesprochen. Andere Geld-

<sup>20</sup> Vgl. E. Lange (Anm. 17), S. 168f

<sup>21</sup> Vgl. Tatjana Rosendorfer, *Kinder und Geld. Gelderziehung in der Familie*, Stiftung der privaten Haushalte, Frankfurt/M. 2000.

<sup>22</sup> Marc Brost/Marcus Rohwetter, *Das große Unvermögen. Warum wir beim Reichwerden immer wieder scheitern*, Manuskript, Weinheim 2003.



angelegenheiten standen an 15 Prozent der Tage zur Diskussion.<sup>123</sup> Geld ist in Partnerschaften und Familien ein brisantes Thema, das nicht selten zu Konflikten führt. Das Geld des eigenen Haushalts trat als Gesprächsthema zwar seltener auf als „Kinder“, „Freunde und Freizeit“, „Berufs- und Hausarbeit“ und „Beziehungsprobleme“, aber die Gespräche über Geld führten am häufigsten zu Konflikten.<sup>124</sup>

Geld ist übrigens keineswegs jenes ökonomische neutrale Zahlungsmittel, das mit Liebe nichts zu tun hat. In vielen Beziehungen wird Geld teils gemeinsam, teils getrennt verwaltet. Die Bedeutung von Geld ist dabei je nach der jeweiligen Beziehung und den darin ablaufenden Definitions- und Aushandlungsprozessen der Partner sehr unterschiedlich. Wessen Geld wem gehört und wozu beiträgt, das kann, ja muss durch „Bedeutungsarbeit“ ausgehandelt werden. Daraus resultieren nicht selten Spannungen.<sup>125</sup>

„Das selbst verdiente Geld wird nicht von selbst zum ‚eigenen‘, individualisierten und individualisierenden Geld. Sondern es kann gerade in seiner spezifischen Verknüpfung mit Liebe immer schon als gemeinsames Geld erscheinen (...), welches nur das Paar als Paar dann der individuellen Verfügbarkeit zuordnen kann.“<sup>126</sup> Auch ist das von Männern verdiente Geld nicht unbedingt das finanzielle Fundament des Familienhaushalts, jenes der Frau ist nicht unbedingt „zusätzliches“ Geld. Das Geldverhältnis resultiert aus komplexen wechselseitigen und die Beziehung insgesamt charakterisierenden Zuschreibungen, zum Beispiel, was die Beziehung stiftet oder zusammenhält.<sup>127</sup> Beim Reden über Geld in Partnerschaften zeigt sich vielleicht am deutlichsten, wie sehr das Umgehen mit Geld eine Frage der jeweiligen sozialen Beziehungen und der darin geltenden Werte ist. Gespräche über verfügbares Geld, die Ausgaben der Familie

und den Verdienst werden in Paarbeziehungen und Familien also durchaus geführt, vor allem dann, wenn das Geld knapp ist.<sup>128</sup> Diese Befunde widersprechen keineswegs der Diagnose, wonach Geld ein „Tabuthema“ ist.<sup>129</sup>

Im *Freundes- und Bekanntenkreis* scheint Geld, vor allem das eigene, allerdings tatsächlich ein Tabuthema zu sein. So stimmten 66 Prozent der Befragten der Aussage zu „Ich gewähre anderen Menschen nur ungern Einblick in meine Geldangelegenheiten“.<sup>130</sup> Das Tabu wird auch dadurch genährt, dass es viele Arbeitgeber verbieten, im Kollegenkreis über Gehalt oder Prämien zu sprechen. Die Auseinandersetzung über Leistung und Lohn bleibt so im Bereich des Spekulativen, und damit auf der Gefühls- und nicht selten auch der Neidebene.

Es wird also sehr wohl über Geld gesprochen, allerdings bleiben das „eigene Geld“ und die Art und Weise des konstruktiven Umgangs mit diesem außen vor, selbst im privaten Bereich, erst Recht im Bekannten- und Kollegenkreis.

Die Tabuisierung hat Folgen: Die Art und Weise des Umganges mit Geld wird (objektiv) immer wichtiger. Alters- und Gesundheitsvorsorge sind mittlerweile teilweise davon abhängig, wie vorhandenes Geld angelegt wird. Sparbücher sind kaum noch rentabel. Die Fülle der sonstigen Geldanlagemöglichkeiten wird immer unüberschaubarer. Die Finanzkrise hat viele der angepriesenen Möglichkeiten als Fallen entlarvt. Kompetenz in Gelddingen gilt daher immer mehr als (normative) Messlatte für eine souveräne Lebensgestaltung. Wer nicht mit Geld umgehen kann, fällt der Missachtung vieler Mitmenschen anheim, wird möglicherweise gar als lebensuntüchtig bezeichnet. Dessen ungeachtet ist souveränes Umgehen mit Geld kein Thema. Selbstzweifel und Unsicherheiten müssen die betroffenen Menschen in der Regel mit sich selbst austragen. Lernen, mit Geld umzugehen und Geldkompetenz werden so nicht gefördert.

<sup>123</sup> Vgl. Erich Kirchler/Christa Rodler/Eric Hölzl/Katja Meier, *Liebe, Geld und Alltag. Entscheidungen in engen Beziehungen*, Göttingen 2000, S. 144.

<sup>124</sup> Vgl. ebd., S. 147.

<sup>125</sup> Vgl. Christine Wimbauer/Werner Schneider/Wolfgang Ludwig-Mayerhofer, *Prekäre Balancen – Liebe und Geld in Paarbeziehungen*, in: *Leviathan*, 21 (2002), S. 268.

<sup>126</sup> Vgl. ebd., S. 282.

<sup>127</sup> Vgl. ebd., S. 282 f.

<sup>128</sup> Vgl. T. Rosendorfer (Anm. 21).

<sup>129</sup> Vgl. M. Brost/M. Rohwetter (Anm. 22).

<sup>130</sup> Vgl. Spiegel-Verlag, *Soll und Haben* 3, Hamburg 1989.

Aber nicht nur die Tabuisierung trägt dazu bei, dass Wissen über kompetentes Umgehen mit Geld sich so zögernd verbreitet. Hinzu kommt:<sup>131</sup>

- Geld hat in bestimmten Bevölkerungsteilen ein schlechtes Image. Wer sich als „Finanzfuchs“ erweist, genießt einen eher schlechten Ruf.
- Die Beschäftigung mit Geld gilt als wenig rentabel, sowohl was finanzielle Gewinne als auch Lustgewinn und soziale Anerkennung betrifft.
- Viele Menschen sind, möglicherweise bedingt durch paternalistische Traditionen des „Versorgungsstaats“, im Bereich der persönlichen Finanzen unmündig. Sie sind es einfach nicht gewohnt, in diesen Bereichen aktiv zu werden.
- Geld gilt in großen Bevölkerungsteilen als schwierige Materie. Das schreckt ab, sich damit zu befassen. Dass viele dieser Menschen sich in Beruf und Freizeit mit mindestens ebenso schwierigen Sachverhalten befassen, widerspricht dem nicht.
- Geld gilt weithin als abstrakte, lebensferne Angelegenheit. Populär: Geld ist nicht „sexy“.

**Geldmilieus und Geldtypen:** Freilich treffen diese Hindernisse nicht für alle Bevölkerungsteile gleichermaßen zu, für manche überhaupt nicht. Dies ist eine Frage der jeweiligen Geldkultur. In einer groß angelegten einschlägigen Untersuchung<sup>132</sup> werden acht Geldmilieus bzw. acht Geldtypen mit unterschiedlichen Einstellungen in Deutschland unterschieden:

Die *Resignierten und Überforderten* (19 Prozent der Bevölkerung) sehen sich am Rand der Gesellschaft und ohne Möglichkeiten, an ihrer finanziellen Situation selbst etwas zu ändern. Sie grenzen sich stark nach oben ab und empfinden sich als „underdog“

bzw. als Opfer. Sie kümmern sich nicht um Geldangelegenheiten, verdrängen oft sogar ihre finanziellen Probleme, und befassen sich nicht konstruktiv mit ihren Finanzen. In dieser Gruppe sind Frauen häufiger vertreten als Männer, eher junge Menschen und Menschen mittleren Alters, besonders häufig Arbeiter und Arbeitslose, Bezieher niedriger Einkommen.

Die *Sorglosen und Leichtfertigen* (16 Prozent) leben „hier und jetzt“, haben Freude am spontanen Konsumieren. Trotz begrenzter Geldmittel denken sie nicht an die finanzielle Zukunft und verdrängen eventuelle Probleme. Sie kümmern sich nicht um Finanzthemen und begegnen Finanzexperten mit großem Misstrauen. In diesem Milieu sind Männer und Frauen gleichermaßen zu finden, meist Menschen mit einfacher Bildung, häufig Menschen im Alter von über 50 Jahre, relativ viel Arbeiter und Rentner, wenige Bezieher überdurchschnittlicher Einkommen.

Die *Bescheidenen* (10 Prozent) weisen die traditionelle Sparmentalität auf. Sie agieren sehr vorsichtig mit ihren Finanzen. An Finanzanlagen jenseits herkömmlicher Sparformen wagen sie sich selten. Für sie ist Geld eine sehr private Thema, über das sie kaum sprechen. Unter den Bescheidenen sind meist ältere Menschen zu finden, häufig Menschen mit einfacher Bildung, viele Rentner, aber auch nicht wenige Arbeitslose, in der Regel Bezieher unterdurchschnittlicher Einkommen.

Die *Delegierer* (10 Prozent) sind meist finanziell gesichert. Sie blicken unbekümmert und mit Zuversicht in die Zukunft und vertrauen die Verantwortung für das Management ihres Geldes Familienangehörigen oder Bankberatern an. Sie sehen keinen Grund, sich selbst damit zu befassen. Delegierer sind typischerweise Frauen, oft jüngeren bis mittleren Alters, Bezieher ausreichender Einkommen, versehen mit einer soliden Ausbildung, ausführende Angestellte bzw. Beamte und Personen in Ausbildung.

Die *Pragmatiker* (16 Prozent) betrachten Geld ausschließlich als Mittel zum Zweck und konzentrieren sich auf andere Lebensbereiche. Die öffentliche Diskussion über die Sicherungssysteme hat ihnen zwar die Notwendigkeit der aktiven Vorsorge vor

<sup>131</sup> Vgl. Sinus Sociovision, Die Psychologie des Geldes. Qualitative Studie, Manuskript, Heidelberg 2004a.

<sup>132</sup> Vgl. dies., Die Psychologie des Geldes. Die acht Geldtypen und ihre Verteilung in Deutschland, Manuskript, Heidelberg 2004b.

Augen geführt, der sie aber nur sehr zögerlich Folge leisten. Unter den Pragmatikern finden sich Männer und Frauen gleichermaßen, eher junge Menschen mit mittlerer und gehobener Bildung aus allen Berufsgruppen, Bezieher sehr unterschiedlicher Einkommenshöhen.

Die *Vorsichtigen* (11 Prozent) legen besonderen Wert auf die Wahrung ihrer meist komfortablen finanziellen Situation. Sie befassen sich mit den Entwicklungen auf dem Finanzmarkt. Das veranlasst sie auch zu Veränderungen ihres Finanzverhaltens. Unter den Vorsichtigen befinden sich Männer und Frauen sowie Junge und Alte gleichermaßen; sie weisen häufig mittlere und gehobene Bildungsgrade auf und sind Bezieher gehobener Einkommen, typischerweise ausführende Angestellte und Beamte sowie Hausfrauen.

Für die *Ambitionierten* (7 Prozent) ist Geld der zentrale Gradmesser persönlichen Erfolgs. Sie beschäftigen sich intensiv mit Finanzfragen. Das dient nicht allein der Vermögensmehrung, sondern hat für sie auch einen hohen Freizeit- und Erlebniswert. Im Milieu der Ambitionierten finden sich fast nur Männer, oft recht junge mit mittelhohen Bildungsgraden und Einkommen, etwas häufiger Selbstständige, Freiberufler sowie leitende Angestellte und Beamte.

*Souveräne* (11 Prozent) sind in Finanzangelegenheiten sehr kompetent und interessiert. Sie informieren sich regelmäßig über die Finanzmärkte. Keine der oben genannten Hindernisse, sich mit Geld zu befassen, treffen auf sie zu. Souveräne sind meist Männer, meist im Alter zwischen 40 bis 59 Jahren, gut ausgebildet, häufig Selbstständige, Freiberufler sowie leitende Angestellte und Beamte, überwiegend Bezieher hoher Einkommen.

Es fällt auf, dass die Auflistung mit der Stellung der einzelnen Milieus bzw. „Geldtypen“ im Gefüge sozialer Schichten zusammenfällt: Je positiver die „Geldeinstellung“ ist, desto höher ist die Stellung in der Rangordnung von Qualifikation, beruflicher Stellung und Einkommen. Reiche verachten das Geld also nicht.

Es drängt sich die Frage auf, ob es die soziale Stellung ist, welche die Einstellung zum Geld prägt, oder ob – umgekehrt – bestimmte

Einstellungen zum Geld mehr oder weniger erfolgsträchtig sind. Vieles spricht dafür, dass an der erstgenannten Kausalitätshypothese „mehr dran“ ist als an der zweiten, so genannten „Selektionshypothese“. Aber beweisen ließe sich das nur durch Längsschnittuntersuchungen, über die wir bislang auf diesem Gebiet nicht verfügen.

Schwierig ist auch die Frage zu beantworten, ob die zuletzt dargestellten Milieubefunde die soziologischen Pluralisierungstheorien oder die ökonomischen Theorien bestätigen. Auf den ersten Blick scheinen die Spannweite und die Unterschiedlichkeit der gezeigten Geldkulturen klar für die soziologischen Pluralisierungstheorien zu sprechen. Aber die Struktur der Milieus insgesamt zeigt auch, dass der Rationalitätsgrad des Umgangs mit Geld stark damit einher geht, in welchem Ausmaß über Geld verfügt werden kann. Das kommt dem Geist der ökonomischen Geldtheorien wieder sehr nahe.

## Offene Fragen

Es wäre verfehlt, das Umgehen mit Geld vor dem bloßen Hintergrund eines Konkurrenzkampfs zwischen einer ökonomischen und einer kulturellen Sphäre bzw. zwischen ökonomischen und soziologischen Perspektiven zu deuten. Viel aufschlussreicher scheint es, den Wechselwirkungen nachzugehen, die zwischen der expandierenden ökonomischen Welt des Geldes und Konsums einerseits und den vielleicht gerade dadurch angeregten und ermöglichten Kulturen von Partnerschaften, sozialen Milieus und Ethnien andererseits entstehen. Darüber wissen wir noch nicht sehr viel.

# Lernen, mit Geld umzugehen

**W**ozu und was lernen, um mit Geld umzugehen? Geld an sich hat heute kaum einen Wert; der Materialwert ist gering. Sein Wert besteht in seiner Funktion als Zahlungs- und Wertaufbewahrungsmittel. Denn Geld verbrieft Ansprüche auf die Güter des Sozialprodukts und dient in dieser Funktion der eigenen Verwendung sowie der Übertragung von Kaufkraft zur Begleichung von Verpflichtungen und zur Gabe

**Michael-Burkhard Piorkowsky**

Dr. rer. Pol., geb. 1947;

Professor für Haushalts- und

Konsumökonomik an der

Rheinischen Friedrich-Wilhelms-

Universität Bonn, Nussallee 21,

Haus 2, 53115 Bonn.

piorkowsky@ilr.uni-bonn.de

www.huk.uni-bonn.de

von Geldgeschenken. Geld ist damit nicht nur ein Indikator für die Fähigkeit der Beschaffung von Marktgütern, sondern – davon abgeleitet – auch von Einkommen und damit zugleich ein Maßstab für die Bewertung von Leistungen, Investitionen, Berufspositionen, Macht: Deshalb ist es ein besonderes Objekt der Begierde, im Extrem sogar eine „heimliche Religion“ – wie der Soziologe Christoph Deutschmann es formuliert.

Zu wenig Kompetenz im Umgang mit Geld ist ebenso ungut wie zu viel davon: wenn, wie in jüngerer Vergangenheit, von der Realwirtschaft abgehoben agiert wird. Das belegen Untersuchungen über die Gründe ungeplanter Ver- und Überschuldung einerseits sowie spektakuläre Fälle und allgemeine Auswirkungen der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise andererseits. Um eine quasi religiöse Überbewertung von Geld, um hemmungslose Einkommensmaximierung an der Steuerpflicht vorbei und damit gekauft Ansehen darf es nicht gehen, wenn die Fähigkeit des Umgangs mit Geld erworben werden soll. Vielmehr muss gelernt werden, Geld als ein Mittel neben anderen für die Alltags- und Lebensgestaltung nutzen zu können. Dieses Lernziel ist heute nicht mehr nur eine Herausforderung im Bemühen um Angehörige bildungsfernerer Schichten, sondern es betrifft –

bedingt durch den rasanten Wandel der Ökonomie des Alltags – fast alle Menschen.<sup>1</sup>

Angesichts der Überfülle und der teils aggressiven Bewerbung des Güterangebots ist die Selbstkontrolle der Bedürfnisse schwierig. Das gilt auch für die Abstimmung zwischen Kaufkraft und Kaufaktivität. Die steigende Komplexität der produzierten Güter und die Virtualisierung der Marktbeziehungen wirken zusätzlich erschwerend. Das alles gilt neuerdings auch für Finanzdienstleistungen, was etwa in der Rede von der „Bank als Kreditfabrik“ und dem „Kreieren von Zertifikaten“ für spekulative Geldanlagen zum Ausdruck kommt.<sup>2</sup> Die Erweiterung des kommerziellen Dienstleistungssektors durch Deregulierung von Märkten und die Privatisierung vormals öffentlicher Versorgungsbereiche verschärft die Situation für alle. Die Optionen und damit auch die Entscheidungsmöglichkeiten und -zwänge, ob, wie und zu welchem Preis die Sach- oder Dienstleistung beschafft werden kann, stellen Normalbürger und -bürgerinnen vor Fragen, wie sie nach herkömmlichem Verständnis in Unternehmen zu klären sind: Bahnfahrkarten, Strom- oder Gastarife und Telefonverträge auszuwählen, ist schwierig geworden. Noch schwieriger sind Entscheidungen für oder gegen Studienkredite, Bausparverträge und Altersvorsorgeprodukte. Ergebnisse der empirischen Verhaltensforschung zeigen, dass ökonomisch rationales Handeln, wenn es nicht gelernt werden konnte, eher die Ausnahme als die Regel ist.

Lernen, mit Geld umzugehen, soll dazu befähigen, Geld in seiner medialen Funktion als Zahlungsmittel, als Wertmaßstab für Marktgüter und als Wertaufbewahrungsmittel für die erfolgreiche Gestaltung der persönlichen Alltags- und Lebensökonomie zu nutzen. Dabei ist Geld nicht nur im Sinn von Bargeld

<sup>1</sup> Vgl. Marc Brost/Marcus Rohwetter, Wir alle – finanzielle Analphabeten, in: Die Zeit vom 31. 10. 2002, S. 19–20; dies., Das große Unvermögen. Warum wir beim Reichwerden immer wieder scheitern. Mit einem Vorwort von Helmut Schmidt, Weinheim 2003; Michael-Burkhard Piorkowsky, Neue Hauswirtschaft für die postmoderne Gesellschaft. Zum Wandel der Ökonomie des Alltags, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), (2003) 9, S. 7–13.

<sup>2</sup> Vgl. Daniel Mohr, Produktion wie am Fließband. Ein Zertifikat ist schnell kreiert, deshalb gibt es mittlerweile mehr als 200 000 davon, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 29. 6. 2007, S. 20.

gemeint, sondern eingeschlossen sind die geldähnlichen Schuldverhältnisse und Finanzdienstleistungen, wie Bürgschaften, Kredite und Vermögensanlageprodukte. Dieser Umgang mit Geld wird den privaten Haushalten und Familien zugeordnet. Hierunter können auch kleine, mit dem Haushalt verbundene Unternehmen fallen, so dass Investitionen für die eigene Unternehmenstätigkeit in Betracht zu ziehen sind.<sup>3</sup> Es geht dabei aber nicht nur darum, mit Geld und Finanzdienstleistungen die unmittelbar eigene Position zu sichern oder zu verbessern, sondern zugleich darum, als Konsumbürger und -bürgerin in sozialer und ökologischer Verantwortung zu handeln. Richtiger Umgang mit Geld hat folglich nicht nur eine ökonomisch-finanztechnische, sondern auch eine ethische und moralische Dimension.

Lernen, mit Geld umzugehen, heißt also eigentlich: lernen, mit seinen Bedürfnissen umzugehen, sich als Akteur und Ressource zu begreifen und umfassende wirtschaftliche Handlungskompetenz in persönlicher und sozialer Verantwortung zu erlangen. Und weil der Umgang mit Geld weder genetisch programmiert noch trivial ist, muss er erlernt werden.<sup>4</sup> Dies geschieht in informellen und in formalen Bildungsprozessen.

## Informelles Lernen, mit Geld umzugehen

Lernen wird in der Psychologie als ein Prozess der sinnlichen Aufnahme und mentalen Verarbeitung von Informationen erklärt: Das Individuum setzt sich – teils von innen ange-regt, teils von außen geleitet – mehr oder weniger bewusst mit sich und seiner Umwelt auseinander und baut auf der Basis einer gegebenen körperlichen und geistigen Anfangsausstattung zunächst unmittelbar erfahrungsbasierte und später auch überlieferte Bestände an Eindrücken, Einsichten, Erklärungen,

<sup>3</sup> Vgl. Michael-Burkhard Piorkowsky, Die Evolution von Unternehmen im Haushalts- und Familienkontext – Grundgedanken zu einer Theorie sozio-ökonomischer Hybridsysteme, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 72 (2002), Ergänzungsheft 5, S. 1–19.

<sup>4</sup> Vgl. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz/BMELV (Hrsg.), Verbraucherkompetenz für einen persönlich erfolgreichen und gesellschaftlich verantwortlichen Konsum. Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats für Verbraucher- und Ernährungspolitik beim BMELV, Bonn–Berlin 2008.

Orientierungen, Bestrebungen und Handlungsmustern auf. Dieser Prozess wird mit zunehmendem Alter tendenziell bewusster, also kognitiv angereichert und eigenständig gesteuert.<sup>5</sup> Das Lernen, mit Geld umzugehen, beginnt (indirekt) bereits beim Säugling und Kleinkind. Denn es geht nicht um Geld an sich, sondern um dessen mediale Rolle für die Bedürfnisbefriedigung. In diesem Sinn beginnt die „finanzielle Bildung“ in der Familie, in der das Kind aufwächst, lange bevor es weiß, dass es Geld gibt, woher es kommt und welche Funktionen es übernehmen soll.

Bei Säuglingen und Kleinkindern überwiegt naturgemäß ein stark reizabhängiger Wissenserwerb, der auf die Befriedigung der elementaren Lebensbedürfnisse gerichtet ist: Nahrung, Wärme, Geborgenheit. Das Kind lernt über einen fast mechanischen Reiz-Reaktions-Zusammenhang, wie es seine Bedürfnisse befriedigen, also Defizit- oder Knappheitsempfindungen überwinden kann.<sup>6</sup> Hat er Hunger, schreit der Säugling, dann kommt die Mutter. Später lernt das Kleinkind, dass Schreien nicht immer zum Erfolg führt. Es entwickelt Verhaltensweisen, die sich spontan ergeben oder von anderen abgeschaut worden sind, quasi experimentell erprobt werden und als Handlungsmuster gespeichert bleiben, wenn sie sich als erfolgreich erwiesen haben, oft auch dann noch, wenn sie überholt sind. Das Kind lernt auf diese Weise, sich zielgerichtet zu verhalten, denn es möchte Lust empfinden und Schmerz vermeiden. Säuglinge und Kleinkinder lernen durch Handeln und verstehen durch erfolgreiches Tun. Aber die emotionalen Elemente im frühen Lernprozess sind fundamental, weil von der ersten Minute des Lebens an Informationen aufgenommen und Wahrnehmungsstrukturen aufgebaut werden. Dieser emotionale Wissenserwerb kanalisiert vermutlich die späteren kognitiven Bildungsprozesse.

Für die frühe Sozialisation im Umgang mit Geld sind die Eltern zwar eine sehr wichtige, aber nicht die einzige Instanz. Daneben spielen die Verwandtschaft, die Medien, insbeson-

<sup>5</sup> Vgl. Jean Piaget, Das Erwachen der Intelligenz beim Kinde, Stuttgart 1969; Klaus Holzkamp, Sinnliche Erkenntnis. Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung, Frankfurt/M. 1973.

<sup>6</sup> Vgl. Birgit Weber/Reinhold Hedtke, Lernen, ökonomisches, in: Reinhold Hedtke/Birgit Weber (Hrsg.), Wörterbuch Ökonomische Bildung, Schwalbach/Ts. 2008.



dere das Fernsehen und der Freundeskreis eine große Rolle. Sowohl die elterliche und die sonstige Gelderziehung als auch die kindliche Aufnahme von Informationen über Geld geschieht teils bewusst, teils unbewusst; und nur ein Teil der finanziellen Geschehnisse sind der kindlichen Wahrnehmung zugänglich.<sup>17</sup> Ältere Kinder lernen den Umgang mit Geld vor allem durch Beobachtung der Eltern und der älteren Geschwister, durch Zuhören bei Gesprächen über Geld und Wirtschaft, durch Empfang von Taschengeld und Geldgeschenken, durch eigenen Umgang mit Geld und durch soziale Vermittlung im näheren Umfeld. Die regelmäßige Gabe von selbst zu verwaltendem Taschengeld gilt als positiv für die Sozialisation im Umgang mit Geld. Zu viel und zu wenig an Taschengeld kann, muss aber nicht gleichermaßen schlecht sein.

Zu den Eindrücken und Erfahrungen gehört etwa der Streit der Eltern über Geld, die Zuschreibung symbolischer Bedeutungen, wie Macht und Reichtum, die Gabe von Geld als Belohnung und das Einbehalten von Taschengeld als Bestrafung, das Führen eines Haushaltsbuchs, das Bezahlen von Rechnungen, das Reklamationsverhalten und der mehr oder weniger reibungslose regelmäßige Geldzugang bzw. die Verfügbarkeit für die Lebenshaltung. Verborgen bleibt zunächst alles, was nicht gesehen werden kann oder nicht angesprochen wird, wie der bargeldlose Zahlungsverkehr, die Kreditgutschrift auf dem Bankkonto, die Vermögensbildung für die Alterssicherung, die Haben- und Sollzinsen für Guthaben und Schulden, das überzogene Konto oder gar der Mahnbescheid.

Auf den Bestand an erworbenem Wissen in der frühen Kindheit baut eine wirtschaftliche und finanzielle Bildung im höheren Kindes- und Jugendalter auf. Zunehmend durchdringen und beeinflussen sich dann informelle und formale Bildungsprozesse im Umgang mit Geld wechselseitig.

## Schulfächer für wirtschaftliche und finanzielle Bildung

Gegenwärtig gibt es in Deutschland kein Fach und keinen Fächerverbund, in dem eine

<sup>17</sup> Vgl. Tatjana Rosendorfer, Kinder und Geld – Gelderziehung in der Familie, in: Sylvia Gräbe (Hrsg.), Vom Umgang mit Geld. Finanzmanagement in Haushalten und Familien, Frankfurt/M. 1998.

wirtschaftliche und finanzielle Bildung für alle Schülerinnen und Schüler in allgemein bildenden Schulen durchgehend von der Grundschule bis zum jeweiligen Schulabschluss vermittelt werden könnte. In der Grundschule (Primarstufe) werden wirtschaftliche Themen nur aspekthaft vor allem im Sachunterricht behandelt. In fast allen Bundesländern sind in den Lehrplänen für Grundschulen Themen rund um das Taschengeld verankert, aber über die Durchführung des Unterrichts gibt es kaum gesicherte Erkenntnisse. Etwas anders stellt sich dies in den weiterführenden Schulen dar, wobei zwischen Bundesland, Schulform und Schulstufe zu differenzieren ist.<sup>18</sup>

Die Situation in den Oberschulen (Sekundarstufen) lässt sich kurz wie folgt beschreiben:<sup>19</sup> Wirtschaftliche Inhalte finden sich in der Regel in sozialwissenschaftlichen oder in wirtschaftlich-technischen Integrationsfächern und häufig nur im Wahlbereich. Das Fach Arbeitslehre bzw. Arbeit-Wirtschaft-Technik ist auf die Gegenstandsbereiche Beruf, Haushalt, Wirtschaft, Technik bezogen. Es ist aber nur in der Hauptschule (Sekundarstufe I) als vorrangig berufsorientierender Unterricht in allen Bundesländern verpflichtend und wird entweder als Fach oder in einem kooperativen Fächerverbund – mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung, insbesondere auf Technik, Wirtschaft oder Hauswirtschaft – angeboten. In der Realschule, der Gesamtschule und im Gymnasium (Sekundarstufen I und II) werden in vielen Bundesländern wirtschaftliche Inhalte vor allem im Fach Sozialkunde bzw. Gemeinschaftskunde, Sozialwissenschaften, Politik oder Politik-Wirtschaft gelehrt. Selten sind Fächer schwerpunktmäßig auf wirtschaftliche Phänomene bezogen, wie in Bayern und Thüringen das Fach Wirtschaft und Recht; und ebenso selten gibt es entsprechende Wahlpflichtmöglichkeiten in Realschulen oder Gymnasien am Ende der Sekundarstufe I in den übrigen Bundesländern.

<sup>18</sup> Vgl. Klaus-Peter Kruber, Ökonomische Bildung – ein Beitrag zur Allgemeinbildung? Eine immer wieder neue Frage an den Wirtschaftsunterricht, in: Georg Weißenro (Hrsg.), Politik und Wirtschaft unterrichten, Bonn 2006.

<sup>19</sup> Vgl. Birgit Weber, Ökonomische Bildung an Schulen und Hochschulen: Steigende curriculare Bedeutung an den Schulen bei schwerwiegenden Mängeln der Lehrerbildung, im Internet: [www.degoeb.de/oben1.html](http://www.degoeb.de/oben1.html) (19. 3. 2009).

Insgesamt häufig genannte ökonomisch bedeutsame Inhaltsfelder in Lehrplänen, ähnlichen Dokumenten und Schulbüchern sind (1) Haushalt und Konsum, (2) Berufsorientierung, Erwerbsarbeit und Unternehmen, (3) Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik sowie (4) Internationale Wirtschaftsbeziehungen. Die Schwerpunktsetzung und Ausformung hängt stark davon ab, ob die Inhalte in wirtschaftlich-technische oder in sozialwissenschaftliche Fächer eingebettet sind. Tendenziell findet sich eine mehr einzelwirtschaftliche Ausrichtung (Konsum, Haushalt, Berufsorientierung, Erwerbsarbeit, Unternehmen) in den wirtschaftlich-technischen und eine stärker gesamtwirtschaftliche Orientierung (Wirtschaftsordnung, Wirtschaftspolitik, Internationale Wirtschaftsbeziehungen) in den sozialwissenschaftlichen Fächern.

Die auf Wirtschaft und Geld bezogenen Inhalte der genannten Fächer stammen vor allem aus der Betriebs- und Volkswirtschaftslehre. Die betriebswirtschaftliche Betrachtungsweise ist allerdings vorrangig auf industrielle Unternehmen ausgerichtet, und die volkswirtschaftlichen Themen sind gesamtwirtschaftlich orientiert. Dies gilt auch für die mikroökonomische Behandlung von Haushalten und Unternehmen, die – fachsystematisch korrekt – in erster Linie der Darstellung der Marktwirtschaft dient und sich weitgehend von der Perspektive der handelnden Haushaltsmitglieder als den basalen Akteuren in Wirtschaft und Gesellschaft gelöst hat. Um die Lücke zu schließen, werden ergänzende Materialien zur finanziellen Bildung entwickelt, die je nach Neigung, Kompetenz und Zeitbudget der Lehrkraft im Unterricht eingesetzt oder nicht eingesetzt werden.<sup>10</sup>

## Programme und Projekte für Finanzkompetenz

Von Banken und Sparkassen, Schuldnerberatungen und Verbraucherzentralen sowie von deren Verbänden, aber auch von einzelnen Forschungs- und Beratungsinstituten und Landesministerien werden schon lange Angebote zur wirtschaftlichen und finanziellen Bildung in Form von Programmen, Projekten

<sup>10</sup> Vgl. z. B. Hans Kaminski u. a., Unterrichtseinheit „Finanzielle Allgemeinbildung“. Eine Initiative von Handelsblatt und Deutsche Bank, o.O., o.J. (2005).

und Materialien mit Lehr-Lernmodulen an Schulen und andere Bildungseinrichtungen herangetragen. Über deren Umsetzung liegen allerdings kaum Erkenntnisse vor. Viele Jahre dominierten die Angebote aus dem Unternehmenssektor, insbesondere die Materialien des Sparkassen-Schulservice und des Bundesverbands deutscher Banken. Die Bildungsangebote aus dem Bereich und dem Umfeld der Verbraucher- und Wohlfahrtsverbände erhielten ab 1998/99 wichtige Impulse durch das Armutspräventionsprogramm der Bundesregierung unter der Federführung des Bundesfamilienministeriums. Es entstanden zahlreiche Projekte und Materialien, und zwar nicht nur für die Zielgruppe sozial benachteiligter und bildungsferner Mitglieder privater Haushalte.<sup>11</sup> Außerdem gibt es ein sehr umfangreiches, ständig zunehmendes Angebot auf dem Buch- und Zeitschriftenmarkt.<sup>12</sup>

Eine Arbeitsgruppe der Professur für Haushalts- und Konsumökonomik an der Universität Bonn hat im Zusammenhang mit Forschungsprojekten und der Vorbereitung von Tagungen für das Präventionsnetzwerk Finanzkompetenz 165 nicht kommerzielle Projekte und Materialien unterschiedlicher Anbieter identifiziert und 47 analysiert.<sup>13</sup> Die weit überwiegende Zahl ist für die unmittelbare Ansprache von Jugendlichen und jungen Erwachsenen entwickelt worden. Lediglich 20 der 165 Projekte und Materialien richten sich an Erwachsene; und nur sechs sind der vor- und fröhschulischen Sozialisation im Umgang mit Geld gewidmet. Einige Projekte und Materialien werden im Folgenden eingehender betrachtet.

<sup>11</sup> Vgl. Frank Bertsch, Das neue Feld der wirtschaftlichen Bildung und Beratung, in: Hauswirtschaftlichen Bildung und Beratung, in: Hauswirtschaft und Wissenschaft, 51 (2003) 1, S. 25–31; Udo Reifner, Finanzielle Allgemeinbildung. Bildung als Mittel der Armutsprävention in der Kreditgesellschaft, Baden-Baden 2003; Michael-Burkhard Piorkowsky, Prävention der Verschuldung, in: Dieter Korczak (Hrsg.), Geld und andere Leidenschaften. Macht, Eitelkeit, Glück, Kröning 2006.

<sup>12</sup> Vgl. Michael-Burkhard Piorkowsky, Finanzmanagement und Budgetverwaltung in privaten Haushalten, in: Sylvia Gräbe (Hrsg.), Vom Umgang mit Geld. Finanzmanagement in Haushalten und Familien, Frankfurt/M. 1998.

<sup>13</sup> Vgl. Bericht über die Tagung vom 17. 11. 2008 und Ankündigung der Tagung am 6. 5. 2009 im Internet unter [www.praeventionsnetzwerk-finanzkompetenz.de/16897699140c97c01/1689769a5d0e8d10a/index.html](http://www.praeventionsnetzwerk-finanzkompetenz.de/16897699140c97c01/1689769a5d0e8d10a/index.html) (15. 3. 2009).

Zwei der sechs Projekte für die frühe Gelderziehung richten sich an Eltern und Erziehende von Kindern im Kindergarten und bieten auf einem Elternabend Informationen und Gespräche über „Süßes Leben, überquellendes Kinderzimmer“ bzw. „Kinder, Kohle und Konsum“ an. Zwei weitere sind für Grundschul Kinder entwickelt worden: „Kids & Knete“ und „Money & Kids“. Weitgehend übereinstimmend sollen die zuvor geschulten Lehrkräfte in einer Reihe von Unterrichtseinheiten mit den Kindern reden, malen, singen und spielen, um folgende Themen anzusprechen: Bedürfnisse und Wünsche, Umgang mit Geld, Geld in der Familie, Geld im Wirtschaftskreislauf, Werbung und Konsum. In beiden Projekten wird die Führung eines Taschengeldheftes als methodisches und didaktisches Hilfsmittel eingesetzt. An Grundschul Kinder richtet sich auch das Material „Kinder, Knete & Co.“, bestehend aus einem Heft für Schüler und Schülerinnen und einem Heft für die Lehrkraft. Neben den Themen Bedürfnisse, Auskommen mit dem Einkommen, Geld und Sparen geht es um die Themen Güter und Produktion, Arbeit und Beruf sowie Verantwortung im Wirtschaften. Ein weiteres Material für Grundschul Kinder ist inhaltlich auf Geld und Sparen beschränkt.

Die Projekte und Materialien für Jugendliche und Erwachsene unterscheiden sich erheblich im Umfang und in der Didaktik. Einige Konzepte bieten umfangreiche Lehr- und Lernmodule zum Umgang mit Geld und Finanzdienstleistungen, angefangen beim Einrichten eines Girokontos bis zur Vermögensbildung für die Alterssicherung; andere behandeln lediglich und zudem vergleichsweise kurz ausgewählte Beispiele, wie den Kauf eines Mobiltelefons mit und ohne Vertrag, oder sie thematisieren Aspekte wie Vertrauen als Grundlage für Wirtschaft und Finanzen, und, mit Blick auf bestimmte Zielgruppen wie die der „50 plus“, private Vorsorge für die Zusatzsicherung im Alter. Didaktische Alternativen zum Vortrag durch eine Lehrkraft sind Vorträge durch Mitarbeitende aus Banken oder Schuldner- und Verbraucherberatungsstellen, Übungen zur Befragung von Mitarbeitenden in den genannten Einrichtungen, Besuche in Banken und die Nutzung sehr spezieller Lehr-Lernformen, etwa die der Zukunftswerkstatt.

Gemeinsam ist fast allen Projekten und Materialien für Jugendliche und Erwachsene die mehr oder weniger umfangreiche Thematisierung von Bedürfnissen und Wünschen, von Kosten der Lebenshaltung und „Kostenfallen“, von praktischen Fragen der Kontoführung und Geldverwaltung sowie der Planung und Kontrolle der Finanzen; in umfangreichen Materialien und Projekten werden außerdem Fragen der Vermögensbildung, Versicherung und Alterssicherung behandelt. Die Planung und Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben mit einer Haushaltsbuchführung findet sich häufig in den Projekten und Materialien. Erwerbswirtschaftliche Selbstständigkeit wird nicht bzw. nicht angemessen behandelt.

Über die Wirksamkeit von Maßnahmen zur Vermittlung von Finanzkompetenz ist wenig Verlässliches bekannt. Eine Evaluation im strikten Sinn ist außerordentlich schwierig. Um den Erfolg einer Bildungsmaßnahme eindeutig zuordnen zu können, wären Langzeitbeobachtungen auf der Individualebene und die Kontrolle von Einflüssen außerhalb des Lehr-Lernprogramms erforderlich. Die wenigen veröffentlichten Evaluationsstudien und Sekundäranalysen lassen aber auf eine Zunahme von Wissen und eine Förderung von Motivation und Handlungsbereitschaft zur Befassung mit den eigenen Finanzen schließen.<sup>14</sup>

Kritische Punkte in etlichen Konzepten der finanziellen Bildung sind scheinbar fehlende theoretische Grundlagen, insbesondere verhaltenswissenschaftliche Erkenntnisse über die Entstehung von Bedürfnissen, deren Ausformung in Wünsche und die Konkretisierung als Ziele des Handelns, sowie die offensichtliche Verkürzung und Fokussierung des Wirtschaftens auf geldvermittelte Aktivitäten und damit die fehlende Einbettung des Umgangs mit Geld in den hauswirtschaftlichen und den realen ge-

<sup>14</sup> Vgl. etwa Gerhard Raab, Evaluation des Projekts Bank und Jugend im Dialog, in: Helmut Peters/Gerhard Raab (Hrsg.), Bank und Jugend im Dialog. Ein Handbuch für Banken, Sparkassen, Schulen, Schuldner- und Verbraucherberatungsstellen, 2. erw. und überarb. Aufl., Oberhausen 2004; Dieter Korczak, Schuldenprävention in Kindergärten und Berufsschulen, Abschlussbericht. Evaluation der Jahre 2005 – 2006, GP-Forschungsgruppe München, März 2007, im Internet: [www.gp-f.com/de/pdf/sch\\_ikb.pdf](http://www.gp-f.com/de/pdf/sch_ikb.pdf) (16. 3. 2009).

samtwirtschaftlichen Zusammenhang.<sup>15</sup> Kritisiert wird auch, dass die Inhalte fast immer an durchschnittlich gebildeten Menschen orientiert sind, aber das damit vorausgesetzte Les- und Wortverständnis- sowie die Rechenfähigkeiten bei besonders Förderungsbedürftigen häufig fehlen.<sup>16</sup> Fraglich ist auch, ob bei Kindern und Jugendlichen kurze und verspielte, aber nicht umfassend wirtschaftlich eingebettete Projekte und Materialien eine tragfähige Grundlage für die weitere Befassung mit dem Thema Wirtschaft und Finanzen legen können.

## Buchführung im Kopf, mit dem PC und auf Papier

Ein bewährtes Mittel, zu lernen, kontrolliert mit Geld umzugehen, besteht darin, ein kleines Haushaltsbuch zu führen. Beim Aufschreiben der Einnahmen und Ausgaben geht es nur oberflächlich betrachtet um den technischen Aspekt der Abbildung und Abstimmung von Zahlungseingängen und -ausgängen. Tatsächlich zielt die Führung eines solchen Büchleins auf die finanzwirtschaftliche Kontrolle und Planung der „Übersetzung“ von Bedürfnissen in Wünsche und Ziele, die kalkulatorische Abwägung von Alternativen und die zahlenmäßige Überprüfung der Ergebnisse, um Anhaltspunkte für die weitere Gestaltung zu gewinnen. Es geht also im Kern um eine rationale Haushaltsführung, wie sie prägnant von Max Weber idealtypisch beschrieben worden ist: Die Grundlage des Haushalts bildet „im Rationalitätsfall der Haushaltsplan, welcher aussagt: in welcher Art die vorausgesehenen Bedürfnisse einer Haushaltsperiode (nach Nutzleistungen oder selbst zu verwendenden Beschaffungsmitteln) durch erwartetes Einkommen gedeckt werden sollen“.<sup>17</sup>

<sup>15</sup> Vgl. Michael-Burkhard Piorokowsky, Ignorieren hilft nicht. Ökonomische Bildung fängt zu Hause an, in: Die Zeit vom 30. 1. 2003, S. 25; ders., Wirtschaften als fundamentale Kompetenz, in: Päd Forum: unterrichten erziehen, 34/25 (2006) 6, S. 342–349.

<sup>16</sup> Vgl. Nicolas Mantseris, Finanzielle Bildung als Schuldenprävention. Zu einem Konzept „Finanzkompetenz“, in: NDV – Nachrichtendienst des Vereins für öffentliche und private Fürsorge, 88 (2008) 5, S. 220–224.

<sup>17</sup> Max Weber, Grundriss der Sozialökonomik. III. Abteilung. Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1921, S. 46.

Ergebnisse der empirischen Verhaltensforschung zeigen, dass normales Handeln nicht den Modellannahmen der ökonomischen Rationaltheorie entspricht, sondern kognitive Fehler eher die Regel als die Ausnahme sind. Dazu gehören die Vernachlässigung bzw. Unterschätzung von Opportunitätskosten, insbesondere des Zeitaufwandes, zum Beispiel für die Suche nach Informationen und Wegen der Beschaffung, sowie die Überschätzung geringer und die Unterschätzung mittlerer und hoher Wahrscheinlichkeiten des Eintritts von Ereignissen: So werden Gewinnchancen oft über-, Unfallrisiken unterschätzt. Und auch die von allen mehr oder weniger praktizierte Buchführung im Kopf ist unvollständig und führt damit zu Entscheidungen, die möglicherweise anders ausfallen würden, wenn die Fakten in Form „harter“ Zahlen bekannt wären.<sup>18</sup> Was etwa die Fahrt mit dem Privatwagen im Vergleich mit der Bahn kostet, erschließt sich nicht aus einem Vergleich zwischen dem Preis der Tankfüllung und der Fahrkarte. Zu den ökonomischen Kosten des Autofahrens gehören außer den Ausgaben für den Treibstoff auch die Abschreibungen, also die Verteilung der Anschaffungsausgabe auf die Zeit der Nutzung, sowie die Ausgaben für Ersatzteile und Reparaturen, die Kfz-Steuer und -Versicherung, die Autowäsche und manches andere. Für die Kosten der Lebenshaltung in anderen Bereichen gilt ähnliches.

Auf dem Wege des Aufschreibens der Einnahmen und Ausgaben können Höhe und Struktur der Herkunft und Verwendung der Geldmittel vollständig erfasst und die Ausgaben hinsichtlich der Höhe und Verteilung auf die Bereiche der Lebenshaltung überprüft werden. Wer nicht weiß, wo das Geld geblieben ist, kann nicht zahlenmäßig fundiert über Umschichtungs- und Einsparungsmöglichkeiten und auch nicht über Anlagealternativen entscheiden. Die Zahlen sollen zum Nachdenken anregen und den inneren Monolog fördern sowie in Mehrpersonenhaushalten den Dialog mit den Haushaltsmitgliedern fundieren. In dieser Selbstinformations- und Kommunikationsfunktion liegt der Wert der Haushaltsbuchführung. Ergebnisse empirischer Untersuchungen zeigen, dass regelmä-

<sup>18</sup> Vgl. Richard H. Thaler, Mental accounting matters, in: Journal of Behavioral Decision Making, 12 (1999), S. 183–206.

ßig buchführende Haushalte ihre Ausgaben besser im Gedächtnis haben als nicht bzw. nicht regelmäßig buchführende Haushalte. Rund 28 Prozent der Haushaltsführenden schreiben mehr oder weniger regelmäßig ihre Einnahmen und/oder Ausgaben auf. Aber nicht immer wird ein „klassisches“ Haushaltsbuch verwendet. Manche Haushalte nutzen ein PC-Programm, und viele Haushalte entwickeln ein eigenes System für die Erfassung und Abbildung der Zahlungsvorgänge nach ihren Bedürfnissen.<sup>19</sup>

Lernen, mit Geld umzugehen, kann durch einen kreativen Umgang mit der Haushaltsbuchführung unterstützt werden. Das kann und sollte mit der Gestaltung eines Taschengeldheftes und eines Haushaltsbuchs in der Schule beginnen und könnte sich dann wie selbstverständlich fortsetzen in einer mehr oder weniger regelmäßigen Aufzeichnung der interessierenden Zahlungsvorgänge einschließlich der Geldvermögensbildung und ggf. der Verschuldung und Schuldentilgung.<sup>20</sup>

## Lernen, die Ökonomie des Alltags zu gestalten

Weil der Umgang mit Geld in die Alltags- und Lebensökonomie verwoben ist, wird dies informell auch in dieser Einbettung vermittelt. Für ein gelingendes Leben ist das oft nicht ausreichend und muss deshalb durch formale Bildung über Wirtschaft und Finanzen ergänzt werden. Es sollte also ein Schulfach oder Lernfeld im Pflichtbereich der allgemein bildenden Schulen vorhanden sein, das Grundlagen über mehrere Jahre legt. Formale Bildungsprogramme, wie sie in Schulfächern geboten werden, können jedoch nicht die ganze Komplexität der All-

tags- und Lebensökonomie abbilden. Aber sie dürfen auch nicht zu reduziert und nicht akademisch-modelltheoretisch verengt sein. Eine lediglich vierstündige Veranstaltung oder ein einmaliges Wochenendseminar über Geld und Finanzdienstleistungen und auch ein Börsenspiel sind zu wenig, und sie sind möglicherweise sogar kontraproduktiv, wenn sie die Illusion der Kontrolle nähren, also zur Überschätzung der eigenen Fähigkeiten im Umgang mit Geld verführen.

Projekte und Materialien zur Sozialisation im Umgang mit Geld müssen auf die Vermittlung der Kompetenzen zielen, die zur Gestaltung der Alltags- und Lebensökonomie befähigen. In diesem Sinn hat der Wissenschaftliche Beirat für Verbraucherpolitik beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz die Kompetenzen für den Umgang mit Geld in den Zusammenhang mit den Kompetenzen für die Gründung und Führung eines Haushalts gestellt.<sup>21</sup> Ein Programm sowie Projekte und Materialien für die Umsetzung eines solchen Konzepts der Vermittlung von Wirtschafts- und Finanzkompetenz, um den Umgang mit Geld als Mittel der persönlich erfolgreichen und gesellschaftlich verantwortlichen Lebensgestaltung zu lernen, sowie gute Erfahrungen in der Umsetzung in Schulen und in der Erwachsenenbildung liegen bereits vor. An dessen Verbreitung in der differenzierten Bildungslandschaft wird gearbeitet.<sup>22</sup>

<sup>19</sup> Vgl. Petra Warnecke, *Ökonomische Rationalität und Haushaltsbuchführung. Kritik von Haushaltsbuchführungssystemen und Entwicklung eines Haushaltsbuchs auf empirischer Grundlage*, Frankfurt/M. 1997; Befragungen durch TNS Infratest im Auftrag der Professur für Haushalts- und Konsumökonomik, März und April 2009.

<sup>20</sup> Vgl. Michael-Burkhard Piorkowsky, *Household accounting in Germany. Some statistical evidence and the development of new systems*, in: *Accounting, Auditing and Accountability Journal*, 13 (2004) 4; Luisa Braungardt, *Den richtigen Umgang mit Geld lernen. Ein Arbeitsbuch für Schule und Jugendarbeit*, Mülheim an der Ruhr 2006.

<sup>21</sup> Vgl. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Anm. 4), S. 16–23.

<sup>22</sup> Vgl. Michael-Burkhard Piorkowsky, *Alltags- und lebensökonomische Bildung*, in: R. Hedtke/B. Weber (Anm. 6); ders./Katja Baumann/Heike Dennig, *Wirtschaften als Alltagshandeln verstehen. Neue ökonomische Bildung im Unterricht*, in: Schüler 2008. *Aufwachsen in der Konsumgesellschaft. Sonderheft Schüler – Wissen für Lehrer*, Seelze 2008, S. 122–125.



# APuZ

Nächste Ausgabe

27/2009 · 29. Juni 2009

## Arbeitsmarktpolitik

*Josef Schmid*

Entwicklung der Arbeitsförderung

*Werner Sesselmeier · Gabriele Somaggio*

Funktionswandel der Arbeitsmarktpolitik

*Frank Oschmiansky · Mareike Ebach*

Aktive Arbeitsmarktpolitik im Wandel

*Hans-Peter Klös · Benjamin Scharnagel*

Arbeitsmarktpolitik seit 2003

*Ulrich Walwei*

Zur Ökonomie der Arbeitslosenversicherung

*Tanja Klenk*

Die korporatistische Arbeitsverwaltung

*Berndt Keller · Hartmut Seifert*

Atypische Beschäftigungsverhältnisse

Herausgegeben von  
der Bundeszentrale  
für politische Bildung  
Adenauerallee 86  
53113 Bonn.



### Redaktion

Dr. Katharina Belwe  
(verantwortlich für diese Ausgabe)

Dr. Hans-Georg Golz  
Manuel Halbauer (Volontär)  
Johannes Piepenbrink

Telefon: (0 18 88) 5 15-0  
oder (02 28) 9 95 15-0

### Internet

[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)  
[apuz@bpb.de](mailto:apuz@bpb.de)

### Druck

Frankfurter Societäts-  
Druckerei GmbH  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main.

### Vertrieb und Leserservice

- Nachbestellungen der Zeitschrift  
*Aus Politik und Zeitgeschichte*
- Abonnementsbestellungen der  
Wochenzeitung einschließlich  
*APuZ* zum Preis von Euro 19,15  
halbjährlich, Jahresvorzugspreis  
Euro 34,90 einschließlich  
Mehrwertsteuer; Kündigung  
drei Wochen vor Ablauf  
des Berechnungszeitraumes

Vertriebsabteilung der  
Wochenzeitung **Das Parlament**  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main.  
Telefon (0 69) 75 01-42 53  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
[parlament@fsd.de](mailto:parlament@fsd.de)

Die Veröffentlichungen  
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*  
stellen keine Meinungsäußerung  
der Herausgeberin dar; sie dienen  
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen  
Kopien in Klassensatzstärke herge-  
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

*Hans Christoph Binswanger*

3-5 **Die Rolle von Geld und Kapital in unserer Gesellschaft**

Die Aufblähung der Geldmenge zu einer Spekulationsblase sollte verhindert und ihr Wachstum soweit in Grenzen gehalten werden, dass eine ökologische Qualifizierung des Wachstums möglich ist. Reformen des Geldsystems sind unabdingbar.

*Stephan Schulmeister*

6-14 **Der Boom der Finanzderivate und seine Folgen**

In den vergangenen 15 Jahren hat die Spekulation mit Finanzderivaten als Form der „Geldvermehrung“ größte Bedeutung erlangt. Zur ihrer Eindämmung wird die Einführung einer generellen Finanztransaktionssteuer vorgeschlagen.

*Harald Klimenta*

14-19 **Probleme und Chancen der deutschen Bankenlandschaft**

Das deutsche Bankwesen mit seiner Drei-Säulen-Struktur erleichtert die notwendigen Schnitte, um Banken wieder auf diese Kernaufgabe zu schrumpfen, Kapitalüberschuss- und Defizitsektoren zusammenzubringen.

*Frank Bertsch · Werner Just*

20-25 **Suche der Verbraucher nach verantwortlichen Kreditinstituten**

Vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Finanzkrise auf die Wirtschafts- und Sozialordnung wird die Kreditwirtschaft zu einem reiferen Marktverständnis der Verbraucher und einem anderen Marktverhalten gegenüber diesen aufgefordert.

*Dieter Korczak*

26-32 **Der öffentliche Umgang mit privaten Schulden**

Die Überschuldung von Banken ist hausgemacht, jene von Privathaushalten überwiegend durch externe Faktoren bewirkt. Warum wird 3,5 Mio. überschuldeten Haushalten nicht ebenso geholfen wie einer Handvoll überschuldeter Banken?

*Stefan Hradil*

33-39 **Wie gehen die Deutschen mit Geld um?**

Das Leben in modernen Gesellschaften ist stark davon abhängig, wie die Menschen mit Geld umgehen, wie sie darüber reden und schweigen. Einige Befunde dazu werden im Beitrag vorgestellt.

*Michael-Burkhard Piorkowsky*

40-46 **Lernen, mit Geld umzugehen**

Für die erfolgreiche Vermittlung der Kompetenzen des Umganges mit Geld genügen informelle Bildungsprozesse nicht. Ein Schulfach oder Lernfeld in allen Schulformen ist notwendig.